

In diesem Heft

Editorial	2
JOCHEN ČERNÝ Woher – wohin? Ein Beitrag zur Programmdebatte der PDS	3
DIETRICH STARITZ Das Ende der DDR. Erklärungsansätze	11
LUTZ HERDEN Landnahme in der Luft. Erinnerungen an die Abwicklung des »Ostfernsehens« vor zehn Jahren	21
MICHAEL SCHMIDT Fernsehen – aus der Nähe betrachtet	32
VIOLA SCHUBERT-LEHNHARDT Sozialökologische Gesundheitspolitik und Lebenskultur. Grundlagen für eine Gesundheitsförderungspolitik in Deutschland	42
JOACHIM TESCH Wurde das DDR-Wohnungsbauprogramm 1971/1976 bis 1990 erfüllt?	50
DIETMAR WITTICH »Das (wenig) kommunikative Handeln des Geistes der Zeit«	59
GERHART NEUNER Objektivität in Geschichtslehrbüchern? DDR-Geschichte in Lehrwerken der neuen Generation	67
An unsere Autorinnen und Autoren Impressum	80

Editorial

Natürlich hat das Wort »Vereinigung« den schöneren, den freundlicheren Klang, wenn zu benennen gilt, was da vollzogen wurde zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik am 3. Oktober des Jahres 1990. Aber der gerichtsfeste Begriff hieß eben nun mal »Beitritt«, und die Geschichte beweist: Er ist allemal der treffendere.

Den Zugang zu jenem berühmten Artikel 23 des Grundgesetzes der Bundesrepublik, nach dem die Volkskammer der DDR in einer Nachtsitzung am 23. August 1990 mit der Mehrheit von CDU/DA, DSU, FDP und SPD den Beitritt beschloß, findet übrigens nur noch der historisch Interessierte. Denn gleich im Herbst 1990 wurde dieser Artikel aufgehoben, und in der heute gültigen Fassung des Grundgesetzes betrifft Artikel 23 in 7 ausführlichen Absätzen die Europäische Union. – So viel zu nur einer der zahlreichen seither auf dem »kleinen Dienstweg« der Parlamentsentscheidung vorgenommenen Grundgesetzänderungen und der vergebenen Chance, den Start in ein vereintes Deutschland mit einer per Volksentscheid beschlossenen neuen Verfassung zu fundamentieren.

Der Beitritt oder Anschluß – wo läge da der Unterschied – war Resultat und Krönung eines Untergangs. Aber: »Was ging unter?«, fragt Dietrich Staritz in unserem Jubiläums-Sonderheft, »oder: Was war die DDR?« Und weiter: »Wie ging sie unter? Und drittens: Warum?« – »Ganz und gar unstrittig ist allein,« antwortet er dann, »daß die DDR unterging« – um sogleich nachdenklich inne zu halten: »jedenfalls dann, wenn der Staat zur Debatte steht und nicht sein Erbe (...) Und so besehen wird sie wohl auch noch einige Zeit weiterleben.«

Das Erbe der DDR in seiner Widersprüchlichkeit und die Widersprüchlichkeit des Umgangs mit ihm sind das Thema auch der anderen Autorinnen und Autoren dieses Heftes. Dabei gelingt zuweilen überraschend Heiteres – zum Beispiel in den Beiträgen von Lutz Herden und Michael Schmidt über die »Vereinigung« des deutschen Fernsehens. Auf den gefährlichen Zusammenhang von Identitätsentzug und Rechtsextremismus macht Gerhart Neuner in seiner Schulbuchanalyse aufmerksam.

Mit seinem »Woher – wohin?« umreißt Jochen Cerny ein Wegstück jener Partei, die 1990 am entschiedensten gegen den Anschluß – aber nicht gegen die Vereinigung! – auftrat und heute entgegen tausendfacher »Prognose« wichtigste linke Oppositionspartei im vereinigten Deutschland ist. Seine Kritik ist nicht nur für Insider lesenswert.

WOLFRAM ADOLPHI

JOCHEN ČERNÝ

Woher – wohin? Ein Beitrag zur Programmdebatte der PDS

Das Parteiprogramm habe eine »entscheidende Schwäche«, las ich jüngst, es vermittele hauptsächlich ostdeutsche Erfahrungen: »Die Perspektive des Zusammenbruchs, des Niedergangs und der Verfolgung durchzieht das gesamte Programm, es dient der Selbstbehauptung und -verteidigung«.¹ – Dem kann man kaum widersprechen. Allerdings vermittelt es die Erfahrungen des Zusammenbruchs nicht in der erforderlichen begrifflichen Klarheit und wäre auch daher verbesserungsbedürftig. Doch für die anstehende Entscheidung, inwieweit das Programm revidiert werden soll, kann das nicht ausschlaggebend sein, da ja Programme nicht für die Vergangenheit gemacht werden. Wissen wir aber über die Zukunft heute sehr viel mehr als vor sieben, acht Jahren? Lassen sich Weg und Ziel demokratischer Sozialisten jetzt schon genauer bestimmen? – Zumindest brauchen wir die Debatte.² Sollte sie allerdings zur Überarbeitung führen, dann wäre, so meine ich, vieles neu zu fassen, was sich im Programm auf die Vergangenheit bezieht.

So wie es sehr bald nach dem Untergang der Staatspartei entstand, blieb das entsprechende Kapitel³ in seiner Anlage der SED-Tradition verhaftet: Es skizziert ein Geschichtsbild. Und wenn das auch ein alternatives ist: In einer Partei, die hinsichtlich der Weltanschauung, also auch der Geschichtsauffassung ihrer Mitglieder pluralistisch verfaßt ist, kann es derlei schlecht geben. Warum hält die Programmkommission noch daran fest? Daß dies nur zu Gemeinplätzen führen kann, läßt schon ihr »Meinungsstreit« über die Russische Oktoberrevolution erkennen: Die Mehrheit stellt fest, daß deren Charakter und Bedeutung umstritten seien (ja, und?), während die Minderheit dies als Abwertung versteht⁴ (wieso?) und sich jeder Änderung eines Textes verweigert, der, genau besehen, nichts bietet, was nicht zur Allgemeinbildung gehört (zur gehobenen meinertwegen). Gewiß, für die SED verbanden sich mit der »Großen Sozialistischen Oktoberrevolution« die »moderne Epoche«, die »allgemeingültigen Gesetzmäßigkeiten« der sozialistischen Revolution sowie die Rolle der KPdSU als »Zentrum der kommunistischen Weltbewegung«, und eine selbstkritische Analyse⁵ der mythologischen Überhöhung und strategischen Fehlinterpretation dieser Revolution wäre im Parteiprogramm deplaziert. Welche programmatische Bedeutung hätten denn nun aber die verteidigten Aussagen oder die vorgeschlagenen Änderungen?

Programmatische Selbstdarstellung. Woher die Partei kommt, wohin sie will, wie sie die derzeitigen deutschen Zustände sieht und ändern

Jochen Černý – Jg. 1934, Historiker, Dr. phil., gehörte bis zur Liquidierung der DDR-Akademie der Wissenschaften deren Institut für deutsche Geschichte an, ist seither freiberuflich tätig (veröffentlichte kürzlich im »Eisenhüttenstädter Lesebuch« Gesprächsprotokolle der Geschichtswerkstatt) und arbeitet ehrenamtlich in der Historischen Kommission beim Bundesvorstand der PDS mit.

Die »Idee einer demokratisch-sozialistischen Gesellschaft« ist »prinzipiell unvereinbar mit Herrschaftsformen, in der alle gesellschaftlichen Ressourcen beim Staat monopolisiert sind und dem Ziel dienen, alle Aspekte des öffentlichen und privaten Lebens zu steuern und zu kontrollieren. Sie stehen im Gegensatz zu jeglicher Uniformierung des gesellschaftlichen Lebens, zu staatlicher Reglementierung aller Lebensräume, zur Gleichschaltung aller politischen und gesellschaftlichen Kräfte, zu der Herrschaft und dem Informations- und Meinungsmonopol einer zentralistischen Staatspartei, mit politischem Terror und einer allgegenwärtigen Ideologie zur Absicherung und Zielorientierung solcher Zustände.«
Thesen, 5/3

möchte – nur darüber kann und soll sie sich selbst und der Öffentlichkeit Rechenschaft geben. »Geschichtliches Selbstverständnis« – wenn dieser Überschrift in den hier diskutierten Thesen (6/2) auch manches folgt, was da meines Erachtens fehl am Platze ist, bezeichnet die Programmkommission (anscheinend sogar einhellig) mit diesen zwei Worten doch das, was ins Parteiprogramm wirklich hineingehört. Damit erklärt sie eigentlich den Verzicht darauf, das Publikum weitergehend über Geschichte oder gar über deren Gesetzmäßigkeiten aufzuklären, und bekennt sich zur Begrenztheit von Interessen und Kompetenzen der PDS und zur Subjektivität dieses politischen Subjekts (wie jeder Partei). Das wäre der Bruch mit ML-Traditionen.

Vor allem diese Frage muß das Programm beantworten: Was ist prägend für das Selbstverständnis der Partei? Meines Erachtens dreierlei: erstens ihre Herkunft aus der deutschen Arbeiterbewegung, zweitens die ostdeutschen (Früh)Sozialismus- sowie die westdeutschen (Spät)Kapitalismus-Erfahrungen, drittens die 1989/1990 und in der Folgezeit eingetretenen Veränderungen in den Voraussetzungen für und den Anforderungen an die Politik einer sozialistischen Partei in Deutschland. Separat wäre im Programm womöglich nur die erste dieser drei Komponenten abzuhandeln. Bei den anderen durchdringen sich Tradition und Perspektive, Überlieferungen aus der Vergangenheit, Erfahrungen und Schlußfolgerungen für die Zukunft. Das lassen schon die Thesen erkennen – zuerst da, wo sie die »Idee einer demokratisch-sozialistischen Gesellschaft« aus der Kritik am Staatsmonopolismus heraus entwickeln (5/3).

Nach Traditionen befragt, offenbart das 1993er Programm erhebliche Mängel. Schon die Gliederung erweckt den Eindruck, ihr geschichtliches Selbstverständnis bezöge die Partei fast ausschließlich aus den letzten 55 Jahre. Daß es viel weiter zurückreicht, auch nicht erst 1917 einsetzt, deutet nur der allerletzte Absatz an (S. 27). Als dürften die Klassenkämpfe in Vergessenheit geraten, in denen dem Junkertum und dem Großkapital jene Zugeständnisse abgerungen wurden, welche heute dem Rechts- und Sozialstaat zugute gehalten werden! Als bedürfte es nicht fortwährender Erinnerung an die – mehrere Generationen schmerzhaft prägenden – Erfahrungen der zwei Weltkriege, die von Deutschland ausgingen und es fast zugrunde gerichtet hätten! Als ginge es nicht um Verpflichtungen, die uns seit mehr als einem Jahrhundert aus opferreichem Widerstand gegen Großmachtchauvinismus, Rassismus und Nazismus erwachsen sind und fortwirken! Zu erinnern wäre auch daran, daß der antifaschistisch-demokratische Neubeginn in Ost wie West materiell wie ideell weitgehend von der Arbeiterklasse und ihren Organisationen getragen und auch mitgestaltet wurde. Und bewußt bleiben müssen uns desgleichen die bitteren Erfahrungen und immer noch anhaltenden Nachwirkungen der im Kalten Krieg versteinerten Spaltung der Arbeiterbewegung.

Gewiß könnte all dies im Programm nur angedeutet werden. Genauer wäre lediglich die Herkunft der PDS aus SED und KPD zu behandeln, zumal deren Erbgut vieles enthält, was uns belastet, aber nicht einfach abgetan werden kann. Vonnöten ist Selbstkritik – aufklärend, nicht als Kampagne, sondern in Permanenz. Sie darf sich nicht auf die Stalinisierung beschränken, muß vielmehr auf die

»Bolschewisierung« der KPD ausgedehnt werden. Und damit wäre eine Rückbesinnung auf eigenständige Anfänge des (Partei)Kommunismus in Deutschland verbunden, die für die SED suspekt waren.⁶

Wie ich einem Konferenzbericht entnehme, hat uns der nach Chemnitz zugewanderte Extremismus-Forscher Eckhard Jesse wie folgt auf Rosa Luxemburg verwiesen: Sie, die »stets für die Errichtung der Diktatur des Proletariats eingetreten sei [...], verdiene es nicht, in die Ahnengalerie eines »demokratischen Sozialismus« aufgenommen zu werden. Sozialdemokraten beriefen sich daher zu Unrecht auf sie, die antidemokratische PDS dagegen zu Recht«. Und Patrick Moreau, PDS-Experte der Adenauer-Stiftung, soll bei gleicher Gelegenheit über »die totalitären Elemente« im Werk von Antonio Gramsci geredet haben.⁷ – Daß sich unser Demokratie-Verständnis von dem konservativer Ideologen wesentlich unterscheidet, ist hier nicht darzulegen. Es sei nur angemerkt, mit den Termini »Diktatur« und »totalitär« wird so willkürlich umgegangen, daß ihre vernünftige Verwendung schon einen literaturkritischen Kommentar verlangt. Das gilt auch für »Stalinismus«. Doch muß ein Parteiprogramm Zeichen setzen, die eindeutig, die ohne Kommentar verständlich und weithin sichtbar sind. Der Name von Rosa Luxemburg wäre ein solches Zeichen.

Daß in den Thesen der »Begriff des Stalinismus für die gesamte Geschichte der DDR verwandt« wird, wie es im Dreier-Votum heißt (37/3), vermag ich nicht zu erkennen. Was ich aber über die »stalinistisch geprägte Tradition« der SED lese sowie über die »Mitverantwortung« der Parteimitglieder (8/3), ist meines Erachtens treffend, unmißverständlich und für ein neues Programm unentbehrlich.

Ich finde da auch keine »Abwertung der DDR«. Vielmehr übernehmen die Thesen aus dem 1993er Programm den Leitgedanken, daß zum DDR-Sozialismus »wertvolle Ergebnisse und Erfahrungen« ebenso gehören wie »Fehler, Irrwege, Versäumnisse und selbst Verbrechen«, ergänzen ihn allerdings durch den Hinweis auf »strukturelle Grunddefizite« (7/3) und bringen außerdem den Staatssozialismus-Begriff in die Programm-Debatte ein – mit Aussagen zur Herausbildung dieses Typs von Sozialismus in der DDR (8/1) und zu dessen Merkmalen (5/3). Ich sehe darin wichtige Erkenntnisfortschritte, von denen ich hoffe, daß sie sich in der Debatte durchsetzen.

Die separat Votierenden nehmen diese Neuerungen jedoch nicht auf. Vielmehr verweigern sie sich tieferlotender Kritik mit der Begründung, die »Defizite der DDR« (als ob es nur darum ginge!) wären 1993 »hinreichend umfangreich und scharf dargestellt« worden (37/3). Mit »Staatssozialismus« können die drei Autoren, wie ich vermute, deshalb nichts anfangen, weil sie einen ahistorisch idealisierenden Begriff von Sozialismus haben. So meinen sie, die Benennung von »strukturellen Grunddefiziten« des DDR-Sozialismus in den Thesen »wirkt dahin, den Sozialismus als System, als Gesellschaftsordnung überhaupt in Frage zu stellen« (34/3). Vom gleichen Fehlverständnis zeugt ihr Vorschlag, es jedermanns Urteil zu überlassen, »inwieweit er die Defizite des Sozialismus in der DDR als konstitutiv oder als dem [!?] Sozialismus nicht wesenseigen und zumindest partiell historisch vermeidbar ansieht« (38/2).

»Die PDS ist sich bewusst, daß viele ostdeutsche Bürgerinnen und Bürger durch die Politik ihrer Herkunftspartei SED in Bedrängnis gebracht, in Isolation getrieben und Verfolgungen ausgesetzt wurden. Für die Mitglieder der PDS ist das Bekenntnis zur Mitverantwortung für das Geschehene und der unumkehrbare Bruch mit der stalinistisch geprägten Tradition Wesenselement ihrer politischen Identität und unverzichtbare Grundlage ihres demokratischen Wirkens.«
Thesen, 8/3

Das Bestreben, »den« Sozialismus aus den Zusammenbrüchen der Jahre 1989 bis 1991 herauszuhalten, ist nicht unsympathisch, aber – mit Verlaub – naiv. Es äußerte sich ja auch in der Kapitelüberschrift »Das Scheitern des sozialistischen Versuchs« (Programm, S. 6). Schon damals mochte ich mir die DDR (z. B.) nicht als Großversuch am Menschen vorstellen. Wird die untergegangene Staats- und Gesellschaftsordnung als »Versuch« gekennzeichnet, dann ignoriert das aber auch die Zielstrebigkeit der Aufbauarbeit, suggeriert, es könnte nur den einen, »wahren« Sozialismus geben, den wir leider verfehlt hätten, und verdeckt eines der wichtigsten gesellschaftswissenschaftlichen Probleme. – Vielleicht können sich einige Genossen, die jetzt als Politikwissenschaftler firmieren, daran erinnern, daß sie einmal das Fach »Wissenschaftlicher Sozialismus« (zeitweise WK) vertraten? Vielleicht nutzen sie die seinerzeit ungeahnten Chancen gesellschaftskritischer Forschung um zu klären, was für einen Sozialismus wir hatten, welcher Typ von Sozialismus das war?

Bis dahin werde ich »Staatssozialismus« für eine praktikable Hypothese halten. Das ist ein noch nicht vernutzter oder gar mißbrauchter Begriff, und seine vorerst wenigen Definitionen sind plausibel.⁸ Ich verstehe nicht, warum ihn Harald Neubert als pejorativ ablehnt.⁹ Natürlich ist ohne Gewalt keine Umwälzung gesellschaftlicher Verhältnisse herbeizuführen und ohne Staatsmacht keine Klassengesellschaft zusammenzuhalten. Doch meint »Staatssozialismus« nicht schlechthin dies, sondern die Monopolisierung der Macht, genauer gesagt, der Verfügungsgewalt über das ökonomische, politische und kulturelle Potential der Gesellschaft.¹⁰

Es spricht manches dafür, den Staatssozialismus als jenen Typ von Sozialismus zu betrachten, der sich unter den im 20. Jahrhundert vorherrschenden Bedingungen (imperialistische und Befreiungskriege, tradierte Rückständigkeit fast aller befreiten Länder, Kalter Krieg und Wettstreit der Weltsysteme ohne »Waffengleichheit«) mit einiger Notwendigkeit herausbildete und von der Sowjetunion auf andere Länder übertragen wurde. In der DDR-Vorgeschichte läßt sich gut beobachten, wie die örtliche Selbstverwaltung und betriebliche Mitbestimmung der Werktätigen nicht aus bloßer Willkür, sondern unter objektiven politischen und ökonomischen Zwängen nach und nach abgeschafft wurden. Hätte der »Früh-Sozialismus«, wie er auch genannt wird, unter den obwaltenden Bedingungen zwangsläufig die Gestalt des Staatssozialismus angenommen, wäre allerdings bei den »Defiziten« zwischen vermeidbaren und unvermeidlichen zu unterscheiden und nach den Möglichkeiten einer Transformation dieses Sozialismus-Typs in einen neuen, demokratisch und rechtsstaatlich verfaßten zu fragen. Derartige Möglichkeiten entstanden ja seit den 50er Jahren, so daß in Hinblick auf die Unterdrückung solcher Bestrebungen und die Unterbindung von Reformen von einem konservativen oder auch konterrevolutionären Potential des Staatssozialismus gesprochen werden könnte.

Derlei hatte die Programmkommission wohl nicht im Sinn, und es ist auch nicht ihre Sache, historiographische Konzeptionen zu entwickeln. Das geschichtlich begründete Selbstverständnis der PDS jedoch müßte sich auch auf frühe, schon damals oppositionelle demokratisch-sozialistische Bestrebungen beziehen. Das gilt vor allem

»Der staatlich etablierte Sozialismus [...] beruht auf einer bürokratischen Produktionsweise, in der alle wesentlichen Entscheidungsbefugnisse [...] bei der sich auf das staatliche Eigentum an den Produktionsmitteln stützenden Bürokratie liegen. Er hat einen monopolistischen Überbau, der mit seinen Institutionen, vor allem Partei, Justiz, Militär und Polizei, die ökonomische Basis schützt [...]. Die Struktur der Gesellschaft ist hierarchisch-elitär.«
Fritz Behrens

für die Arbeitererhebung vom Juni 1953, an der sich Parteimitglieder in vielen volkseigenen Betrieben beteiligten¹¹, sowie für die Stalinismus-Kritik von sozialistischen Intellektuellen.

In Auswertung des XX. Parteitags der KPdSU und älterer trotzkistischer Literatur hat Wolfgang Harich das »Wesen des Stalinismus« 1956 als erstes SED-Mitglied beschrieben – in bis heute beeindruckender Weise.¹² Er bezeichnete ihn als das »entscheidende Hemmnis« der sozialistischen Bewegung¹³, stellte aber nicht in Frage, daß sie zunächst durch ihn vorangetrieben worden war. Man könne auch nicht sagen, »daß durch den Stalinismus der sozialistische Charakter der Sowjetgesellschaft vernichtet worden sei.«¹⁴ Robert Havemann brachte seine Überlegungen zu Papier, als mit dem Prager Frühling die zweite starke Demokratie-Bewegung unterdrückt worden war, und konstatierte nunmehr die Unvereinbarkeit von Stalinismus und Sozialismus.¹⁵ Was Harich, Havemann und vor ihnen schon andere Kommunisten über Entstehungsgründe und Wesenszüge des Stalinismus schrieben, trifft weitgehend auch auf den Staatssozialismus zu. Sollten wir da nicht den tradierten Begriff übernehmen, anstatt den jüngeren, minder bekannten zu verwenden?

Nach dem Urteil von Wolfgang Ruge, der dabei vor allem auf das GULAG-System der Zwangsarbeit und den Massenterror der Stalin-Zeit verweist, »war der epigonale Stalinismus (erst recht der epigonale Poststalinismus) osteuropäischen Typs [...] sowohl seiner Qualität als auch seinen Folgen nach ein wesentlich andersgeartetes Phänomen als die diktatorische Herrschaft Stalins.«¹⁶ Gewiß gilt das erst recht für die DDR. Nun läßt sich zwar – mit Hermann Weber¹⁷ – der Begriff im weiten, allgemeinen Sinne abheben von einem Stalinismus im engeren Sinne reinster Willkürherrschaft und brutalsten Terrors. Doch unweigerlich verwischt das die Grenzen. Der Stalinismus im weitesten Sinne, wenn man so will, kommt von Lenin und Trotzki her. Rosa Luxemburg ahnte das schon.¹⁸ Nein, für das Parteiprogramm bevorzuge ich eine schon im Wort gegebene Unterscheidung zwischen dem »Staatssozialismus« als Typ und dem »Stalinismus« als dessen Perversion.

Geschichtswissenschaftlich begründete Aussagen über das politische System des bisherigen Sozialismus und insbesondere über dessen »strukturelle Grunddefizite« müssen unbedingt bei der Verfaßtheit der Parteien ansetzen, die jene Staaten maßgeblich gestalteten. Der für den Staatsaufbau konstitutive »demokratische Zentralismus« kam von der »Partei neuen Typus« her. Eine Kennzeichnung des damaligen Verhältnisses zwischen Partei und Staat gehört, wie mir scheint, auch ins Programm, fehlt aber noch in den Thesen. Das war eine Symbiose, die beiden schlecht bekam. Verstaatlichung der Partei: Ihre Sekretariate fungierten als leitende Staatsorgane und der Parteiapparat doublierte den Staatsapparat. Das entfernte die Partei immer mehr von ihren Ursprüngen in der Arbeiterbewegung.

Nun gab es in der DDR neben dem staatlich verordneten auch den frei praktizierten Sozialismus, wie er sich nicht selten im Widerstreit von Bevormundung und Eigensinn entwickelte. Die Thesen erwähnen »dort gewachsene zwischenmenschliche Werte« und meinen wohl solche Beziehungen, welche sich erst in einer Gesellschaft entfalten können, die nicht mehr den Gesetzen von Profitmaximierung

»Den Stalinismus vom marxistischen Standpunkt aus kritisieren heißt, ihn historisch verstehen und erklären, ihn in gewissen Grenzen sogar historisch rechtfertigen – rechtfertigen freilich ohne Beschönigung – und gleichzeitig nachweisen, daß er vernichtet werden muß, weil er unter den gegenwärtigen Bedingungen [...] zum entscheidenden Hemmnis der internationalen sozialistischen Bewegung geworden ist.«
Wolfgang Harich

»Während in der stalinistischen Sowjetunion unter den Bedingungen des deklarierten Übergangs zum Sozialismus (Kommunismus) eine die Schöpferkraft des Volkes dezimierende und sogar an der physischen Substanz des Volkes zehrende Politik der Menschenvernichtung betrieben wurde, übernahmen die osteuropäischen Länder des »Realsozialismus« von dort zwar die uneffektive administrative Planwirtschaft, die Bürokratisierung, die Bevormundung des geistigen Lebens, die Abschottung gegenüber dem Westen [...] sowie anderen Entwicklungsballast, nicht aber die unbarmherzig-schrankenlose Gewaltanwendung gegenüber den eigenen Bürgern.«
Wolfgang Ruge

und Konkurrenz unterworfen ist. Die Systemkritik von Ostdeutschen erwächst mittlerweile aus dem Systemvergleich doppelter Alltagserfahrung. Und keine DDR-Kritik kann die dort als selbstverständlich erlebte Einbeziehung ins Erwerbsleben und die weitgehende Teilhabe am kulturellen Leben der Gesellschaft entwerten. Die Wahrnehmung politischer Bürgerrechte, an deren Verweigerung der eine Staat scheiterte, erweist sich im anderen als mühselig, sobald mehr als das Stimmrecht gefragt ist. Bei manchen Vorzügen sind repräsentative Demokratie, weitestgehend formalisierte Rechtsprechung und perfektionierte Bürokratie doch alles andere als bürgernah. – Es sind solche und ähnliche Erfahrungen, die in den Thesen zu Recht als »potentielle Gegenmachtreserven« bezeichnet und im höchst wichtigen Abschnitt »Akteure gesellschaftlichen Wandels« aufgerufen werden (32/1). Ein gutes Beispiel für einen programmadaquaten Umgang mit Traditionen!

»Wie keiner anderen Partei der Bundesrepublik ist der PDS die Aufgabe und Chance zugewachsen, das kritische Potential der Ostdeutschen für bundesweiten Wandel auszuschöpfen. Der durch die vielfache Mißachtung von Biografien, Leistungen und Erfahrungen der Ostdeutschen hervorge-rufene Gegendruck in der Bevölkerung und ihre aus der DDR überkommene stärker kapitalismuskritische und antimilitaristische Einstellung in den neuen Bundesländern – gestärkt durch gegenwärtige Erfahrungen – sind wichtige potentielle Gegenmachtreserven. Noch sind wertvolle Erfahrungen aus der DDR und dort gewachsene zwischenmenschliche Werte nicht völlig ausgelöscht. Der PDS fällt zu, sie gemeinsam mit anderen ostdeutschen Akteuren konstruktiv in eine sozial und ökologisch nachhaltige Entwicklung der Bundesrepublik einzubringen.«
Thesen, 32/1

Was die PDS aber immer wieder klarstellen sollte, das ist die »Dialektik des Staatssozialismus«, das sind die zwischen seinen Vorzügen und Mängeln bestehenden widersprüchlichen Zusammenhänge. Die Kehrseite der von vielen Landsleuten mittlerweile sehnsüchtig erinnerten sozialen Sicherheit war die Abschottung der DDR gegenüber dem Ausland. Inwieweit unsere sozialen und kulturellen Errungenschaften ohne die Mauer von Bestand gewesen wären, läßt sich kaum ermitteln. Daß es aber einen solchen Zusammenhang gab – zu dem die Schüsse an der Mauer ebenso gehörten wie alle jene Maßnahmen von MdI und MfS, welche einer Republikflucht vorbeugen sollten –, muß nicht erst bewiesen werden. Der Antagonismus sollte im Programm festgehalten werden, um einer möglichen Selbsttäuschung vorzubeugen, um klarzustellen, daß demokratischer Sozialismus neue Lösungen für Aufgaben suchen muß, die der staatsmonopolistische auf seine Weise bereits gelöst hatte. – Die PDS ist die einzige deutsche Partei, die in sich gleichsam massenhaft Sozialismus- mit Kapitalismus-Erfahrungen verbindet, dies auch reflektiert und politisch produktiv machen kann. Zuvor jedoch muß sie sich dieses doppelte Erbe doppelt kritisch aneignen.

Wie die Entwicklung der DDR wird die der ehemaligen BRD in den Thesen (ab 7/1) auf eine Weise charakterisiert, die ich für unzweckmäßig halte. Hinzu kommt der Eindruck von »Idealisierung« (so zu Recht das Dreier-Votum, 37/2). Würde die Kommission dem von mir eingangs zitierten Hinweis Horst Kahrs' folgen und dafür sorgen, daß unser Programm künftig auch die Erfahrungen linker Wessis »kommuniziert« – ich bin ja dafür! –, stellte sich wahrscheinlich heraus: Die sind auf andere Art nicht minder frustriert! Doch im Unterschied zur DDR ist die BRD noch nicht Geschichte, und die konkrete Kapitalismus-Kritik gehört in die programmatischen Kapitel des Programms: »Demokratisierung der Demokratie«, »Alternative Medienpolitik« usw. Für das hier besprochene Kapitel könnte es genügen, etwa so, wie es in den Thesen schon geschieht¹⁹, auf den antinazistischen und friedenspolitischen »Gründungskonsens« Bezug zu nehmen, den noch die Verfassungen von 1949 fixierten, und auf die »verpflichtende Tradition« des Kampfes »für soziale Gerechtigkeit und die Demokratisierung von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft in der alten Bundesrepublik« (7/2). Die

Studentenbewegung der sechziger Jahre und die Gewerkschaftsbewegung, die auch deshalb genannt werden muß, weil der Linkssozialismus dort am stärksten verwurzelt ist, nennt die Programmkommission zu Recht dort, wo sie »Akteure gesellschaftlichen Wandels« vorstellt (32/1).

Sehr viel wichtiger und zugleich schwieriger als der Umgang mit BRD-Geschichte ist der Rückbezug auf die Umbrüche von 1989/1990 – schwieriger wegen der diesbezüglich bestehenden Meinungsverschiedenheiten in der Partei, ungemein wichtig jedoch für ihr Selbstverständnis. Die PDS ging aus der selbstbestimmten Wende von 1989 hervor und kam im Kampf gegen die fremdbestimmte »Wende in der Wende« 1990 zu Kräften. Die Bündnisgrünen scheinen auf diese Tradition keinen Wert zu legen. Würde sich die PDS diese Tradition gänzlich aneignen, könnte das gleichermaßen Identität wie Autorität der Partei ausprägen.

Nun sind aber die Urteile über jene Ereignisse so vielfältig wie die damaligen Erlebnisse und Beobachtungen sowie die seither gewonnenen Erfahrungen. Das gilt kaum für den Anschluß der DDR an die BRD und weniger für dessen unmittelbare Vorgeschichte. Doch der Herbst 1989 wird unterschiedlich bis gegensätzlich beurteilt. Wohl nur für eine Minderheit ist die Hauptsache die damalige Volksbewegung, für die Mehrheit (so mein Eindruck) das Versagen und der Verrat in der Partei- und Staatsführung. Viele Parteimitglieder sehen in der sogenannten Wende²⁰ ausschließlich das Scheitern, die Niederlage, nur wenige auch die Chance. – Ich nehme an, daß es an diesen Differenzen liegt, wenn alle drei hier besprochenen Papiere befriedigende Aussagen über den Herbst 1989 vermissen lassen. Das 1993er Programm geht noch vergleichsweise weit: der »Aufbruch des Herbstes 1989 in der DDR« (S. 1), die »Volksbewegungen in den osteuropäischen Ländern« (S. 2). In den Thesen habe ich nur noch den »Zusammenbruch« gefunden (8/2), im Minderheitsvotum derlei gar nicht mehr.

Wenn aber das »Scheitern« des Sozialismus nicht unvermeidlich war, wenn »Versuche zur Erneuerung und Rettung« möglich waren und auch unternommen wurden, wie es im 1993er Programm (S. 7), dem Sinne nach auch in den Papieren von 1999 heißt und dort sogar näher ausgeführt wird (8/2 und 39/2), muß die Volksbewegung vom Herbst 1989 dann nicht als ein solcher Versuch gewürdigt werden – und zwar weitergehend als es in der Präambel des alten Programms geschah? Damit ist ja auch die Frage verbunden, ob wir unsere Partei hauptsächlich als Konkursmasse des Staatssozialismus verstehen wollen oder als Ergebnis jenes (verspäteten) Versuchs, wie es die Präambel andeutete, sowie als bleibendes Ergebnis einer Erneuerungsbewegung, die zwar schwächer war als die von der Bonner Republik ausgehenden restaurativen Bestrebungen und ihr ursprüngliches Ziel eben deswegen nicht erreichte, dafür aber ihren demokratisch-sozialistischen Anspruch auf ganz Deutschland ausdehnte.

»Der Sozialismus in Osteuropa und in der DDR war nicht von vornherein zum Scheitern verurteilt. Radikale Reformansätze wie vor allem der ›Prager Frühling‹ 1968 wurden jedoch erstickt. Einzelne Reformbemühungen wie das Neue Ökonomische System in der DDR wurden abgebrochen bzw. änderten letztlich nichts an der Unterordnung der Wirtschaft unter ein diktatorisches politisches Machtzentrum, was – erst recht unter den Bedingungen der technologischen Revolution – zu ökonomischer Ineffizienz, ökologischer Rückständigkeit und schließlich zu sozialen Konflikten führen musste. Begünstigt durch veränderte internationale Bedingungen wurde so der Zusammenbruch der staatssozialistischen Ordnung auch in der DDR Ende der achtziger Jahre unvermeidlich.«
Thesen, 8/3

- 1 Horst Kahrs: Was kommt nach den »Reformern« in der PDS?, in: UTOPIE kreativ, Heft 115/116 (Mai/Juni 2000), S. 438.
- 2 Vgl. die im »Neuen Deutschland« vom 30. März 2000 auf S. 16 auszugsweise veröffentlichte, auch von mir unterzeichnete Erklärung einiger Mitglieder der Historischen Kommission der PDS sowie die Diskussionsbeiträge der Kommissionsmitglieder Günter Benser in der Tagung des Marxistischen Forums am 27. Nov. 1999 und Stefan Bollinger in »DISPUT«, Heft 5/2000, S. 12ff.
- 3 Siehe Kapitel 2 auf den S. 6-8 der vom Bundesgeschäftsführer 1997 herausgegebenen Broschüre, die ich auch im weiteren zitiere.
- 4 Die Thesen der Programmkommission sowie das separate Dreier-Votum zitiere ich nach dem PDS-Pressedienst Nr. 47 vom 26. Nov. 1999 mit Seite/Spalte. Hier 8/1 und 38/2. – Fortan stehen die Seitenangaben für das Programm wie für die eben genannten Texte eingeklammert hinter dem Zitierten.
- 5 Vgl. Die Russische Revolution 1917. Wegweiser oder Sackgasse? Hrsg. Wladislaw Hedeler, Horst Schützler, Sonja Striegnitz, Berlin 1997, S. 17ff. – Das sind Vorbemerkungen von Helmut Bock für den Sammelband, dessen Vorbereitung und Veröffentlichung durch die Historische Kommission der PDS veranlaßt wurde.
- 6 Vgl. Klaus Kinner: Der deutsche Kommunismus: Selbstverständnis und Realität. Bd. 1: Die Weimarer Zeit, Berlin 1999, S. 9ff. – Auch diese Buch entstand mit Unterstützung der Historischen Kommission.
- 7 »Deutschland Archiv«, Heft 3/2000, S. 450.
- 8 Vgl. den Artikel von Fritz Vilmar im »Lexikon des Sozialismus«, hrsg. von Thomas Meyer u.a., Köln 1986, S. 656. – Das »Kritische Wörterbuch des Marxismus«, in der deutschen Fassung hrsg. von Wolfgang Fritz Haug, widmete diesem Phänomen im entsprechenden, 7. Band (Hamburg 1988) keinen separaten Artikel (vgl. aber den Staatskapitalismus-Artikel von Jean Robelin, S. 1246ff.), doch ist das Stichwort »staatsmonopolistischer Sozialismus« für die Neuausgabe angekündigt.
- 9 Siehe seinen Beitrag zur Programmdebatte im »Neuen Deutschland« vom 25./26. März 2000, S. 18.
- 10 Vgl. in einer meiner Marginalien die Definition von Fritz Behrens, festgehalten in seinen »Kurzen Bemerkungen zum Prager Frühling« während der siebziger Jahre, erstmals veröffentlicht in: »Ich habe einige Dogmen angetastet ...«. Werk und Wirken von Fritz Behrens. Beiträge des 4. Walter-Markov-Kolloquiums. Hrsg. Eva Müller, Manfred Neuhaus, Joachim Tesch, Leipzig 1999, S. 6.
- 11 Vgl. Jochen Czerny: Altes und Neues über den 17. Juni 1953, in: Das unverstandene Menetekel – Der 17. Juni 1953. Materialien einer Tagung. Hrsg. Brandenburger Verein für politische Bildung »Rosa Luxemburg« e.V., Potsdam 1993, S. 56ff., insbes. S. 62 u. 68f.
- 12 In seinen »Studien zur weltgeschichtlichen Situation«. Siehe Siegfried Prokop: »Ich bin zu früh geboren«, Berlin 1997, S. 242ff.
- 13 Ebenda, S. 260. – Siehe die entsprechende Marginalie.
- 14 Ebenda, S. 264.
- 15 Siehe Robert Havemann: Fragen – Antworten – Fragen. Aus der Biographie eines deutschen Marxisten, Berlin 1990, S. 50ff., insbesondere S. 55.
- 16 Wolfgang Ruge: Stalinismus – eine Sackgasse im Labyrinth der Geschichte, Berlin 1991, S. 134, das Ruge-Zitat in der Marginalie S. 133.
- 17 Siehe Hermann Weber: Geschichte der DDR. Aktualisierte und erweiterte Neuausgabe, München 1999, S. 13f.
- 18 Vgl. Rosa Luxemburg: Gesammelte Werke. Bd. 4, Berlin 1974, S. 359ff.
- 19 Vgl. auch das Papier der Historischen Kommission »Die Doppelbiographie der Bundesrepublik« im PDS-Pressedienst Nr. 13 vom 31. März 1999, S. 9ff.
- 20 Die Karriere dieses Wortes ist kurios. 1971 für den Wechsel von Ulbricht zu Honecker verwandt, wurde es – sinngemäß richtig – im Oktober 1989 von Krenz übernommen, dann aber auch auf die weitere Entwicklung bis hin zum Anschluß bezogen, auf wesensverschiedene Ereignisse also.

DIETRICH STARITZ

Das Ende der DDR. Erklärungsansätze

Zu berichten ist nicht über das Ende der DDR, sondern über historiographische beziehungsweise politikwissenschaftlich-soziologische Deutungen ihres Untergangs. Vorgetragen wird nicht eine längliche, in Anbetracht der Vielzahl der Wortmeldungen zum Ende der DDR gleichwohl unvollständige Sammelrezension; es wird vielmehr versucht, die unterschiedlichen Antworten auf drei Fragen kritisch vorzustellen. Erstens: Was ging unter – oder: Was war die DDR? Zweitens: Wie ging sie unter? Und drittens: Warum?

Generell und nur etwas zugespitzt läßt sich sagen: Ganz und gar unstrittig ist allein, daß die DDR unterging, jedenfalls dann, wenn der Staat zur Debatte steht und nicht sein Erbe, die mentalen Prägungen, die er hinterließ, oder die bösen bis verklärten Erinnerungen an ihn. Und so besehen wird sie wohl auch noch einige Zeit weiterleben. Schon die Frage aber, was da unterging, wird sehr unterschiedlich beantwortet. Die »zweite deutsche Diktatur« – das scheint eine zwischen vielen Zeithistorikern und politischen Akteuren konsensfähige Charakterisierung zu sein. Natürlich trifft sie grundsätzlich zu, denn ganz sicher gab es in der DDR weder eine demokratische Ordnung noch einen Rechtsstaat, vielmehr herrschte die SED-Führung ohne ein explizites Plazet der Gesellschaft, und sie stand noch nicht einmal unter der Kontrolle der Partei. Zwar erhob sie den Anspruch, die Macht im Namen der Arbeiterklasse und als Vollzug ihrer »historischen Mission« auszuüben, doch tat sie das deshalb nicht weniger diktatorisch. Und dennoch ist die Formel von fragwürdigem Erkenntniswert, denn sie verwischt die eklatanten Unterschiede zwischen NS- und SED-Herrschaft und faßt zusammen, was nicht zusammengehört: militaristischen Expansionismus und mörderischen Rassismus auf der einen Seite und (im wesentlichen) nach innen gerichtete Repression von Klassenfeinden aller Couleur und Regimegegnern wie Kritikern der unterschiedlichsten Observanz auf der anderen.

Mit demselben Problem sind der Terminus »totalitäre Diktatur«¹ und die Totalitarismus-Ansätze insgesamt konfrontiert. Jedenfalls dann, wenn sie die strukturelle Nähe von Nazifaschismus und Stalinismus, der extremsten Spielart bolschewistischer Herrschaft, behaupten und die SED-Diktatur in allen ihren Phasen als stalinistisch identifizieren. Auch dann wird eher zu einer Zusammenschau aufgefordert als zu einer differenzierenden Betrachtung und – ebenso wie durch das Wort von der »zweiten Diktatur« – zu einer Verharmlosung des NS beziehungsweise zur Dämonisierung der DDR eingeladen.

Dietrich Staritz – Jg. 1934, Prof. Dr., Politologe und Soziologe. Zahlreiche Veröffentlichungen zur politischen und sozialen Entwicklung der DDR und zum Parteiensystem der Bundesrepublik, u.a.: »Sozialismus in einem halben Lande« (1976), »Geschichte der DDR« (erw. Neuauflage 1996)

Leicht überarbeitete Fassung eines Vortrages, der am 13. November 1999 auf einer Konferenz über *Das letzte Jahr der DDR – Zwischen Aufbruch und Anschluß* in der »Hellen Panke« Berlin gehalten wurde.

1 Wie beim Terminus »zweite deutsche Diktatur« muß wegen seiner inflationären Verwendung auch bei der »totalitären Diktatur« auf Belegstellen verzichtet werden. Eine aktuelle

Zusammenschau bietet Martin Sabrow: Der künstliche Konsens. Überlegungen zum Legitimationscharakter sozialistischer Herrschaftssysteme, in: Jahrbuch für historische Kommunismusforschung 1999, Berlin 1999, S. 191ff.

2 Vgl. etwa Armin Mitter, Stefan Wolle: Untergang auf Raten. Unbekannte Kapitel der DDR-Geschichte, München 1993 oder die Beiträge von Ehrhart Neubert und Joachim Gauck in der deutschen Ausgabe von Das Schwarzbuch des Kommunismus. Unterdrückung, Verbrechen und Terror, 4. Aufl., München/Zürich, 1998, S. 829ff.

3 So Werner Hofmann: Stalinismus und Antikommunismus. Zur Soziologie des Ost-West-Konflikts, Frankfurt a. M. 1967, S. 13.

4 Vgl. Hermann Weber: SED und Stalinismus, in: Die DDR im vierzigsten Jahr. Geschichte – Situation – Perspektiven, 22. Tagung zum Stand der DDR-Forschung in der Bundesrepublik Deutschland (16. bis 19. Mai 1989), Köln 1989, S. 3ff.

5 Wolfgang Ruge: Zu den Wurzeln des Stalinismus. Die Doppeldroge, in: Sonntag, Nr. 2/1990 vom 14. Januar 1990, ders.: Stalinismus – eine Sackgasse im Labyrinth der Geschichte, Berlin 1991.

Daß Analysen dieses Zuschnitts speziell nach dem Ende der Zweistaatlichkeit reüssierten, darf nicht überraschen, insbesondere dann nicht, wenn sie von ostdeutschen Autoren stammen.² Zum einen gab es das Bedürfnis, Anschluß an die Diskussionen innerhalb der nun dominierenden westdeutschen Interpretengilde zu finden, zum anderen bei manchen sicher auch die durchaus verständliche Neigung, es den eben entmachteten Antifaschisten auch wissenschaftlich heimzuzahlen. Und dafür eignete sich nichts besser, als sie definitiv in die Nähe der Faschisten zu rücken.

Allerdings wissen auch die von Totalitarismus-Ansätzen geleiteten Analytiker, daß alle Machtgefüge einem langsameren oder rascheren Wandel unterliegen. Nach Stalins Tod auch das der Sowjetunion, wo sich anstelle der »exzessiv machtorientierten Ordnung der Innen- und Außenbeziehungen«³ Formen der Parteidiktatur etablierten, die stärker an das ursprüngliche Leninsche Politikvermittlungsverständnis anknüpften, an ein Konzept, das demokratische Verfahren freilich auch erst für den (Sankt Nimmerleins-) Tag nach der erfolgreichen Weltrevolution in Aussicht stellte. Dennoch läßt sich »Stalinismus« – bei entsprechender intellektueller Anstrengung – im Rahmen zeitgeschichtlicher wie sozialwissenschaftlicher Forschungen durchaus als analytische Kategorie nutzen. Jedoch taugt er mit weniger Aufwand auch als Kampfbegriff, und schon deshalb wird auf die Anstrengung häufig verzichtet. Immerhin ist vorgeschlagen worden, zwischen dem stalinzeitgenössischen und einem strukturellen Stalinismus zu unterscheiden, der Stalin in den Machtsystemen der KP-dominierten Staaten überdauerte⁴. Bislang aber wurde nicht hinreichend diskutiert, inwieweit Stalinsche wie nachstalinsche Herrschaftsformen auf demselben – wenngleich sehr unterschiedlich praktizierten – Leninschen Avantgardeverständnis beruhen.

Auf diesen Zusammenhang und seinen revolutionsgeschichtlichen Kontext hat in der »Wende« Wolfgang Ruge⁵ hingewiesen. Und von ihm stammen auch die noch immer anregenden Überlegungen für eine Periodisierung kommunistischer Herrschaft. Das Aufkommen des »klassischen Stalinismus« datiert er auf 1928 (die Schachty-Prozesse). Von da an seien Bürokratie, Massenterror und Byzantinismus zu den Kernelementen des Herrschaftssystems geworden – auf der Grundlage von bereits zuvor gewachsenen bürokratischen Strukturen, der schon zuvor starken despotischen Tendenzen und der ebenfalls zuvor ausgeprägten theoretischen Orthodoxie. Auf den »klassischen« läßt Ruge den »Poststalinismus« folgen, ein Machtsystem, das sich nach dem Scheitern der Chruschtschowschen Reformbemühungen ausbildete und durch Ultrabürokratisierung und Gewaltbereitschaft gekennzeichnet gewesen sei. Der »klassische« habe in der DDR schon aufgrund ihrer Grenzlage nicht voll durchgesetzt werden können. Ihre Strukturen seien daher bis zu ihrem Ende von einem »epigonalen Poststalinismus« bestimmt gewesen, durch eine deutsche Form von Bürokratie und latenter Gewalt also, wie ich Ruges Attribut übersetze.

Recht eigentlich hätte gerade das Ende der DDR zu einer erneuten kritischen Prüfung der Totalitarismus-Ansätze herausfordern müssen, insbesondere dann, wenn man ihr Zusammenbrechen mit dem Inferno von 1945 verglich – Phänomene, die sich dem gleichen

Herrschaftstypus kaum zuordnen lassen. Wohl auch in Anbetracht dieser markanten Unterschiede ist verschiedentlich versucht worden, die SED-Diktatur genauer zu charakterisieren. Die Deutungsmuster reichen von der parteigesteuerten repressiven »Organisationsgesellschaft«⁶ über die »Erziehungsdiktatur«⁷, die eher ironisch so verstandene »Diktatur der Liebe«⁸ bis zur »Fürsorgediktatur«⁹, auf die ich später noch einmal zurückkommen werde, oder zur Identifizierung der DDR als politisch-kulturelle Wiedergängerin des preußisch-paternalistischen Polizeistaats¹⁰. Und tatsächlich scheint in jeder dieser Charakterisierungen mehr auf als nur eine Facette des Herrschaftssystems der späten DDR. Andere berücksichtigten den Wandel in der Vokabel »Spätstalinismus« – das entsprach dem terminologischen Wechsel von totalitär zu spät- oder posttotalitär¹¹ – oder in der Wortspielerei »autolitär«, mit der ihr Schöpfer¹² andeuten wollte, so ganz totalitär sei die späte DDR vielleicht doch nicht gewesen, vielmehr auch ein wenig autoritär, also nicht so umfassend gesteuert, verwaltet und kontrolliert, wie es die Totalitarismus-Konzepte nahelegen.

Wie die meisten an diesem Approach orientierten Deutungen resultierte allerdings auch diese aus einer Analyse der Machtstrukturen, die mehr den Zwecken und Mitteln, weniger den Resultaten des Herrschaftssystems galt. Nicht von ungefähr. Denn tatsächlich eignen sich Forschungen dieses Typs ja sehr viel besser für das Offenlegen der politischen Inputs (der Intentionen und Methoden des Machtgebrauchs) als für eine Analyse politisch-sozialer Vermittlungen. Schon deshalb kommt bei ihnen die Gesellschaft oft nur mittelbar, als Objekt der Politik, ins Visier und erscheint – angesichts des vielgliedrigen institutionalisierten Bewegungsapparats und des vielschichtigen parteistaatlichen Nervensystems – zumeist als Widerpart der Herrschenden, häufiger als (mehr oder minder) widerständiger, seltener als zeitweilig angepaßter. Wahrnehmung hat jedoch immer mit dem Blickwinkel zu tun, den jemand wählt. Wer mit einem Vorverständnis fragt, das der Partei(führung) nicht nur den Willen, sondern (wenigstens ein Stück weit) auch die Fähigkeit zuschreibt, die einzelnen wie die Gesellschaft rundum – totalitär – zu erfassen, zu steuern und letztlich zu formen, der schaut insbesondere darauf, wie sie das gemacht hat, diese Partei. Zum Prüfen der Outputs verführt diese Perspektive jedenfalls nicht unbedingt. Und deshalb bleiben denn auch in vielen so angelegten Studien entweder der Approach, der Ansatz, auf der Strecke – oder die Gesellschaft blaß¹³. Es fehlen Aussagen darüber, wie die Inputs sozial verarbeitet wurden, welche Veränderungen der Sozialstruktur, der Arbeitsverhältnisse, der Zeitbudgets, des Konsums etwa zu welchen Veränderungen oder Verfestigungen von Werthaltungen, Einstellungen, Kommunikationsmustern oder Mentalitäten geführt haben. Anders gesagt: Wer nach Interdependenzen von Politik und Gesellschaft nicht fragt, sieht leicht überall Dichotomien.

Anfangs neben dem Mainstream, nun als gleichsam zweiter Strom, sind die Versuche zu nennen, beide, die DDR- wie die deutsche NS-Gesellschaft als »moderne« Diktaturen zu begreifen. Sie werden durch das Adjektiv von den vormodernen, der Tyrannis etwa, abgegrenzt und sollen im Kontext industriegesellschaftlicher Modernisierungsprozesse untersucht werden¹⁴. Allerdings ist zu Recht gefragt

6 Der Terminus stammt von Detlef Pollack. Für vieles: Ders.: Das Ende der Organisationsgesellschaft, in: Systemtheoretische Überlegungen zum gesellschaftlichen Umbruch in der DDR, in: Zeitschrift für Soziologie, 19 (1990), S. 292ff.

7 Neben anderen auch Dietrich Staritz: Widerstand und Opposition, Dissidenz und Resistenz in der DDR, in: UTOPIE kreativ, 97/98, November/Dezember 1998, S. 35ff.

8 Stefan Wolle: Die heile Welt der Diktatur. Alltag und Herrschaft in der DDR 1971 – 1989, Berlin 1998, S. 125.

9 Konrad H. Jarausch: Realer Sozialismus als Fürsorgediktatur. Zur begrifflichen Einordnung der DDR, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament (APuZ), B 20/98 vom 8. Mai 1998, S. 33ff.

10 So Charles S. Maier: Das Verschwinden der DDR und der Untergang des Kommunismus, Frankfurt a.M. 1999, S. 188ff.

11 Vgl. Juan J. Linz, Alfred Stepan: Problems of Democratic Transition and Consolidation. Southern Europe, South America and Post Communist Europe, Baltimore 1996, p. 55f.

12 Eckhard Jesse: War die DDR totalitär?, in: APuZ B 40/94 vom 7. Oktober 1994, S. 12ff.

13 Wie in der Arbeit von Klaus Schröder und seinem Mitarbeiter Steffen Alisch: Der SED-Staat. Geschichte und Strukturen der DDR, München 1998.

14 Jürgen Kocka: Nationalsozialismus und SED – Diktatur im Vergleich, in: Ders.: Vereinigungskrise. Zur Geschichte der Gegenwart, Göttingen 1995.

15 Jeffrey Herf: *Reactionary Modernism. Technology, Culture and Politics in Weimar and the Third Reich*, Cambridge 1990. Ich folge hier der Argumentation Sabrows (Anm.1)

16 So Paul Erker: *Zeitgeschichte als Sozialgeschichte. Forschungsstand und Forschungsdefizite*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 19 (1993), S. 202ff.

17 Vgl. Alf Lüdtke: »Helden der Arbeit« – Mühen beim Arbeiten. Zur mißmutigen Loyalität von Industriearbeitern in der DDR., in: Hartmut Kaelble, Jürgen Kocka, Hartmut Zwahr (Hrsg.): *Sozialgeschichte der DDR*, Stuttgart 1994, S. 188ff. s.a.: Ders.: *Die DDR als Geschichte. Zur Geschichtsschreibung über die DDR*, in: *APuZ*, B 36/98 vom 28. August 1998, S. 3ff., hier S. 12f.

18 Vgl. Anm. 9

19 Vgl. Anm. 8

20 Rolf Henrich: *Der vormundschafliche Staat. Vom Versagen des real existierenden Sozialismus*, Reinbek 1989.

21 So Schröder, Alisch (Anm. 13): S. 619f.

22 Vgl. Götz Aly in: *Berliner Zeitung* vom 10. September 1998.

worden, ob die Nazidiktatur nicht vor allem antimoderne Züge trug beziehungsweise besser als »reaktionärer Modernismus«¹⁵ zu fassen sei, und ob die Diktatur der SED nicht vor allem an ihrer Unfähigkeit scheiterte, Modernisierungsprozesse zu initiieren. Gerade unter diesem Aspekt wurde sie von Dahrendorf schon Anfang der sechziger Jahre (und wohl zutreffend) als »unmoderner Modernisator« ausgemacht. Gleichwohl: Im Rahmen dieses Interpretationsmusters beziehungsweise in seiner Nachbarschaft wird vor allem der gesellschaftliche Alltag in den Blick genommen, das heißt neben den formalisierten speziell die informellen Strukturen, Kommunikationsweisen etc. Sie werden entweder als hochgradig politisch determiniert wahrgenommen, also als von den politischen Setzungen bestimmt¹⁶, oder als »durchherrscht« beschrieben, also stärker auf Herrschaft bezogen als die »Alltage« in anderen bürokratisierten Gesellschaften¹⁷. Bislang aber haben die Protagonisten der »Durchherrschtungs«-These nicht deutlich gezeigt, wie sich diese Kategorie so operationalisieren läßt, daß mit ihrer Hilfe das für die DDR-Gesellschaft charakteristische herausgearbeitet werden kann, und wie sich mit ihr generell mehr Trennschärfe erzielen läßt. Auch mit Blick auf die westlichen Demokratien im übrigen. Schließlich sollte nicht vergessen werden, daß ihre Verfassungswirklichkeiten (anders als ihr Idealtypus) zumindest insofern als »durchherrscht« gelten können, als es in allen großen Bereichen (Produktion, Geld- und Kapitalmärkte oder Massenmedien) gibt, die von wenig oder kaum legitimierten Eliten dominiert werden. Dennoch liegt der Vorzug dieser Annäherung auf der Hand, denn mit ihr kann die Widersprüchlichkeit von politisch-sozialen Vermittlungsprozessen erfaßt werden und nicht nur Intentionen oder Verfahren des Machtgebrauchs und der Machtausübung.

In die gleiche Richtung weist der Begriff der »Fürsorgediktatur«¹⁸. Er thematisiert, wie auch die Studien über die nicht nur spöttisch so genannte »heile Welt der Diktatur«¹⁹ oder den »vormundschaflichen Staat«²⁰, den Zusammenhang von Formen der Legitimationsbeschaffung, die die Herrschenden versuchten, und den Arrangements, mit denen die Gesellschaft auf sie reagierte. Mit Fragestellungen wie diesen läßt sich eher erschließen, warum die Parteierrschaft – gemessen an ihrer Legitimitätslücke und der fehlenden nationalen Identität des Staates – so lange so verhältnismäßig stabil war, und warum die Stabilität zerbröselte. Sie eignen sich dazu jedenfalls besser als jene terminologischen Konstrukte – wie die Koppelung »posttotalitärer Überwachungs- und Versorgungsstaat«²¹ –, die allenfalls als politisch korrekt gelten mögen, ihrer überzeugungssatten Gewißheit wegen aber für die Forschung kaum taugen.

Der Versuch, die Interdependenzen von politischem und gesellschaftlichem Handeln ins Zentrum zu rücken, scheint mir überdies auch besser geeignet, die Differenz von NS- und SED-Herrschaft aufzuklären, als beide über den Leisten einer allgemeinen Diktaturthese oder der Totalitarismustheorie zu schlagen. Im übrigen auch deshalb, weil seit längerem darüber nachgedacht wird, ob es sich bei der Naziherrschaft zumindest bis zur Kriegswende nicht recht eigentlich um ein bereitwillig getragenes Machtsystem gehandelt habe, um eine »Zustimmungsdiktatur«²², um ein Machtsystem, das von den Deutschen lange als legitim wahrgenommen wurde.

Derartige Überlegungen finden sich in den totalitarismustheoretisch angelegten Studien zur DDR nur ganz selten, und ihr Ergebnis ist regelmäßig negativ, was angesichts ihrer wertlastigen Kategorien und Kriterien freilich nicht überrascht. Daß weniger befangenes Fragen zu differenzierteren Ergebnissen führt, hat Sigrid Meuschel²³ in ihrer Studie über den Wandel und Verfall von Legitimation, Legitimität und Legitimäts glauben schon vor Jahren eindruckvoll nachgewiesen²⁴. Tatsächlich bietet die Annahme, Diktatur und Zustimmung seien komplementäre Elemente patestaatlicher Vergesellschaftung, bessere Möglichkeiten, die Bedingungen individuellen wie kollektiven Verhaltens zu verstehen, als das Behaupten ihrer Unvereinbarkeit. Sie ist zudem für vergleichende Untersuchungen von Nutzen, jedenfalls dann, wenn insbesondere nach der Lage derjenigen gefragt wird, die nicht zustimmen.

Von einer gewissen Legitimation der ostdeutschen Form parteistaatlicher Vergesellschaftung gehen jene aus, die – wie ich²⁵ – die DDR zu Beginn ihres letzten Jahrzehnts als einen parteigelenkten »autoritären Wohlfahrtsstaat« wahrnahmen, in dem, gegen Mitte der sechziger Jahre, also nach den radikalen Umbrüchen während der vierziger und fünfziger, manchem Ostdeutschen die Herrschaftsverhältnisse wenigstens als partiell legitim erschienen – aufgrund der ökonomischen Zuwächse und der sozialpolitischen Leistungen. Als so legitim, daß vor dem Hintergrund von scheinbar wenig prekären und überschaubaren Verhältnissen ein fragiler Konsens erkennbar wurde²⁶. Unter diesem Blickwinkel wurde nach den verhaltensprägenden Erfahrungen der verschiedenen DDR-Generationen gefragt, nach ihren Werten wie Lebensentwürfen, und vorsichtig – zu vorsichtig – prognostiziert, der ohnehin schwache Konsens werde seine soziale Bindekraft verlieren, wenn der jüngeren Generation als motivierende Perspektive auch künftig allein der für sie wenig reizvolle Status quo geboten werde, während sich für die Älteren abzeichne, daß selbst der in Frage stehe – insbesondere die durch ihn gegebene (loyalitätsstiftende) materielle Lebensqualität. Das war eine gewiß rauhe und empirisch kaum gestützte Interpretation, aber abwegig war sie nicht.

Schließlich sind die Interpretationsmuster zu erwähnen, die die DDR-Gesellschaft als irgendwie sozialistisch deuten, gleich ob als protosozialistisch²⁷, staats- oder bürokratisch-sozialistisch²⁸ oder als »rohen Kommunismus«²⁹. Ich denke, alle diese Etiketten haben denselben Mangel; alle gehen mehr oder weniger selbstverständlich vom Konzept einer »Übergangsperiode« aus, in dem Demokratie, das Essenzial jeder europäischen Idee vom Sozialismus, weit hinten am Horizont erscheint, aber nicht als Prinzip der Bewegung, und wenn, dann allenfalls als Strukturmerkmal der Partei. So gesehen beschrieb Ernest Mandels Metapher von der »eingefrorenen Übergangsgesellschaft«³⁰ das Problem genauer. Auch wenn er illusionär auf den revolutionären Befreiungsschlag der Arbeiterklasse hoffte, blieb seine Denkfigur doch insofern angemessener als andere, weil der Akzent auf der Überwindung der bürokratischen Parteierrschaft lag – selbst wenn sich Mandel nur eine bessere Avantgarde gewünscht haben mag.

So viel, richtiger wohl: So wenig zu dem, was die DDR war.

Wie nun ging sie unter? Zunächst konkurrierten zwei Sichtweisen. Nach der einen waren das Ende der Parteierrschaft und der System-

23 Sigrid Meuschel: Legitimation und Parteierrschaft in der DDR. Zum Paradox von Stabilität und Revolution in der DDR 1945 – 1989, Frankfurt a. Main 1992.

24 Zur Problematik dieser Kategorie vgl. Alf Lütke in: APuZ B 38/98 (Anm. 17).

25 Vgl. Dietrich Staritz: Geschichte der DDR 1949 – 1985, Frankfurt a. Main 1985 sowie die erw. Neuauflage 1996.

26 Aufgrund übergreifender Überlegungen nennt Sabrow in einem Buchbeitrag die DDR vor ihrer finalen Krise eine »Konsensdiktatur«. »Das schärfste Instrument diktatorischer Herrschaft des 20. Jahrhunderts war auch in der DDR nicht die Repression, sondern das – suggerierte, inszenierte, erzwungene oder freiwillige Einverständnis. In anderer Ausprägung als die erste war auch die zweite deutsche Diktatur im doppelten Sinne eine Konsensdiktatur – eine Herrschaftsform, die politischen und kulturellen und in mancher Hinsicht auch sozialen Konsens erzwang und gleichzeitig auf ihn ihre Dauerhaftigkeit und ›Veralltäglichung‹ gründete«. Ders.: Der Konkurs der Konsensdiktatur. Überlegungen zum inneren Zerfall der DDR aus kulturgeschichtlicher Perspektive, in: Konrad H. Jarausch, Martin Sabrow (Hrsg.): Weg in den Untergang. Der innere Zerfall der DDR, Göttingen 1999, S. 83ff., S. 90. Der Band lag mir beim Konzipieren des Vortrages noch nicht vor.

27 So Rudolf Bahro: Die Alternative. Zur Kritik des realexistierenden Sozialismus, Frankfurt a. Main 1977.

28 Wegen ihrer Fülle muß auch hier auf Literaturhinweise verzichtet werden. Diese auf Unfertigkeit, vor allem aber auf etatistische oder bürokratische Deformationen verweisenden Formeln finden sich vor allem in Publikationen von Wissenschaftlern aus der ehemaligen DDR sowie in programmatischen Äußerungen der PDS.

29 So – in der Wende – Peter Ruben: Die Pleite des rohen Kommunismus. Zur sozialen Frage, in: Sonntag 11/1990 vom 18. März 1990.

30 Ernest Mandel 1978 in einer Debattenrede auf einer Tagung über die »Alternative« des damals inhaftierten Rudolf Bahro. Zit. nach: Der Bahro-Kongreß. Aufzeichnungen, Berichte und Referate, Berlin 1978, S. 30f.

31 Jürgen Habermas: Die nachholende Revolution, Frankfurt a. Main 1990.

32 So u.a. Erich Honecker, in: Erich Honecker zu dramatischen Ereignissen, Hamburg 1992. Vgl. auch Hanfried Müller: »Zusammenbruch« und/oder »Konterrevolution«, in: Wider die Resignation der Linken. Stimmen gegen Antikommunismus, Konterrevolution und Annexion, Köln 1994.

33 So sehr früh Jürgen Kuczynski, in: Neues Deutschland vom 8. November 1989.

wechsel Folgen einer Revolution, nach der anderen Konsequenz einer »Implosion« des Machtsystems. Beide Deutungen verweisen – zu Recht – auf die augenfällige Friedfertigkeit des Prozesses. Für diese machen die Anhänger der ersten Lesart mehr die ostentative Gewaltlosigkeit der Revolutionäre verantwortlich. Die Vertreter der anderen betonen stärker die fehlende Wehrhaftigkeit der Herrschenden als Folge des ökonomischen Niedergangs und der erschlafften Partei- und Staatsräson der Eliten. Beide aber sehen in der Neutralität der sowjetischen Garnisonen einen pazifizierenden Faktor und schreiben der fehlenden Interventionsbereitschaft der KPdSU unter Gorbatschow eine entscheidende Rolle zu.

Der Terminus Revolution wird einerseits für den Prozeß des Machtwechsels, andererseits für dessen politische wie sozioökonomische Resultate verwendet. Mit Blick auf diese Umbrüche und ihre Perspektive sprach Habermas³¹ bereits 1990 von einer »nachholenden Revolution«. Sie habe den Weg frei gemacht für einen gesellschafts- wie verfassungspolitischen Anschluß an das Erbe der bürgerlichen Revolution und die Verkehrs- wie Lebensformen des entwickelten Kapitalismus. Diese vorsichtig formulierte allgemeine Beschreibung einer Chance blieb ohne nennenswerten Widerspruch. Dabei sehe ich davon ab, daß selbstverständlich denjenigen, die die DDR als eine sozialistische Gesellschaft begriffen, oder ihr doch gute Chancen gaben, das demnächst zu werden, daß ihnen die Bewegung in den Wendemonaten und ihre Ergebnisse selbstverständlich als »Konterrevolution«³² erscheinen mußten oder als »konservative Revolution«³³.

Für den Charakter und die Ziele der Massenbewegungen werden unterschiedliche Deutungen angeboten. Sie reichen von der »liberalen Revolution«³⁴ zur »pazifistischen«³⁵, »protestantischen«³⁶, »volkseigenen«³⁷ beziehungsweise zur »Volks-«³⁸ oder »national-demokratischen«³⁹ beziehungsweise »nationalen Revolution«⁴⁰. Die national adjektivierten werden von ihren Protagonisten allerdings nur mit Blick auf den Beitritt der DDR zur Bundesrepublik so genannt.

Beim Vergleich der Intentionen von Bürgerbewegungsakteuren mit den Resultaten des von ihnen initiierten Prozesses wird häufig von einer »abgebrochenen«⁴¹, einer »mißglückten Revolution«⁴² oder »abgetriebenen Revolution«⁴³ gesprochen – teils beim Blick auf das so nicht gewollte Ende der DDR, teils wegen des umstandslosen Auf- oder Untergehens von DDR-Erfahrungen in der Bundesrepublik. Auch von einer »gestohlenen Revolution«⁴⁴ ist die Rede, wenn – wohl zutreffend – angemerkt wird, die seit dem 9. November offene Grenze habe die »Dämme ... gebrochen, ehe die Flut ihre ganze Gewalt erreichte«. Seither hätten D-Mark und Wiedervereinigung die Aufbruchstimmung umgelenkt und schließlich erneut zu Gefühlen von Entmündigung und Fremdbestimmung geführt. Dieser Wandel in den Motiven der Massenbewegungen, bewirkt durch Veränderungen ihrer Rahmenbedingungen wie die Erfahrung selbstbestimmten Handelns, ist auch als »Revolution in der Revolution«⁴⁵ beschrieben worden, wobei betont wurde, daß die Aktivisten der zweiten mit denen der ersten kaum noch identisch waren.

Diese Differenzierung wiederum lud zu Untersuchungen darüber ein, wer denn überhaupt zu den Initiatoren und Trägern der Bewegung, gewissermaßen also zum revolutionären Subjekt, zu rechnen

sei. Vorrangig die, die sich in den evangelischen Kirchen oder an ihrem Rande in Friedens-, Umwelt- oder Demokratie-Jetzt-Gruppen zusammenfanden und Staat wie Gesellschaft reformieren wollten, oder vor allem jene, die massenhaft Ausreiseanträge stellten, für ihr Recht auf Freizügigkeit demonstrierten oder in den westdeutschen Botschaften Zuflucht suchten? Ein Erlanger Politikwissenschaftler⁴⁶ hat unlängst die Intentionen von Aktivisten der Bürgerbewegungen zusammengefaßt und kam zu dem Schluß: »Die Bürgerrechtler waren allenfalls Revolutionäre wider Willen«, keine antikommunistischen Dissidenten, wie anderswo in Osteuropa, sondern »sozialistische Revisionisten«, die es »zumeist sogar« ablehnten, »sich als Oppositionelle zu bezeichnen«. Weit davon entfernt, einen wirklichen und schnellen Machtwechsel erzwingen zu wollen, hätten sie am Runden Tisch der Modrow-Regierung geholfen, den gesellschaftlichen Aufstand zu überstehen, und den Wunsch der Bevölkerung nach der Überwindung des Systems und der Einheit Deutschlands ignoriert. Die Fixierung von Publizistik und Forschung auf die Bürgerbewegung zeige an, daß die ostdeutsche Revolution »fundamental mißverstanden werde«. Denn tatsächlich habe die Bürgerbewegung »von Anfang an« mit der »Dynamik der Massenbewegung – der Revolution« nicht Schritt gehalten.

Sicher reflektiert dieser Befund die widersprüchliche Entwicklung von Intentionen und Aktionsformen in der Umbruchphase nur unzureichend; und sicher wird mit ihm die Rolle der Ausreiser überbewertet, jedenfalls gegenüber dem Beitrag der seßhaften, aber demonstrierenden DDR-Verdrossenen in den Konflikten der letzten DDR-Monate. Immerhin aber verweist diese Deutung auf die häufig vernachlässigte, für das Entstehen der Oktoberbewegung aber eminent wichtige Funktion der Massenflucht. Zudem hilft der Verweis auf die Kluft zwischen Bürger- und Massenbewegung bei der Antwort auf die Frage, warum die Mehrheit der Ostdeutschen den Aktiven aus den Initiativgruppen ihre Unterstützung entzog, nachdem diese die ersten Breschen in den Wall der Partei- und Staatsmacht geschlagen hatten und es möglich war, die eigenen Interessen selbst zu vertreten – zum ersten Mal bei den Märzahlen 1990. Nun geht der Autor nicht so weit, die Masse der Flüchtenden als das revolutionäre Subjekt vorzustellen. Er meint aber, sie seien für die Systemüberwindung bedeutsamer gewesen als der Protest von dissidenten Minderheiten⁴⁷.

Doch was gab nun den Ausschlag für den Systemwechsel: die Massenbewegung oder die Schwäche des Systems, sein Zusammenbruch, seine Implosion⁴⁸? Die Frage so zu stellen, würde die Unterschiede der Deutungsmuster überdehnen. Denn in beiden, in den sachkundigen jedenfalls, ist beides präsent: die Stärke der gesellschaftlichen Bewegung und die Handlungsschwäche der Führung sowie ihre Interdependenz. Und in vielen Klärungsversuchen beider »Lager« sind zudem die externen Bedingungen zureichend berücksichtigt: die schon weit gediehene Auflösung der Herrschaftsverhältnisse in Polen und Ungarn, die Perestrojka-Krise in der Sowjetunion, der Unwille beziehungsweise das Unvermögen der Gorbatschow-Führung, den Block zusammenzuhalten und schließlich das Ende der Blockkonfrontation, das den Zerfall des sozialistischen Lagers nur noch beschleunigte⁴⁹. Das erweiterte die Spielräume der Opposition und

34 Mit Blick auf die Auflösung des sozialistischen Lagers Francis Fukuyama: Das Ende der Geschichte. Wo stehen wir?, München 1992.

35 Oskar Negt: Wandlungen im Begriff der Revolution, in: Oskar Negt, Alexander Kluge: Maßverhältnisse des Politischen. 25 Ratschläge zum Unterscheidungsvermögen, Frankfurt a. Main 1992.

36 Für vieles: Ehrhart Neubert: Zur Genese der systemimmanenten protestantisch geprägten Revolution 1972-1978, in: Gisela Helwig (Hrsg.): Rückblicke auf die DDR, Köln 1995 sowie (in kritischer Rückschau) Ders.: »Obwohl der scheinbar tiefe Friede ...«. Bemerkungen zur protestantischen Revolution, in: Zeitschrift des Forschungsverbundes SED – Staat (ZdF), Nr. 4/1997, S. 26ff.

37 Karl-Dieter Opp, Peter Voß: Die volkseigene Revolution, Stuttgart 1993.

38 Gert-Joachim Glaeßner: Vom »realen Sozialismus« zur Selbstbestimmung. Ursachen und Konsequenzen der Systemkrise in der DDR, in: APuZ, B 1-2/1990 vom 5. Januar 1990, S. 3ff.

39 Michael Richter: Die Revolution in Deutschland 1989/90. Anmerkungen zum Charakter der »Wende«, Dresden 1995. In diesem Text gibt Richter einen instruktiven Überblick über die bis dahin bereits weit ausgefächerten Charakterisierungen des Endes der SED-Herrschaft und des Beitritts der DDR zur Bundesrepublik. Die bis 1999 aufgelaufenen Deutungen

und Definitionsbemühungen hat Robert Grünbaum zusammengetragen. Vgl. Ders.: Eine Revolution in Deutschland? Der Charakter des Umbruchs in der DDR von 1989/90, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht, Heft 7/8 1999, S. 438ff.

40 Konrad H. Jarausch: Die unverhoffte Einheit 1989 – 1990, Frankfurt a. Main 1995, S. 205ff.

41 Gert-Joachim Glaeßner: Der schwierige Weg zur Demokratie. Vom Ende der DDR zur deutschen Einheit, Opladen 1991, S. 18f.

42 Konrad Weiß: Ich habe keinen Tag in diesem Land umsonst gelebt. in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 35. Jg.(1990), Heft 5, S. 555.

43 Michael Schneider: Die abgetriebene Revolution. Von der Staatsfirma in die DM-Kolonie, Berlin 1990.

44 Stefan Wolle: Der Weltgeist zu Fredersdorf (oder die Geschichte von der gestohlenen Revolution), in: ZdF 4/1997, S. 101ff.

45 U. a. Helmut Müller-Enbergs: Schritte auf dem Wege zur Demokratie: Die Rolle der Bürgerbewegungen in der Volkskammer, in: Gert-Joachim Glaeßner (Hrsg.): Eine deutsche Revolution. Der Umbruch in der DDR, seine Ursachen und Folgen, Frankfurt a. Main/New York/Paris 1991, S. 96.

46 Mark R. Thompson: Die »Wende« in der DDR als demokratische Revolution, in: APuZ, B 45/99 vom 5. November 1999, S. 15f.

schränkte die Manövrierfähigkeit der noch Herrschenden ein – etwa bei ihren Versuchen, den Überdrüssigen den Weg in den Westen durch Absprachen mit Prag und Budapest zu versperren.

Wohl erst das Scheitern dieser Bemühungen machte der Führung den Verlust ihrer Handlungsfähigkeit bewußt. Tatsächlich waren – angesichts der massenhaften Aufkündigung der Folgebereitschaft im Innern – eine handlungsfähige Sowjetunion und ein funktionierendes Paktsystem die einzigen Sicherheiten gegen den Verfall des Staates, sofern man nicht an die damals viel zitierte »chinesische Lösung« dachte. Doch die wollte – so weit wir es heute wissen – offenbar niemand. Vielleicht, weil wirklich keiner auf »unsere Menschen« schießen mochte, weder die Partei-, MfS- oder Militärführer noch die Soldaten, vielleicht, weil sowjetische Hilfe nicht in Aussicht stand.

Daß die Impotenz der alten Machtelite speziell von denen betont wird, die mehr zur Implosions- als zur Revolutions-These tendieren, hat zwar vor allem mit ihren Untersuchungsschwerpunkten zu tun, mit ihren Befunden zur Struktur der Führungen wie zur Leistungsfähigkeit der Sicherheitsapparate und der Wirtschaft. Sie rührt bei manchen aber wohl auch aus einer Skepsis gegen den inflationären Gebrauch eines nicht hinreichend konsensfähigen Terminus. Immerhin meint Revolution in der Tradition kritischer Reflexion ja etwas menscheitsgeschichtlich Höheres, etwas Neuere als den doch hinlänglich bekannten Kapitalismus. Aber auch von weniger kritischen Positionen aus – etwa in der Perspektive des Ansatzes von Skocpol⁵⁰ – werden Revolutionen als intensiv ausgetragene Klassenkonflikte definiert, die zur Durchsetzung einer Gegenelite gegenüber der bislang herrschenden führen. Zudem ist eine Revolution gemeinhin mit der Aura von emphatischem Heroismus umgeben (der »Sturm« auf die Bastille oder das Winterpalais etwa). Zu ihr gehören auf der einen Seite Barrikaden und vielleicht auch ein paar Fahnen, auf der anderen aber ganz gewiß der Widerstand der noch Herrschenden. Doch gerade der fehlte – sehen wir von Rumänien ab – überall. Überall wurden vielmehr die gleiche Ratlosigkeit und ähnlich brüchige Strukturen sichtbar – und das durch ebenfalls überall weithin gewaltfreie Aktionen. So besehen trifft sicher auch für die DDR zu, was ein Autor⁵¹ generalisierend für Osteuropa schrieb, daß nämlich das herausragende Kennzeichen des Wandels nicht die gewalttätige oder friedliche Auseinandersetzung zwischen einer Opposition und der herrschenden Elite gewesen sei, sondern der offenkundig fehlende Machtwille der kommunistischen Parteien, der die Herrschaftsschicht in relativ kurzer Zeit zerbröseln ließ.

Begreift man allerdings Revolutionen von ihrem Ende her als Übergänge zu einer anderen Produktionsweise und den revolutionären Prozeß als radikalen Wandel der politischen, ökonomischen und sozialen Strukturen, dann braucht es zu ihnen nicht notwendig Emphase, Barrikaden oder Fahnen, dann genügt recht eigentlich das Faktum des Übergangs. Nur selten folgen die »Lokomotiven der Weltgeschichte« den formationstheoretischen Vorhersagen oder gar den Fahrplänen einer engagierten Gesellschaftsprognostik. Der Wandel in Osteuropa zeigt vielmehr, daß – wie alles Unabgegoldene – auch die Wiederherstellung (Revolution) einer Produktionsweise auf die Tagesordnung geraten kann, jedenfalls dann, wenn sie vor der

Zeit ausgebremst wurde, also keine Chance hatte, alle ihre Potentiale zu entfalten – auch ihre weniger emanzipatorischen, dummerweise.

Vergleiche ich, so sehe ich die Vorzüge der Arbeiten, die sich auf den Prozeß des Machtwechsels konzentrieren und ihn als revolutionär kennzeichnen, in der differenzierten Betrachtung der Akteure, in der Analyse ihres sozialen Hintergrundes, ihrer Motive und Handlungsformen. Die Stärken der Studien, die den Zerfall, den Zusammenbruch oder eben die Implosion des Machtgefüges untersuchen, sehe ich in ihren Versuchen, die Gründe für den beinahe vollständigen Gewaltverzicht der formal noch immer Mächtigen herauszuarbeiten. Sie werden zu Recht in der materiellen wie mentalen Unfähigkeit der Herrschenden gesehen, die ihnen verbliebenen Machtmittel einzusetzen. Angesichts der massenhaft verweigerten Folgebereitschaft agierten sie so (oder doch sehr ähnlich) wie die Repräsentanten der Diktaturen in Spanien, Portugal oder Griechenland in den siebziger Jahren. Auch deshalb lag es 1990 nahe, den Modus des Zusammenbrechens der Parteierrschaft mit einem Wort zu charakterisieren, das seinerzeit für das Ende der autoritären Franco-Diktatur und die Art ihres Zerfalls in Umlauf kam, mit dem Terminus »Implosion« – wobei freilich unerörtert blieb, ob es einen Totalitarismus-Ansatz gibt, der die weithin gewaltlose Implosion, das Zusammenbrechen eines totalitären Herrschaftssystems gedanklich gestattet.

Doch nicht nur für die Auflösung der Parteierrschaft sind diese Arbeiten von Belang. Sie liefern darüber hinaus Anhaltspunkte für eine Gewichtung der äußeren und inneren Ursachen der Bürger-, Flucht- und Demonstrationenbewegungen. Tatsächlich reicht es zum Rekonstruieren ihres Entstehungszusammenhanges ja nicht hin, auf die allgemeine Sehnsucht nach einem Ende von Bevormundung und Repression, nach sachlicher Information, Öffentlichkeit, Gerechtigkeit und Reisefreiheit zu verweisen oder auf die nach Partizipation. Denn Forderungen dieser Art gab es seit langem. Sie wurden zum Thema der Mehrheit aber erst, als die Kompensationsmechanismen zu klemmen begannen, als sich die stets behauptete Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik als Fiktion erwies und die Gesellschaft im Rahmen des gegebenen Wirtschaftssystems nicht mehr in der Lage war, die sozialpolitischen Programme zu finanzieren, die dem Staat bis zum Anfang der achtziger Jahre eine gewisse Legitimation verschafft hatten. Spätestens von da an begann die Gesellschaft von ihrer materiellen Substanz zu leben. Doch mit ihr schwand die Loyalität, und es versagte die »Organisationsgesellschaft«, die die DDR bis dahin noch mäßig zusammengehalten hatte. Anfang September 1989 schließlich meldete die Stasi, es gebe eine wachsende Tendenz, für die entstandene Lage die Partei- und Staatsführung verantwortlich zu machen, und in dieser Hinsicht seien die Genossen kaum noch von den Parteilosen zu unterscheiden⁵². Spätestens da hatte die Partei, ohnehin der Gesellschaft viel ähnlicher als es Lenin erlaubt hätte, kapituliert.

Gab es aus dieser Krise noch einen Ausweg? Mit Blick auf die notwendige Anpassung der DDR-Wirtschaft an den internationalen Strukturwandel, die Innovationsschübe und die rasch wechselnden Marktbedingungen wäre eine tiefgreifende Reform des Wirtschaftssystems erforderlich gewesen. Doch hätte die noch helfen können?

47 Ebenda. Wobei Thompson an Christian Joppke anknüpft. Vgl. Ders.: *East German Dissidents and the Revolution of 1989*, Basingstoke 1995.

48 Für das Ende der SED-Herrschaft verwendete diesen Terminus als erster Fred Oldenburg: *Die Implosion des DDR-Regimes. Ursachen und Entwicklungsprozesse*, in: *Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien* Nr.10/1991. Vgl. für die Zerfalls- bzw. Implosionsthese u.a. Gerhard Wettig: *Das Ende der DDR. Phänomen imperialen Zusammenbruchs*, in: *ZdF*, 4/1997, S. 4ff. oder Stephan G. Bierling: *Die sieben Mythen der Wiedervereinigung*, in: Dieter Grosser, Stephan G. Bierling, Friedrich Kurz (Hrsg.): *Die sieben Mythen der Wiedervereinigung. Fakten und Analysen zu einem Prozeß ohne Alternative*, München 1991, S. 78.

49 Zu einem differenzierten Bewerten und Gewichten der inneren wie äußeren Faktoren sowie ihres Wirkungszusammenhanges läßt der von Konrad H. Jarausch und Martin Sabrow herausgegebene Band *Weg in den Untergang* (Anm.26) ein. Detlef Pollack etwa beschreibt hier mit Blick auf die inneren Faktoren den Prozeß unter dem Titel »Der Zusammenbruch der DDR als Verkettung getrennter Handlungslinien« (S. 41ff.) als schließliches Ineinandergreifen von vier zunächst isoliert voneinander agierenden Bewegungen, der Bürgerrechtsbewegung, der Massendemonstrationsbewegung, der Bewegung der kommunistischen Reformer und der Fluchtbewegung, »die sich alle gegen

die starre Führungsriege der SED wandten«. Sie seien »nach und nach miteinander in Interaktion« getreten, »wodurch es zu einem Ineinandergreifen der einzelnen Bewegungen und damit zu ihrer wechselseitigen Verstärkung kam« (S. 43).

50 Theda Skocpol: *States and Revolutions*, Cambridge 1979.

51 Egbert Jahn: *Der Umbruch in Osteuropa – ein Ereignis mit weltpolitischen Auswirkungen*, in: *Osteuropa*, 43. Jg.(1993), Heft 1, S. 21ff.

52 Zit. nach: Dietrich Staritz: *Geschichte der DDR*. Erweiterte Neuauflage, Frankfurt a. M. 1997, S. 355f.

53 Charles S. Maier: *Das Verschwinden der DDR und der Untergang des Kommunismus*, Frankfurt a. M.1999, S. 145ff.

54 Jörg Roesler: *Zwischen Plan und Markt. Die Wirtschaftsreform 1963-1970 in der DDR*, Berlin 1990.

55 Zit. nach Dietrich Staritz (Anm. 52), S. 390.

56 Zit. nach dem Referat Otto Reinholds auf der 6. Tagung der Gemeinsamen Kommission der Ökonomen der UdSSR und der DDR zum Thema »Die wachsende Rolle des sozialistischen Weltsystems im revolutionären Weltprozeß – sozialökonomische Aspekte«, in: *wirtschaftswissenschaft*, Jg. 1981, Heft 4, S. 394f.

Charles S. Maier⁵³, einer der anregendsten Interpreten des »Verschwindens der DDR und des Untergangs des Kommunismus«, meint, da sei es schon zu spät gewesen. Er gibt allerdings – auf Jörg Roesler⁵⁴ gestützt – zu bedenken, ob der in den sechziger Jahren begonnene Reformprozeß geeignet gewesen sei, die DDR zu sanieren. Nun wissen wir ja, daß während der letzten DDR-Jahre die Parteiführung an so etwas ernsthaft nicht mehr dachte. Und auch beim Blick auf die Sechziger schiene es mir leichtsinnig, einem der Reformer, Walter Ulbricht gar?, zu unterstellen, er habe daran gedacht, irgendwann auf die umfassende Verfügung über die materiellen Ressourcen der Politik zu verzichten. Denn »billiger«, das heißt ohne Verzicht auf diesen Zugriff war das Problem nicht zu lösen, weil nur die Verlagerung von Entscheidungskompetenz in die Wirtschaftseinheiten die notwendige Innovationsfähigkeit, Produktivität und Flexibilität einer weltmarktorientierten Volkswirtschaft sichern konnte. Eine so weitgehende Lockerung des Zentralismus war jedoch zu allen SED-Zeiten ein Sakrileg. Sie galt zumindest als revisionistisch, wäre im Zweifel von der Sowjetunion untersagt worden und hätte sich vielen zudem als Verlust der sozialistischen Identität der DDR dargestellt.

Und diese Identität brauchte die DDR. Eine andere, eine nationale, war ihr nicht zugewachsen, und ohne sie hatte – so sah es Otto Reinhold schließlich im August 1989 sehr klar – die DDR als zweiter deutscher Staat keinen Existenzgrund⁵⁵. Damit sie sich als sozialistische Gesellschaft festigen könne und den für die innerdeutsche Konkurrenz unerläßlichen stabilen Staatsgrund bekomme, hatte derselbe Reinhold neun Jahre zuvor (wie schon früher) für die schnelle Umstellung der DDR- wie der Sowjetwirtschaft auf intensives Wachstum, und das hieß für eine durchgreifende Reform der Wirtschaftsleitung plädiert. Beeindruckt vom hohen Tempo des wissenschaftlich-technischen Fortschritts im Westen sagte er voraus, wer mit ihm nicht Schritt halte, werde seine internationale ökonomische Position und als Folge davon auch politischen Einfluß verlieren⁵⁶. Er nannte seine Prognose eine »unumstößliche Feststellung«, wollte sich damals aber gewiß nicht vorstellen, daß sie sich bewahrheiten könnte. Doch sie wurde wahr, weil der Wandel unterblieb. Davon überzeugt, nur mit einer zentralistischen Wirtschaftsführung sei die Kontrolle der Gesellschaft zu gewährleisten, war die Führung intellektuell außerstande, das ökonomisch wie politisch Notwendige auch nur zu versuchen und blockierte sich schließlich selbst.

So war es offenbar in allen herrschenden kommunistischen Parteien, insbesondere aber in der KPdSU und jenen im Vorfeld der Sowjetunion. Sie verloren ihre Macht, weil sie sich als Parteien neuen Typus im Besitz der adäquaten Analyse- und Steuerungsinstrumente sahen und sich so ihren Führungsanspruch permanent selbst bestätigten: zum Besseren verdammt, zum Lernen strukturell unfähig. Nicht nur im Handeln ihrer Protagonisten, auch im Vergesellschaftungskonzept dieser Parteien sollte deshalb nach den Gründen ihres Scheiterns gesucht werden, nach den ideologischen wie mentalen Voraussetzungen ihres Zusammenbruchs – der sich ohne die heftigen Bewegungen der Gesellschaften freilich noch etwas Zeit gelassen hätte.

LUTZ HERDEN

Landnahme in der Luft. Erinnerungen an die Abwicklung des »Ostfernsehens« vor zehn Jahren

Der 31. Dezember 1991 – die allerletzte Klappe für das Fernsehzentrum der DDR in Berlin-Adlershof will der Rundfunkbeauftragte höchstpersönlich schlagen. Rudolf Mühlfenzl (CSU) – seit November 1990 auf persönliche Intervention Helmut Kohls im Amt – läßt sich an diesem verregneten Wintertag, da dem Deutschen Fernsehfunk (DFF) die Stunde schlägt, mit einer Film-Klappe im Schoß fotografieren. Darauf ist mit Schulkreide vermerkt: »DFF – die Letzte«. Der Generalgouverneur für die Abwicklung des ostdeutschen Rundfunkwesens sitzt für diesen Schnappschuß nicht an seinem Schreibtisch im Funkhaus Berlin an der Nalepa-Straße (dem Sendezentrum des einstigen Rundfunks der DDR) Modell, sondern vor einer Monitorwand in einer Adlershofer Senderegie. Die Szene scheint nicht frei von schnoddriger Selbstironie. In seinen vierzehn Amtsmonaten hat sich Mühlfenzl in manchem Interview zuweilen der Schwerkraft eines tröstenden Selbstmitleids hingegeben. Die »Drecksarbeit« eines Exekutors habe er übernehmen müssen, war dann zu lesen. Danach werde er landauf – landab nur noch Feinde haben und geächtet sein. Aber an diesem 31. Dezember 1991 ist das Werk vollbracht, und dem Ostfernsehen kann die »Allerletzte Klappe« in den Ohren dröhnen. Ein erfolgstrunkener Weidmann, der das Opfer eigener Tapferkeit vorführt. Dem erlegten Hirsch gehört ein Fuß auf den noch warmen Leib – ein Jäger verhehlt seine Trophäe nicht.

Und die kann sich sehen lassen. Immerhin 39 Jahre und elf Tage war auf dem Adlershofer Fernsehgelände im Südosten Berlins Programm produziert und gesendet worden. An Zeitmaß und vergeblichem Beharrungsvermögen wollte das Ostfernsehen dem verschollenen Staat, der es einmal hervorgebracht hatte, kaum etwas schenken. Nur die magischen »40 Jahre« brauchten nicht bemüht zu werden. 39 Jahre und elf Tage – und schon war der Eiserne Vorhang fällig. Als er hochging, schrieb man den 21. Dezember 1952 und wollte dem genialen Retter der Menschheit zum 73. Geburtstag gratulieren. Die erste Sendestunde aus Berlin-Adlershof ein Geschenk für Jossif Wissarionowitsch Dschugaschwili, auch Stalin genannt.

Ein Katechismus namens »Artikel 36«

Was ist geblieben von diesen 39 Jahren und elf Tagen »Ostfernsehen«? Eine Episode der europäischen Fernsehgeschichte – oder eher ein Sündenfall? Ein authentisches Kapitel deutscher Zeitgeschichte nach 1945 – oder eine der vielen DDR-Hinterlassenschaften, denen

gnädiges Vergessen nur recht sein kann? Nicht mehr, aber auch nicht weniger als ein pralles Archiv? Durchaus von Interesse, seit sich das öffentlich-rechtliche Fernsehen in Deutschland – als ARD-Gemeinschaftsprogramm oder als III. Programm vom Norddeutschen Rundfunk (NDR) über den Mitteldeutschen (MDR) bis zum Bayerischen Rundfunk (BR) – mit der Adlershofer Erbschaft die Bäume füllt? Als sich im Herbst 1991 der Abwicklungsschrott vom ausgeschlachteten Ü-Wagen bis zur verrosteten Filmbüchse vor seinem Bürofenster zu türmen begann, meinte Michael Albrecht, der letzte »kommissarische Generalintendant« des Deutschen Fernsehfunks, im Gespräch für eine zweiteilige Chronik über das Ostfernsehen: »Es wurde in dieser Sendeanstalt sehr viel Programm produziert, es wurden kulturelle Werte geschaffen – im Sinne von Filmen, von Sendungen, von Programm. Was wird davon bleiben? Auf alle Fälle ein großes Archiv. Das dürfte so etwas wie der Schmelzriegel der Leute sein, die in Adlershof irgendwann einmal etwas hervorgebracht haben. In diesem Archiv gibt es tolle Sendungen, die man immer wieder mit Genuß sehen wird. Und es gibt viel Böses. Auch das muß man deutlich sagen. Ich glaube, schon in zwei oder drei Jahren, wenn man ein wenig Abstand hat und der Blick wieder etwas klarer ist, wird man das erst richtig begreifen ...«

Es gilt als nostalgisch oder wirklichkeitsfremd, das Thema Fernsehen oder auch Hörfunk der DDR nicht ad acta legen zu wollen. Kein Zweifel, der Blick der gesamtdeutschen Fernsehlandschaft auf Adlershof ist »klarer«, weil – aus mancherlei Zwängen – berechnender geworden. Man hat vor allem begriffen, daß es sich mit den DFF-Konserven recht gut leben läßt. Ob nun mit dem inzwischen fast schon zur Kultserie avancierten *Polizeiruf 110* oder der Reihe *Der Staatsanwalt hat das Wort* oder dem Repertoire des Genres »DDR-Soap« wie *Zur See, Geschichten über'n Gartenzaun, Rentner haben niemals Zeit* oder mit Collagen beliebter Unterhaltungssendungen, die dem Sender Freies Berlin (SFB) ganze »Gernseh-Abende« bescheren. Von ganz besonderem Rang sind die Literaturverfilmungen, bei denen die Adlershof-Johannisthaler Fernseh-dramatik im Verbund mit der DEFA Vorzügliches geleistet hat (erinnert sei an Fallada-Verfilmungen wie *Jeder stirbt für sich allein* oder *Kleiner Mann – was nun?*, aber auch die filmische Adaption von Arnold Zweigs *Erziehung vor Verdun*). Längst verhallt sind die heiligen Schwüre der Jahre 1990/91, als der damalige SFB-Intendant Günther von Lojewski mit flammendem Zorn gelobte, das »ideologisch kontaminierte Adlershofer Gelände« niemals betreten zu wollen. Derartige Vollmundigkeiten scheinen ebenso vergessen wie die Erinnerung an einen zähen Überlebenskampf von Hörfunk und Fernsehen/Ost in den Jahren 1990/91 (der im weiteren verwendete Begriff »Rundfunk« bezieht sich jeweils auf beide Medien – d. A.).

Aus der Distanz von zehn Jahren drängt sich ein mehr oder weniger ernüchterndes Fazit auf: Was sich seinerzeit abgespielt hat, war die unaufhaltsame Agonie zweier Sendeanstalten, über deren Schicksal es nicht die geringsten Zweifel geben konnte. Artikel 36 des Einigungsvertrages dekretierte, daß die »Einrichtung« (damit waren DFF und Hörfunk gleichermaßen gemeint) durch gemeinsamen Staatsvertrag der neuen ostdeutschen Länder »aufzulösen« oder

in Anstalten des öffentlichen Rechts einzelner oder mehrerer Länder zu überführen sei. Der Rundfunkbeauftragte – also der erwähnte Rudolf Mühlfenz – hatte dabei stets nur die eine rigide Lesart des Artikels im Blick, die auf eine Liquidierung der »zentralistischen Strukturen in Ost-Berlin ohne Wenn und Aber« hinauslief. Mit anderen Worten: eine Einbindung der bis Ende 1991 produzierten ostdeutschen Fernseh- und Hörfunkprogramme in die öffentlich-rechtliche Medienlandschaft der BRD etwa in Gestalt eines »Ostdeutschen Rundfunks« (ODR) oder eines Kanals »O III« als Mehrländeranstalt – vergleichbar vielleicht dem Norddeutschen Rundfunk (NDR) als gemeinsame Anstalt Schleswig-Holsteins, Niedersachsens und Hamburgs – wurde kategorisch ausgeschlossen. Der Artikel 36 bot die Gelegenheit zu einer medienpolitischen Landnahme sondergleichen, die mit einer politischen Flurbereinigung sondergleichen einhergehen konnte. Wer da nicht zuzugreifen verstand, war selber schuld. So kam, was kommen mußte – und bis heute eigentlich keiner gewollt haben will: Entgegen wirtschaftlicher Vernunft und unter Mißachtung der kulturellen Substanz des Ostens, die nach Artikel 35 des Einigungsvertrages unbedingt vor Schaden bewahrt werden sollte, wurde die ostdeutsche Rundfunklandschaft nach den schon vor zehn Jahren als verschlissen geltenden westdeutschen Mustern gepflegt. Nicht zuletzt vor dem Hintergrund der 1990 schon voll entbrannten Konkurrenz zwischen den öffentlich-rechtlichen und privaten Anbietern eine vergebene Chance für Reformen, bei denen der Osten ein Modell für den Westen hätte sein können. Viele Medienfachleute – und nicht nur sie – hatten seinerzeit mit Nachdruck davor gewarnt, die ARD durch mittlere und kleine Sender – bis hin zu Ein-Länder-Anstalten – aufzublähen, also Neugründungen im Osten, die sich absehbar am Tropf des ARD-Finanzausgleichs wiederfinden würden.

Ein »Kessel Schwarzes«

Was statt dessen zu erleben war, darf vor allem im Süden der Ex-DDR den Anspruch erheben, ein Paradebeispiel für die Etablierung regierungstreuer, staatsnaher und parteiabhängiger Anstalten geliefert zu haben. Dies wurde überdeutlich, als das erste Leitungstableau des am 30. Mai 1991 begründeten »Mitteldeutschen Rundfunks« (MDR) der Länder Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt bekannt wurde, die seinerzeit noch ausnahmslos von CDU-dominierten Regierungen geführt wurden. Der bis heute im Amt befindliche Intendant Udo Reiter kam vom CSU-dominierten Bayerischen Rundfunk (BR), zum Fernsehdirektor wurde der abgehalfterte und äußerst umstrittene Tagesschau-Chefredakteur Henning Röhl (CDU) geschlagen, als Funkhauschef im anhaltinischen Magdeburg Ralf Reck, ebenfalls CDU, nominiert. Sein Pendant in Dresden hieß Ulrike Wolf und besaß das gleiche Parteibuch. Bei dieser für den Osten bis dato ungekannten Existenzform von »Ticket-Journalismus« griff auch die FDP – soweit sie auf Landesebene in Regierungsverantwortung stand und über das nötige Personal verfügte – gleichfalls ungeniert zu. Die Transformationsperiode 90/91 bot ideale Voraussetzungen, um zumindest auf mittlere Sicht durch Personalentscheidungen vollendete Tatsachen zu schaffen. Bereits im März 1990 (!)

Dezember 1989

Am 7. Dezember tagt in Berlin erstmals der »Runde Tisch« und setzt unter anderem eine Kommission zur Ausarbeitung eines DDR-Mediengesetzes ein.

Januar/Februar 1989

Die Volkskammer nimmt am 5. Februar ein Mediengesetz an, überschrieben mit »Beschluss zur Gewährleistung der Meinungs-, Informations- und Medienfreiheit«. Am 13. Februar beschließen ZDF, ORF und SRD, den DFF am Satellitenkanal 3sat zu beteiligen. Am gleichen Tag konstituiert sich der »Medienkontrollrat«, dem Vertreter der Parteien, Gewerkschaften, der Kirchen und der Regierung angehören.

hatte der damalige medienpolitische Sprecher der CDU-Bundestagsfraktion, Bernd Neumann, kein Hehl daraus gemacht, daß ein Fortbestehen des DFF beziehungsweise des DDR-Hörfunks nach Vollzug der Einheit unter gar keinen Umständen hinnehmbar sei. »Medienfragen sind Machtfragen«, dozierte Neumann. »Bei der Neuordnung der ostdeutschen Rundfunklandschaft habe ich darauf zu achten, daß die Union nicht hinten runterfällt ...« (zitiert nach: »Die Zeit« vom 12. Juni 1992). – Und sie fiel weiß Gott nicht, gab es doch nicht zuletzt in den ARD-Führungsgremien genug willige Vollstrecker, die sich darum sorgten, daß ein neuer Eiserner Vorhang zwischen dem eigenen System und den noch vorhandenen elektronischen Medien des Ostens herunter rasselte.

Am 15. März 1991 beschloß die ARD-Chefredakteurskonferenz in Hamburg nach Hinweis ihrer »Kleinen Kommission«, »zunächst keine Ost-Journalisten zu übernehmen«. Der damalige Politik-Koordinator Martin Schulze sah in ihnen offenbar so etwas wie ein Mündel, das zunächst einmal die Knute des Patriarchats spüren mußte, um Manieren anzunehmen. Er ließ mit der gewohnten Bescheidenheit wissen: »Wir machen zur Zeit Anstrengungen, daß wir zunächst Kollegen von hier in die dort befindlichen Studios senden, schlicht um eine Handwerksanleitung vorzunehmen, das heißt, wir möchten, daß der Standard, den wir mit unseren aktuellen Sendungen haben, auch erhalten bleibt.« (zitiert nach: »Die Zeit« vom 28. Juni 1991) Dabei war noch in der Tauwetter-Periode der Einheit, als im Schatten des Idylls deutsch-deutscher Sonntagsreden Umarmung angesagt war, den publizistischen Sendungen aus Adlershof bei ARD und ZDF allenthalben gefälliges Lob ob ihrer journalistischen Kompetenz zuteil geworden. Das erst im September 1989 noch vom SED-Politbüro in die Spur geschickte DFF-Jugendmagazin *Elf99* sah sich ob seines couragierten »investigativen« Journalismus, der in der DDR-Honoratioren-Siedlung Wandlitz bei Berlin die verchromten Wasserhähne der »Villa Häber« ebenso aufgespürt hatte wie Erich Honeckers eher biederes Ferienparadies auf der Ostseeinsel Vilm, mit einem jener (gräßlich-kitschigen) Bambis geehrt, die in der ARD alljährlich für außergewöhnliche Sendeleistungen vergeben werden.

Die ZDF-Veranstaltung »Mainzer Tage der Fernsehkritik« des Jahrgangs 1990 widmete sich dem Thema »Revolutionäre Öffentlichkeit« und der Patenschaft der Medien für die »Demokratisierung des Ostens«. Ganze Busladungen mit Ost-Journalisten fuhren vor, um sich auf dem Lerchenberg nach der revolutionären Wende als wendige Revolutionäre zu empfehlen. Ein Jahr später war es mit dieser Art von Fühlungnahme schnell vorbei. Als die medienpolitischen Weichenstellungen im Osten ihr ultimatives Stadium erreichten, hörten der Rundfunkbeauftragte und seine journalistischen Flügel-Adjutanten – sie äußerten sich zumeist in den Medienkolumnen von »FAZ« bis »taz« – in den Ost-Medien »zuviel Selbstmitleid und Larmoyanz« heraus, entdeckten »erkennbar rotes Gedankengut«, »eine dogmatische Ost-Sicht«, »soziale Seelsorgerei statt Journalismus«, »Unausgewogenheit und Parteilichkeit« – das ungeliebte Schmutzkind sah sich wieder als solches behandelt. Wer Lust hatte, konnte ja versuchen, unter der Scheuerleiste hindurch ins öffentlich-rechtliche Elysium zu robben. Der bereits zitierte SFB-Intendant Günther

von Lojewski (CDU) redete denn auch bei einem Treffen der Berliner CDU im Hotel »Sylter Hof« am 25. Januar 1991 Klartext: »Im Osten gibt es ein gewaltiges intellektuelles Potential. Das muß integriert werden, weil es sonst zu explosiven Lösungen kommen kann ...« – Und explosiv wurde es in den neuen Bundesländern spätestens im Februar 1992, als die Zahl der Arbeitslosen erstmals die Ein-Millionen-Grenze überstieg (und seither nie wieder darunter fiel).

NORA und andere Zumutungen

Unter dem Druck der politischen Begehrlichkeiten hatte ökonomische Rationalität relativ wenig zu bestellen. Das zeigte sich besonders kraß in dem Augenblick, als Mitte 1991 kurzzeitig das Projekt einer Mehrländer-Anstalt für den Nordosten – genannt »NORA«, bestritten von den Ländern Berlin, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern – auftauchte und prompt scheiterte, bevor es auch nur ansatzweise an Kontur gewinnen konnte. Das CDU-Kabinett in Schwerin betrachtete einen Schulterschuß mit dem »roten« Brandenburg (seinerzeit von einer Ampel-Koalition aus SPD, FDP und Bündnisgrünen regiert) und dem Moloch Berlin als Sakrileg. Vor allem aber glaubte sich der »Sender Freies Berlin« bei einer solchen Gemengelage in seiner aus den Zeiten des Kalten Krieges ererbten Exklusivität über Gebühr degradiert. Potsdam-Babelsberg wollte man sich bestenfalls als Dependance in der Mark gefallen lassen, als Dienstleister aus der Provinz, der dem Hauptstadtkanal weder das Wasser reicht noch abgräbt. Der SFB litt vor zehn Jahren noch erheblich darunter, daß der »Kalte Krieg« für ihn zwar gewonnen, aber als Lebensform leider verloren war. Selbst Rudolf Mühlfenzl kam nicht umhin, dem Sender nahe zu legen, eine überzeugende Antwort darauf zu finden, daß Westberlin nicht nur einfach um 1,6 Millionen Bürger aus dem Ostteil der Stadt größer geworden sei – sondern man auch akzeptieren müsse, daß es sich um Fernsehzuschauer mit eigenen, über Jahre gewachsenen Programmgewohnheiten handelte. »Es sind in diesem oft schmerzhaften Prozeß der Wiedervereinigung Bürger mit eigenen Problemlagen und Sorgen, mit anderen Erwartungshaltungen dazu gekommen. Darauf müssen die Programm-Macher des SFB erst noch eine Antwort finden. Die geringen Einschaltquoten im Ostteil der Stadt zeigen, daß die neuen Bundesbürger dies täglich spüren und erleben ... Ein Konzept für die medienpolitische Wiedervereinigung der Stadt steht noch aus ...« (zitiert nach: FAZ vom 3. September 1991) Fast verständlich, daß Brandenburg ein Menü mit dem SFB schwer im Magen lag und das Land lieber einen Alleingang riskieren wollte: Die Gründung einer »schlanken und effizienten Anstalt«, so die Sprachregelung der Potsdamer SPD, bei Inkaufnahme eines unvermeidlichen Kostgängertums am Katzentisch der ARD, das schien allemal attraktiver und das kleinere Übel angesichts der Option »NORA« oder einer Zwei-Länder-Anstalt Berlin-Brandenburg, bei der man untergebuttert zu werden drohte. So war am 1. Januar 1992 mit den neuen Anstalten im Osten alles andere als ein medienpolitischer Urknall zu hören. Es grassierte eine eher kleinteilige Gründerlaune, für die der Gebührenzahler bis heute aufkommen darf. Der Gründungsbeauftragte des Ostdeutschen Rundfunks Brandenburg (ORB), Friedrich-Wilhelm Freiherr von

April 1990

Im Koalitionsvertrag der Regierung de Maizière werden »medienpolitische Grundsätze« fixiert, in denen die Belange des öffentlich-rechtlichen Rundfunks vorrangig behandelt werden.

Juni 1990

Nach der Absetzung von Hans Bentzien wird Michael Albrecht – bis dato Intendant von DFF 1 – kommissarischer Generalintendant des DFF.

Sell, beschrieb Denn auch das märkische Solo (nach dem Scheitern von NORA) als »leider nur zweitbeste Lösung«, da es schließlich um die Gründung ökonomisch lebensfähiger Anstalten habe gehen müssen. Es bestehe kein Zweifel, daß die Gebühren von 2,6 Millionen Brandenburgern angesichts einer – nicht eben selten – durch Erwerbslosigkeit bewirkten Zahlungsbefreiung nicht ausreichen und allein im Gründungsjahr 1992 70 Millionen aus dem ARD-Finanzausgleich notwendig seien (zitiert nach: FF dabei / Ausgabe 42/91). Mecklenburg-Vorpommern schließlich blieb keine andere Wahl, als sich unter das Dach des »roten« NDR zu begeben – nach dem Alleingang Brandenburgs kam kurzzeitig ein gleiches Risiko in Betracht, schien dann aber ein zu gewagtes Unterfangen: Bei nur 1,9 Millionen Einwohnern war mit Gebühren zu rechnen, die auch bei kühnster Arithmetik keine tragfähige Bilanz für eine finanzierbare Ein-Länder-Anstalt ergaben. In komfortablere Lage geriet unverdientermaßen der SFB, der sich darüber freuen durfte, allein zu bleiben. Ab 1992 kamen der Anstalt zusätzlich Gebühreneinnahmen von 72 Millionen DM aus dem Ostteil Berlins zugute, wodurch sich der jährliche Geldfluß aus dem ARD-Finanzausgleich von 1991 noch um 96,5 Millionen auf 40 Millionen DM reduzierte – aber dennoch recht beachtlich blieb. Natürlich stellte sich das alles aus Sicht des Rundfunkbeauftragten völlig anders dar, in einem Beitrag für die »FAZ« schrieb Mühlfenzl am 3. September 1991: »Sehr schnell haben sich die neuen Bundesländer darauf geeinigt, daß sie keinen gemeinsamen ostdeutschen Rundfunk mit der Zentrale in Berlin für die Zukunft wollen, und sehr klar formulierten die Länder als Träger der Rundfunkhoheit auch, daß sie kein Element der alten Propagandamaschine übernehmen wollen.«

Bedingungslose Kapitulation

Fataler- oder bezeichnenderweise entsteht beim Rückblick auf die hier rekapitulierten medienpolitischen Weichenstellungen der Jahre 1990/91 der Eindruck, es habe auch auf diesem Feld keine Alternativen gegeben. Wohl werden bis heute allenthalben Verluste und Fehlentwicklungen beklagt, andererseits jedoch als unvermeidliche Konzession an herrschenden Zeitdruck und bestehende Machtverhältnisse schönegeredet. Jedes Alternativkonzept steht sofort im Geruch des Illusionären, der utopischen Träumerei, des Irrealen. Insofern läßt sich über die Wiedervereinigung in Sachen Rundfunkwesen nur das gleiche wie über den rasanten Vollzug der Wirtschafts- und Währungsunion oder die Brachial-Privatisierungen und Liquidierungen in der ostdeutschen Industrielandschaft durch die Treuhandanstalt sagen. Was aus der DDR kam und mit ihrem politischen, ökonomischen und Rechtssystem in Verbindung stand, hatte zu verschwinden.

Immerhin war es der letzten DDR-Volkskammer noch vorbehalten, im September 1990 kurz vor ultimo mit einem »Rundfunküberleitungsgesetz« die Transformation von Rundfunk und Fernsehen der DDR in öffentlich-rechtliche und föderale Strukturen zu beschließen. Allerdings verzichtete die Parlamentsmehrheit nach einem Wink Kohls und de Maizières wohlweislich darauf, aus der nicht großen Schar ostdeutscher Bewerber einen eigenen Rundfunk-

beauftragten zu wählen, dessen Mission es gewesen wäre, die Transformation des DDR-Rundfunks treuhänderisch im Interesse der Länder – aber auch der betroffenen Anstalten – zu steuern. So aber kam es am 15. Oktober 1990 in Berlin auf Betreiben der CDU zur Inthronisierung des Rundfunkbeauftragten Mühlfenzl («Jeder weiß, daß ich in der CSU bin.«), der in einer höchst dubiosen Abstimmung von Vertretern der »Landesbeauftragten für die Neuen Länder« und des Oberbürgermeisters von Ost-Berlin mit einfacher Mehrheit gewählt wurde. (Die Landesbeauftragten hatten bis zur Konstituierung der ersten ostdeutschen Landesregierungen nach dem Vollzug der Einheit am 3. Oktober 1990 kommissarisch die Verwaltung der Länder zu führen.)

Schon der fast klandestine Stil des Wahlaktes ließ ahnen, welches Schicksal Osthörfunk und -fernsehen zgedacht war. »Rudolf Mühlfenzl kam mit einer eigenen Führungsmannschaft ins Beitrittsgebiet eingeflogen und agierte einfach über die Köpfe der Betroffenen hinweg« (zitiert nach: Die Zeit vom 7. Juni 1991), erinnert sich der frühere stellvertretende Rundfunkintendant Jörg Hildebrandt, der von Mühlfenzl im Juni 1990 geschäftet wurde, weil er sich nicht länger an die Dienstanweisung Nr. 01 des »Beauftragten« halten wollte, die alle Mitarbeiter von Hörfunk und Fernsehen/Ost dazu verpflichtete, über sämtliche Vorgänge in Verbindung mit ihrer Abwicklung gegenüber der Öffentlichkeit »Stillschweigen zu bewahren«. Ausschlaggebend für Hildebrandts Rausschmiß war nicht zuletzt ein Interview für den epd-Pressedienst, in dem Umgangsformen und Leitungsgebaren Mühlfenzls harscher Kritik unterzogen wurden. Hildebrandt hatte erklärt: »Es ist offenbar der Wunsch des Rundfunkbeauftragten, uns zu seinen Handlangern zu machen, zu rein mechanischen Vollstreckern seines Willens, wie das bis vor einem Jahr die etwas phantasie- und risikolosen Funktionäre gewesen sind. (...) Mir kommt es manchmal vor, als hätten wir einen Krieg verloren und müßten uns nun in die bedingungslose Kapitulation begeben ...« (zitiert nach: epd-Pressedienst vom 7. Dezember 1990)

Selbstreinigung und Selbstbehauptung

Um es nicht vollends in Vergessenheit geraten zu lassen, sei hier dennoch einiges von dem resümiert, was innerhalb und außerhalb des DFF zwischen 1989 und 1991 trotz alledem gedacht und getan wurde, um den Erhalt der Anstalt zu sichern und dafür geeignete Konzepte anzubieten. Dazu ist es notwendig, bis in den Herbst 1989 zurückzugehen. Als seinerzeit der ehemalige DDR-Kulturminister Hans Bentzien – er war im Januar 1966 nach dem 11. Plenum des Zentralkomitees der SED geschäftet worden – vom gerade gewählten Ministerpräsidenten Hans Modrow (SED) zum »Generalintendanten des Deutschen Fernsehfunks« berufen wurde, bot das auch die Gewähr für eine strikte innere Demokratisierung der Anstalt. Bentzien entwickelte für die DFF-Belegschaft drei Grundprinzipien, von denen eine Weiterbeschäftigung abhing.

Erstens: Verfassungskonformes Verhalten, bezogen auf die zu diesem Zeitpunkt noch gültige Konstitution der DDR;

zweitens: Integrität gegenüber dem Unternehmen Fernsehen und seinem Programmauftrag;

Juli 1990

Am 1. Juli beschließt die DFF-Geschäftsleitung die Bildung von Landessendern, die ab 13. August zunächst halbstündige und bis zum Jahresende zweistündige regionale Fensterprogramme auf der Frequenz des DFF 1 ausstrahlen.

Am 20. Juli findet in der Volkskammer die erste Lesung des »Rundfunküberleitungsgesetzes« statt – es sieht unter anderem eine föderal gegliederte Mehrländer-Anstalt mit Sitz in Berlin vor.

August 1990

Am 31. August wird der Einigungsvertrag unterzeichnet, der mit Artikel 36 auch die künftige Rundfunkordnung vorschreibt und die medienpolitische Kompetenz an die Länder delegiert.

drittens: Professionalität, bezogen auf die zu leistende Sendetätigkeit. Sie sollte künftig allein von den Mitarbeitern erbracht werden, die über die dafür erforderliche Kreativität und Kompetenz verfügten.

Parallel dazu hatten sich Mitte November 1989 erste Arbeitsgruppen in Hörfunk und Fernsehen gebildet, die zu Vorläufern des wenig später entstehenden »Medienpolitischen Runden Tisches« wurden und das Ziel verfolgten, die Sendetätigkeit beider Medien mit der in den Artikeln 27 und 28 der DDR-Verfassung verankerten Meinungs- und Pressefreiheit abzugleichen, Prinzipien für ein Mediengesetz sowie ein »Grundstatut« von Hörfunk und Fernsehen zu formulieren – das bedeutete, beide Anstalten waren die längste Zeit Propaganda-Instrumente der SED gewesen. So erbrachte der »Runde Tisch« zwingende Vorleistungen für den Medienbeschluß der Volkskammer vom 5. Februar 1990, mit dem der DDR-Rundfunk zu Demokratie, Staatsferne und Parteunabhängigkeit verpflichtet wurde. Es entsprach diesen Axiomen, gleichzeitig einen »Medienkontrollrat« zu installieren, von dessen Votum künftig unter anderem gravierende Personalentscheidungen – etwa die Besetzung der Chefetagen von Hörfunk und Fernsehen – abhängig sein sollten. (Der letzte DDR-Premier Lothar de Maizière (CDU) beispielsweise scheiterte im Juni 1990 an eben diesem Gremium, als er den Intendanten des Potsdamer Hans-Otto-Theaters Gero Hammer – vormals Mitglied der Blockpartei NDPD – nach dem von ihm verfügten Rauswurf Hans Bentziens zum neuen Generalintendanten des Fernsehen vorschlagen wollte.)

Vielfach wird bis heute die Parlamentsentscheidung vom Februar 1990 als Auftakt für die Überführung des DDR-Rundfunks aus einem zentral-staatlichen in einen öffentlich-rechtlichen Status gedeutet und dabei übersehen, daß die geltende Verfassung der DDR dafür zunächst keinen Spielraum bot. Zwar löste sich am 21. Dezember 1989 das »Staatliche Komitee für Fernsehen« (Gleiches vollzog sich im Hörfunk) auf, das von seinem Rechtsstatus her als »Organ des Ministerrates der DDR« definiert war, doch blieb es mit den neu gebildeten Generalintendanten beider Häuser formal bei einer Unterstellung unter den DDR-Ministerpräsidenten (insofern entsprach die Abberufung Bentziens durch de Maizière als Verwaltungsakt formal der geltenden Rechtslage). Anders formuliert, es kam gewissermaßen zu einer Konservierung des »zentral-staatlichen Charakters« beider Anstalten. Die nach den Wahlen vom 18. März 1990 formierte Große Koalition de Maizières aus CDU/DSU/Demokratischem Aufbruch, der SPD sowie dem liberalen Bund Freier Demokraten (BFD) akzentuierte diesen Zustand noch, indem mit Gottfried Müller (CDU) ein Medienminister bestellt wurde, der als Institution geeignet war, den zentralistischen Charakter von Hörfunk und Fernsehen nachdrücklich herauszustellen.

Als sich nun mit dem 3. Oktober 1990 der Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des BRD-Grundgesetzes nach dessen Artikel 23 vollzog, galt folglich für das Beitrittsgebiet die föderale Rundfunkordnung der BRD, die Hörfunk und Fernsehen unter die Hoheit der Länder stellt. Somit waren über Nacht die von der DDR geprägten Organisationsformen und Strukturen der Funkmedien als »zentral-staatliche Institutionen« nicht mehr verfassungskonform und fielen

unter das Verdikt des bereits angeführten Artikels 36 im Einigungsvertrag. Spätestens da wurde vollends klar, weshalb bis zu diesem Zeitpunkt alle Versuche, Hörfunk und Fernsehen der DDR vor dem 3. Oktober 1990 in öffentlich-rechtliche Strukturen zu überführen, vereitelt wurden.

Die Ansätze dazu waren vielfältig, zuweilen fast archaischer Natur, so daß es heute kaum noch möglich ist, aus den im einzelnen vollzogenen Schritten so etwas wie eine gemeinsame Grundintention heraus zu filtern – mit Ausnahme vielleicht des Motivs, die Anstalten zu erhalten. Zweifellos hängt das entscheidend mit den sich überstürzenden Ereignissen im Herbst 1989 wie auch der rasanten Erosion der DDR nach dem 18. März 1990 zusammen. Dennoch seien hier mehr im Sinne einer episodischen Reihung einige der wichtigsten Vorgänge und Entscheidungen erwähnt.

Zunächst einmal unterwarfen sich Hörfunk und Fernsehen bereits im Oktober/November 1989 einer politischen »Selbstreinigung«, die unter anderem dazu führte, daß schon Ende des Jahres sämtliche Programmbereiche, Hauptabteilungen und Redaktionen nur noch über Leitungen verfügten, die gegenüber ihren Belegschaften die Vertrauensfrage gestellt hatten und entweder bestätigt oder abgelehnt worden waren. Wer als Offizier im besonderen Einsatz (OibE) für das MfS gearbeitet hatte, wurde entlassen. Das Programm selbst war radikal reformiert worden und erfreute sich wachsender öffentlicher Akzeptanz. Um es auf eine stark vereinfachende Formel zu bringen: Die Wende wurde durch die DDR-Medien keinesfalls ausgelöst – es sei denn durch ihren teilweise bis zur Absurdität gesteigerten Realitätsverlust –, als sich der Umbruch allerdings mit ihnen und in ihnen vollzog, wurde er unaufhaltsam und irreversibel. Man denke nur an die faszinierende Wirkung, die von den Direktübertragungen der Kundgebung am 4. November 1989 in Berlin oder der Öffnung des Brandenburger Tores kurz vor Weihnachten 1989 ausging.

Die allein in diesen Wochen wie auch während der ersten Monate des Jahres 1990 stattfindende Programminnovation war beträchtlich. Nimmt man nur die Zahl der neuen oder umprofilieren Sendungen mit publizistischem und informativ-unterhaltendem Charakter, die seinerzeit entwickelt, produziert und ausgestrahlt wurden, so weist die Bilanz nur bis zum 30. Juni 1990 29 Formate aus. Die Skala reichte vom Reisejournal *Azur* über das Inlandsmagazin *Controvers*, den Kulturreport *Kontur*, die neue außenpolitische Sendung *Meridiane* bis zum Gesprächsportrait *Zur Person* des Publizisten Günter Gaus. Mit der *AK zwei* war ab 30. Oktober 1989 erstmals im zweiten Programm ein moderiertes Nachrichtenjournal zu sehen, das den Auftakt für eine völlig veränderte, operativere Staffel von Nachrichtensendungen und -magazinen mit einem wenig später hinzu kommenden Morgen- und Mittagsjournal bildete.

Nachdem ab 15. Dezember 1990 der DFF als »DFF-Länderkette« nur noch auf einem Kanal senden konnte (die Frequenz von DFF 1 wurde von der ARD übernommen), bereicherten bis zum 31. Dezember 1991 noch einmal 23 Sendepremieren das Angebot. Das alles war mit Blick in die Zukunft zugleich als Programmgerüst und Angebot einer Mehrländer-Anstalt »Ostdeutscher Rundfunk« (ODR)

September 1990
Annahme des »Rundfunküberleitungsgesetzes« durch die Volkskammer eine Woche vor dem Beitritt der DDR zur BRD.

Oktober 1990
Wahl des »Rundfunkbeauftragten« Rudolf Mühlhenzl (CSU), ehemaliger Präsident der bayerischen Medienbehörde BLM.

Dezember 1990

Seit dem 2. Dezember sendet das ZDF auf einer bisher nicht genutzten Fernsehfrequenz im Osten. Am 14. Dezember übernimmt die ARD die bisherige Frequenz des DFF 1. Auf Entscheidung des Rundfunkbeauftragten werden die beiden DFF-Vollprogramme zur »DFF-Länderkette« zusammengelegt und ab 15. Dezember auf der Frequenz des DFF 2 ausgestrahlt.

gedacht. Ab 1. Juli 1991 wurde von der »Gesellschaft für Konsum-, Markt- und Absatzforschung« (GfK) in Nürnberg auch Berlin-Adlershof in die tägliche Ermittlung der Einschaltquoten einbezogen. Dabei war klar erkennbar, daß sich das Ostfernsehen neben ARD und ZDF durchaus zu behaupten vermochte. Bei der Rezeption von Nachrichtenprogrammen schlug sich das besonders nieder – vor der Wende hatte die »Aktuelle Kamera« im Schnitt acht bis zehn Prozent Zuschauer verbuchen können, mittlerweile schaltete jeder dritte Zuschauer in den neuen Ländern 19.30 Uhr »aktuell« – die Hauptnachrichtensendung der DFF-Länderkette – ein. Deren Einschaltquoten pendelten zwischen 14 und 16 Prozent, lagen damit hinter der »Tagesschau«, aber deutlich vor der »heute«-Sendung des ZDF (damals entsprach ein Prozent Sehbeteiligung einer Zuschauerzahl von ca. 125.000). Bei der Frage, von welchem Sender bei der Bewältigung der vielen Transformationsprobleme im Osten die beste Orientierungshilfe geleistet würde, sprachen sich 29 Prozent der Befragten für den DFF aus, 26 für die ARD und 15 für das ZDF, während Sat 1 und RTL nur auf Quoten von vier bis acht Prozent kamen. Bei einer INFAS-Erhebung vom Juni 1991 wurde unter anderem gefragt: »Sehen Sie das Programm der DFF-Länderkette jetzt häufiger als die beiden DFF-Programme vorher?« 22 Prozent der Testpersonen antworteten »häufiger«, 48 Prozent »unverändert« und 23 Prozent »weniger«. Bis zur Abschaltung des Senders hielten sich so die Akzeptanzverluste bei DFF-Sendungen in Grenzen oder waren überhaupt nicht gegeben – und das, obwohl die Zahl der Mitarbeiter durch die verschiedenen Kündigungswellen von 8 500 im November 1989 auf 3 500 im September 1991 gesunken war.

Lebenselixier Werbevertrag

Neben den Personal- und Programmfragen stellten sich bereits Ende 1989 mit existenziellem Nachdruck die nach der künftigen Finanzierung einer Anstalt, die bis dato ihr Budget ausschließlich durch Zuwendungen aus dem DDR-Staatshaushalt bestreiten konnte. Im Dezember 1989 hatte der provisorische »Medienkontrollausschuß« dem DFF die Auffassung erteilt, nach 20 Uhr mit der Ausstrahlung von Produktwerbung zu beginnen (ein logischer Schritt angesichts der seit dem 9. November 1989 offenen Grenze). Aussichtsreichster Anwärter als Vermarkter der verfügbaren Sendezeit war die französische Agentur IP, die sich zum Teil im Besitz des französischen Staates befand. Nach dem Besuch François Mitterrands im Dezember 1989 in Ost-Berlin erhielt IP den Zuschlag, wodurch für den Adlershofer Sender bis zu dessen Auflösung etwa 400 Millionen DM Werbeeinnahmen zu verbuchen waren. Ein Fonds, aus dem pikanterweise auch Mühlfenzls Abwicklungsscrew ihre Apanagen bezog. Hans Bentzien schreibt in seinen Memoiren »Meine Sekretäre und ich«: »Selbst die rücksichtslosen, von Bonn gesandten Conquistadores waren nicht in der Lage, den Vertrag zu lösen, er sicherte dem Rundfunk der DDR ein Jahr längeres Leben. Ich habe nur einen Fehler dabei gemacht, ich hätte ihn nicht für drei, sondern für zehn Jahre abschließen sollen, vielleicht hätten wir den DFF heute noch ...« – Angesichts dieses subversiven Schneids konnte im Juni 1990 die inoffizielle Begründung für die Ablösung Bentziens als DFF-General-

Mai 1991

Am 30. Mai wird der Staatsvertrag zwischen Sachsen, Thüringen und Sachsen-Anhalt über die Gründung des Mitteldeutschen Rundfunks (MDR) unterschrieben.

intendant nicht überraschen: Er habe sich zu dogmatisch für die Eigenständigkeit und den Erhalt des Fernsehfunks als eines ostdeutschen Senders mit gleichberechtigter Präsenz innerhalb der ARD eingesetzt, hieß es aus der Umgebung von Premier de Maizière. Auf jeden Fall sicherte der IP-Vertrag ab März 1990 dem DFF eine äußerst tragfähige Säule seines künftigen Haushalts, die zweite sollte sich auf Gebühreneinnahmen stützen, die in der DDR bereits – wenn auch auf sehr geringem Niveau – erhoben wurden. Letztlich sorgten gerade die Werbeeinnahmen ab Mitte 1990 für ein ausreichendes finanzielles Fundament, um mit dem Aufbau von Landessendern in Sachsen, Thüringen, Sachsen-Anhalt, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern zu beginnen, die auf Beschluß der DFF-Intendanz im Vorgriff auf föderale Strukturen einer neuen Rundfunkordnung im Osten Deutschlands am 1. Juli 1990 gegründet wurden. Am 13. August 1990 bereits konnte mit der Ausstrahlung dieser Programme begonnen werden. Die Landessender sahen sich mit eigener Personal- und Programmhoheit ausgestattet, erhielten modernes technisches Equipment und verfügten über ein autarkes Budget.

Natürlich wurde bei all diesen Entscheidungen zum damaligen Zeitpunkt davon ausgegangen, daß es angesichts des absehbaren Vollzugs der staatlichen Einheit eine Anpassung an die Medienordnung der BRD geben mußte, dies andererseits im Vorgriff auf Kommendes geschah, da noch für einen Zeitraum von zwei bis drei Jahren mit einem Fortbestand der DDR zu rechnen war. Insofern richtete der erwähnte Medienminister Müller (CDU) denn auch im Sommer 1990 alle Anstrengungen auf die Vorlage des bereits angeführten »Rundfunküberleitungsgesetzes«, das die föderalen Strukturen einer künftigen Rundfunkordnung, sprich: die Übernahme der Medienhoheit durch die ostdeutschen Länder vorbereiten oder – wie es offiziell hieß – »vorschalten« sollte. Am 20. Juli gab es in der Volkskammer die erste Lesung des entsprechenden Gesetzentwurfes, der nach dem Verweis in den »Ausschuß für Presse und Medien« Mitte August in einer von allen Fraktionen getragenen Form erneut vorgelegt wurde. Vorgesehen waren danach für das »Ostfernsehen« eine »föderale Mehrländeranstalt mit Sitz in Berlin«, des weiteren eine »Zusammenfassung und Regionalisierung von Hörfunk und Fernsehen«. Zur Annahme des Gesetzestextes kam es jedoch erst auf der letzten Sitzung des DDR-Parlaments am 25. September 1990, so daß dem »Überleitungsgesetz« die stolze Geltungsdauer von sieben Tagen beschieden war – nach dem 3. Oktober 1990 herrschte Artikel 36 des Einigungsvertrages unumschränkt.

Oktober/November 1991
Mecklenburg-Vorpommern tritt dem Staatsvertrag über den Norddeutschen Rundfunk (NDR) bei, der Potsdamer Landtag beschließt am 8. November ein Gesetz zur Begründung des Ostdeutschen Rundfunk Brandenburg (ORB).

Dezember 1991
Am 31. Dezember wird mit der »Aktuell«-Sendung um 19.30 Uhr die letzte Live-Sendung aus Adlershof ausgestrahlt, um 0.00 Uhr stellt der DFF seinen Sendebetrieb ein.

MICHAEL SCHMIDT

Fernsehen – aus der Nähe betrachtet

Erfahrung 1: Agonie

Am 22. September 1989 hatte Heinz Adameck, der Vorsitzende des Staatlichen Komitees für Fernsehen beim Ministerrat der DDR, die Bezirkskorrespondenten der Aktuellen Kamera zu einem Gespräch eingeladen. Wir waren froh, daß dieses Treffen endlich zustande kam, seit Wochen hatten wir darum gebeten.

Zu Tausenden verließen vor allem junge Leute die DDR. Sie wollten raus aus einem Land, das in der tiefsten Krise seiner Geschichte steckte. In den real existierenden sozialistischen Medien war von dieser bitteren Realität nicht das geringste zu lesen, zu hören oder zu sehen. Die DDR wurde von uns, den Journalisten, dargestellt wie immer – als Hort der Stabilität im Weltentöse. Vorwärts immer, rückwärts nimmer ...

Michael Schmidt – Jg. 1954, September 1972 Beginn Volontariat beim DDR-Fernsehen, Bereich Kulturpolitik; nach Armeedienst Fortsetzung Volontariat bei der AK/Außenpolitik; 1974-78 Studium Journalistik an der Karl-Marx-Universität Leipzig; 1978-82 Redaktion »Umschau«/Bereich Publizistik; 1982-84 Korrespondent der AK in Suhl; 1984-87 Korrespondent der AK in Schwerin; 1987-91 Korrespondent der AK in Rostock, Moderator »AK zwo« und »Spätjournal«; seit 1992 Redakteur beim NDR Rostock

Die meisten von uns fühlten sich allerdings unwohl wie nie zuvor in ihrer Haut. Der Vorrat an Parteidisziplin war nahezu aufgebraucht. Erfolge waren kaum noch zu vermelden. Statt dessen krachte es im Gebäck des Arbeiter- und Bauern-Staates, daß man schon stocktaub sein mußte, um nichts davon mitzubekommen. Wir aber bekamen nur allzu viel mit. Deshalb unterhielt die Aktuelle Kamera schließlich in jeder der DDR-Bezirksstädte ein Korrespondentenbüro – um möglichst dicht dran zu sein am Treiben im Lande. Natürlich nur am offiziell gewünschten. Und natürlich sollten wir noch in den letzten Winkel der Republik solche klangvollen Losungen wie »Jeder liefert jedem Qualität!«, »Jeder jeden Tag mit guter Bilanz!«, »Ich leiste was, ich leiste mir was!« parteijournalistisch aufbereitet hinausposaunen. Abends um halb acht die Erfolgsmeldungen aus anderen Betrieben als lang erwartete Anregung förmlich aufgesogen – am anderen Morgen im eigenen Kollektiv selbstverständlich sofort schöpferisch angewendet. So hätte er funktionieren sollen – der sozialistische Werk tätige als Idealzuschauer.

Die AK war in ihrem Selbstverständnis eine Art TV-Abteilung des Zentralkomitees. In der Chefredaktion wurde auch gern mal die Bezeichnung »Trompete der Partei« gebraucht. Doch im Herbst '89 war uns die Puste ausgegangen. In dieser unerträglichen, bedrückenden Atmosphäre von Stagnation traten wir bei Heinz Adameck an. Übermäßig viel erwarteten wir nicht von dem Gespräch, waren schon froh, endlich überhaupt mit einem Mitglied der SED-Führung – immerhin gehörte der Fernsehchef dem ZK an – reden zu können.

Zu Beginn berichtete er über eine Begegnung mit ausländischen Journalisten. Ein australischer Kollege hatte ihn wegen der Flucht-

welle von DDR-Bürgern angesprochen: »Warum laufen bei ihnen die Leute weg?« Antwort Adameck: »Weil ein ganzes ideologisches System gegen uns steht.«

Und weiter, an uns gewandt: »Es geht nicht darum, wer hat heute gewonnen. Es geht um große Politik. Es gibt keine sogenannten Menschheitsfragen. Es gibt Klassenfragen, da stecken die Menschheitsfragen mit drin.« Nach diesen Aussagen war klar, daß es der Leitung des Fernsehens nur um ein »Weiter so!« bei der Aktuellen Kamera ging. Ins Zentrum der Berichterstattung gehörten »die Tatsachen des Sozialismus und die Menschen, die morgens früh zur Arbeit gehen, an der Seite der Partei.«

Daß Reporter der AK bei ihrem Auftauchen in Betrieben und anderswo nicht unbedingt mit freudiger Erregung begrüßt wurden – nicht selten leerten sich ganze Werkhallen bei unserem Erscheinen, wurden wir in heftigste Diskussionen verwickelt oder schlichtweg nur als willfähige Erfüllungsgehilfen einer weltfremden Parteiführung abgemistet –, schien sich inzwischen auch in Adlershofer Chefetagen herumgesprochen zu haben: »Es fängt ja auch schon an, daß ihr Fragen kriegt in den Betrieben.« Sollte das großzügiges Verständnis signalisieren für diejenigen, die »draußen vor Ort« den Kopf für sozialistische Agitation und Propaganda hinhielten?

Kaum wahrnehmbar schimmerte aber selbst beim Komiteevorsitzenden Hilflosigkeit durch. Eine unserer Fragen: Was wollen die Leute denn vor allem sehen und erleben in ihrem Fernsehen – Heimatgefühl, Kultur oder was? Die überraschende Antwort: »Ich weiß nicht, wieviel Du davon weißt. Ich weiß auch wenig davon.« Aber wenn die AK drei innenpolitische Beiträge hintereinander bringt, dann, na klar, müßte der erste mit einem stolzen Ergebnis, einem Erfolg aufwarten. – »Der zweite könnte da schon realistischer sein.«

Das Fazit der Runde: »Sensationell neue Schritte habe ich nicht. Ich habe nur sensationell neue Anforderungen.« Für ein bißchen Kosmetik an der DDR-Medienlandschaft war es jedoch längst zu spät. Die gespenstischen Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag der DDR und zeitgleich das brutale Vorgehen der Staatsorgane gegen eine sich entwickelnde politische Opposition, Montagsdemonstrationen in Leipzig und eine täglich mehr erschreckende Fluchtwelle gen Westen waren die neuen Tatsachen.

Seit dem skurrilen Adameck-Gespräch versuchte ich den Lauf der Ereignisse mit ein paar Notizen täglich kurz festzuhalten.

7. Oktober '89:

H. Tisch bei BRD-Besuch im Westfernsehen über die Ausreisenden: »Kümmern Sie sich doch um sie – Sie haben doch Ihre Obhutspflicht! Zu mir ist doch keiner von denen gekommen!« Entsetzliche Ignoranz. Als ob er nicht wüßte, wie schwierig schon allein eine Sprechstunde bei einer Bezirksleitung zu kriegen ist. Ergebnis nach diesem Bonmot: Massenweises Hinknallen der FDGB-Bücher, z. B. am Theater Schwerin.

ADN und folglich auch die AK meldeten »Zusammenrottung von Randalierern, die Volksfeste störten«.

10. Oktober '89:

Bei Zingst wurde die erste meteorologische Forschungsrakete hochgejubelt. Mit Frühstück, Reden, Sekt. Der Minister für Um-

Der ebenfalls anwesende 1. Sekretär der fernseheigenen SED-Kreisleitung gab uns noch eine andere Ermutigung mit auf den Weg. Wir sollten in unseren Berichten unbedingt »die kämpferisch-verändernde Note verstärken!«

weltschutz und Wasserwirtschaft wurde von allen als »Genosse« angedredet, obwohl er DBD-Parteifreund ist. Lapsus? Das Schattendasein von Bündnispolitik.

12. Oktober '89:

In der AK am Nachmittag Wortmeldungen, daß Akademie der Künste und Kulturbund für Erneuerung, Offenheit und Öffentlichkeit eintreten. Für mehr Demokratie.

13. Oktober '89:

Treffen SED-Generalsekretär mit Chefs der Blockparteien. 12-minütiges Verlesen des Ergebnisses in der AK. Erschreckend.

14. Oktober 89:

Premiere in der AK: Ein Meister eines Betriebes kritisiert die AK, die Medienpolitik. Eine eigentlich völlig normale Angelegenheit – sollte man denken. Die Tragweite können wohl nur ein paar Journalisten nachvollziehen.

Das absehbare Ende des sozialistischen Journalismus in den Farben der DDR registrierte ich für mich am 17. Oktober 1989. Ich hatte Dienst in Berlin und wurde am frühen Nachmittag an die Humboldt-Universität geschickt. Möglicherweise sollte dort ein unabhängiger Studentenverband gegründet werden. Kurz nachdem ich in der SED-Kreisleitung der Uni ankam, wurde mir ein Anruf des ZK, Abteilung Agitation mitgeteilt. Deren Leiter, Heinz Geggel, hatte sich in Adlershof gemeldet und verkündet, daß in dem Bericht über die Studentenversammlung selbstverständlich nicht nur der FDJ-Standpunkt genannt werden sollte. Er, Geggel, sei unbedingt für Ausgewogenheit.

Das war's also. Die rote Fahne wurde eingeholt und eiligst die weiße gehißt. Der Mann versuchte zu retten, was nicht mehr zu retten war. Das Ende von Anweisungen und »Argumentationen« für die DDR-Medien – sprich: von Zensur – war offensichtlich da.

Das »Große Haus«, so hieß das ZK-Gebäude im Journalistenjargon, in chaotischer Auflösung begriffen, die Redaktion mit neuem Selbstbewußtsein und wild entschlossen, alles anders zu machen. Chefredakteur Klaus Schickhelm erzählte kurz von einem Brüll-Dialog mit einem ZK-Mitarbeiter: »Warum denn, denkst Du, habe ich die letzten Jahre so und nicht anders gearbeitet? Doch nur aus Disziplin, verdammt noch mal!«

Kadavergehorsam war das, viel zu lange beschönigend als Parteidisziplin benannt. Dahinter hatten sich nicht nur – mal mehr, mal weniger willig – die Redaktionschefs verschanzte. Die überwiegende Mehrheit der Journalistinnen und Journalisten hatte sich damit arrangiert. Am 18. Oktober '89, dem Tag von Honeckers Absetzung, notierte ich: Im Studio reden Leute über Politik, die jahrelang ihren Mund nicht einen Spalt weit aufgekiegelt haben. Und die meisten von ihnen reden sehr Interessantes. Der Moderator von DT-64 soeben: »Das war eine Reportage von Jugendradio – Radio Glasnost«.

Die Medien der DDR machten keine Ereignisse mehr. Die Ereignisse selbst machten plötzlich Medien. Und wir, die Journalistinnen und Journalisten, ernteten mit unserer Arbeit eine ungewohnte Resonanz. Notiz vom 24. Oktober '89:

Bürgerforum im Rostocker Rathaus zu »Umweltschutz und Stadtentwicklung«. Total unterschätztes Interesse – Festsaal und angren-

Olaf Dietze, langjähriger AK-Korrespondent in Bonn und danach stellvertretender Chefredakteur, konstatierte später: »Ich kenne keinen einzigen Fall von Widerstand unter meinen Kollegen. Denn das hätte unweigerlich auch ein Berufsverbot nach sich gezogen.« (Süddeutsche Zeitung Nr. 11/1990)

zende Räume reichten nicht aus. Im Treppenhaus und draußen vor dem Rathaus sowie im benachbarten Postsaal hunderte Bürgerinnen und Bürger. Technische Panne bei uns: Kamera-Recorder kaputt. Da mußte ich unseren Rückzug natürlich erläutern, war ja kein Reißaus vor der Realität. Bemerkenswert: Beifall für die AK.

In der Redaktion in Berlin wurde uns mitgeteilt, daß seit dem Sommer rund 100 Kolleginnen und Kollegen vom Fernsehen und von der Studioteknik in den Westen gegangen sind.

Erfahrung 2: Euphorie

Das Fernsehen der DDR hatte sich gründlich verändert. Ein Land im Umbruch – dargestellt von Redaktionen im Aufbruch. Themen, Inhalte und Sprache der aktuellen Berichterstattung wurden von der herrschenden Realität und nicht mehr von einer herrschenden Partei bestimmt. In kürzester Zeit entstanden neue innenpolitische Sendungen.

Klartext zeigte mit deutlichen Bildern und Worten Widersprüche und Probleme im Land auf. Im *Donnerstags-Gespräch* diskutierten Politiker, Wissenschaftler und Künstler live (!) mögliche und unmögliche Wege aus der Krise. *Elf99* – als Jugendmagazin im September noch als Auftragsprojekt von FDJ und SED (samt per Parteauftrag zum Aufbau der Sendung verpflichteter Kolleginnen und Kollegen) auf den Bildschirm gegangen – machte inzwischen mit einer munteren Mischung aus kritischen Reportagen, respektlosen Interviews, Musikclips und Boulevardbeiträgen von sich reden und die Aktuelle Kamera wurde tatsächlich zu einer aktuellen Sendung – wohlthuend nur noch 20 Minuten lang.

Am 30. Oktober '89 kam eine neue Nachrichtensendung hinzu: *AK zwo*, ein Abendjournal, moderiert aber nicht moderat. Zunächst gestrickt mit heißer Nadel, ohne wochenlange Vorbereitung, von Redakteurinnen und Redakteuren, die überzeugt waren, daß dieses Zusatzangebot unbedingt seinen Platz im Programm haben mußte. Aktuelle und vertiefende Berichte wurden aus den Bezirken und von den Auslandskorrespondenten zugeliefert, das meiste extra für *AK zwo* gedreht. In Studiointerviews kamen vor allem die Aktivisten der neuen politischen Parteien und Bürgerbewegungen zu Wort. Das mag von uns auch als ein Stück journalistischer Wiedergutmachung angesehen worden sein: Nie wieder sollte sich auf dem Bildschirm eine einzige politische Partei hemmungslos ausbreiten dürfen.

Die politischen Ereignisse überschlugen sich. Und wir hechelten durch den Arbeitstag, damit sie nicht an uns vorbei rasten. In den ersten Wochen von »AK zwo« war es völlig normal, Meldungen und Moderationen noch Minuten vor der Sendung komplett umzuschreiben. Welcher gesellschaftliche Umbruch hat schon Bürozeiten? Ein Redaktionsschluß war fast undenkbar. Bis in die späten Abendstunden hinein traten Parteifunktionäre zurück, lösten sich Gewerkschaftsstrukturen auf, wurden neue Gesetzesparagrafen veröffentlicht und trafen Resolutionen ein. Dutzende Erklärungen, Aufrufe, Zustimmungen und Proteste von Parteien, Vereinen, Theaterensembles, Schulen, Arbeitsbrigaden und Hausgemeinschaften flatterten täglich per Post und Telex in die AK. Notiz vom 2. November '89:

» ... knallharte politische Forderungen. Keiner(!) redet über seine Arbeit – alle über Forderungen an Partei, Staat, Regierung.«

Zufall oder nicht – am Tag der *AK-zwo*-Premiere wurde zum letzten Mal der Schwarze Kanal gesendet. Kein Zufall war es, daß die neue Redaktion die ehemaligen Räume von Karl-Eduard von Schnitzler bezog. Übermäßig viel Platz gab es im AK-Gebäude nicht.

Seit dem Herbst '89 nahm das Fernsehen der DDR im Bewußtsein der meisten Bürgerinnen und Bürger einen völlig veränderten Platz ein. Weniger als ein Medium der Unterhaltung, sondern zunehmend als unentbehrliches Forum für Informations- und Meinungsbildung sowie als Anwalt großer Teile der Bevölkerung wurde es wahrgenommen.

Manchmal verliefen die Grenzen zwischen neuem Bürgerengagement und Hysterie fließend. Kräuselten sich aus irgendeinem alten Schornstein im Lande plötzlich wieder Rauchsäulen oder wurden in tiefer Provinz merkwürdige Säcke mit Altpapier weggeschleppt, klingelten häufig sofort die Telefone in der Aktuellen Kamera/DDR-Redaktion. Aufgeregte Menschen teilten mit, »daß da wohl Stasi-Akten vernichtet werden sollten ...«

Ein nie gekanntes und erlebtes Vertrauen in die Medien drängte auch Journalistinnen und Journalisten selbst in ungewohnte Rollen. Reporter wurden angesprochen und sollten »mit Kamera und Mikrofon ganz schnell in unsere Stadt kommen und alte Zustände und Bonzen entlarven, damit sich auch bei uns endlich was bewegt!«

El/99-Reporter Jan Carpentier fand sich gar als Mittler zwischen meuternden Gefängnisinsassen und Vollzugsbeamten wieder. Für die rebellischen Gefangenen hatte der Fernsehjournalist die nötige Bekanntheit und deshalb auch Akzeptanz, um ihren Protesten und Forderungen in der Öffentlichkeit Gehör zu verschaffen. Die Gefängnisleitung nahm dazu Stellung. Zwischen beiden Fronten leistete Journalist Carpentier Schwerstarbeit – und alles wurde live übertragen.

Zugleich wollte das Fernsehpublikum jetzt endlich genau wissen, wer ihm da auf dem Bildschirm was präsentierte. Mitglieder einer Kirchgemeinde in Thüringen schickten eine Erklärung, in der sie forderten, daß künftig bei Sprechern und Moderatoren politischer Sendungen deren eventuelle Parteizugehörigkeit eingeblendet werden sollte. Dieser Vorschlag wurde nicht umgesetzt.

Ein westdeutscher Journalist beschrieb die Atmosphäre in der AK damals so: »Die einst unterhalb der Zehnprozentgrenze angesiedelte Zuschauerschaft ist auf mittlerweile über 50 Prozent angeschwollen (die höchste Quote lag bei 62,5). Gerade dies bringt auch mit sich, daß ein neues Demokratieverständnis im Land die Sendung als wahres Volksorgan reklamiert. Jeden Tag entstehen überall in der DDR neue Gruppierungen und Parteien, und auch innerhalb der schon etablierten Opposition gibt es Richtungs- und Flügelkämpfe. Die Redakteure haben damit ihre Schwierigkeiten und registrieren Anwürfe mit besonderer Empfindlichkeit. Der Rechtfertigungsdruck gegenüber Anrufern und Briefeschreibern (täglich über hundert) ist hoch. Redakteur Jürgen Hahm zum Beispiel bittet deshalb einen Anrufer um Verständnis, daß man dessen durchdiktierten Aufruf nicht vermelden werde. ›Für uns ist das erst eine Nachricht, wenn ADN es meldet‹, sagt er am Telephon, ›sonst können wir die Sendung nur noch mit Richtigstellungen und Gegendarstellungen füllen.‹ Fragen der Blick zum westlichen Kollegen. Wegen einer AK-Meldung will der Milchhof streiken.«¹

1 Süddeutsche Zeitung, Nr. 11/1990.

Die Medien in der Bundesrepublik widmeten sich nicht nur beiläufig den Wandlungen in den Zeitungen, in Radio und Fernsehen der DDR. Sie berichteten ausführlich, staunten über die Verände-

rungen, die sie so schnell kaum für möglich gehalten hatten. Kolleginnen und Kollegen aus dem Westen schauten sich neugierig in Adlershof um. Immer wieder wollten sie Einzelheiten aus unserem journalistischen Vorleben wissen. Es war die Zeit der offenen Fragen. Berufliche Erfahrungen wurden verglichen, endgültige Urteile oder gar Vorurteile nur selten geäußert.

Noch 1989 wurde »AK zwo« täglich auch auf »3sat« ausgestrahlt, seit Anfang 1990 ebenfalls im 3. Programm des WDR. Es freute uns, daß unsere Arbeit und somit auch das dramatische Geschehen im Osten nunmehr unmittelbar in westlichen Sendegebietern wahrgenommen werden konnten.

Das alte Fernsehen der DDR war zum Sendeschluß gekommen. Es begann die Zeit des Deutschen Fernsehfunks. Generalintendant wurde Hans Bentzien. Seine Karriere war ein ständiges Auf und Ab: DDR-Kulturminister, Chef der Fernseh dramatik und als solcher dann geschäft, zuletzt Redakteur im Bereich Publizistik und Autor von Geschichtssendungen, zum Beispiel über den bürgerlichen antifaschistischen Widerstand. Am 30. November '89 löste er das alte Komitee für Fernsehen beim Ministerrat der DDR auf.

Mit klaren Worten umriß Bentzien die Stellung des Fernsehens: »Wir sind das Fernsehen für das Volk und für unser Land. Und wir sind das größte Kulturinstitut der DDR.«

Sonderinteressen einzelner Mitarbeiter werde er nicht mehr anerkennen. »Wer mit ›angestammten Rechten‹ kommt und darauf pocht, der wird entlassen! Da führe ich einen Musterprozeß bis zum Obersten Gericht.« Scheinverträge, die teilweise in den fünfziger Jahren abgeschlossen wurden, auch mit ZK-Mitgliedern, sollten gekündigt werden. Ebenfalls wirtschaftlich wollte Bentzien den Fernsehfunk umkrempeln.

»Schluß muß sein mit der bisher üblichen Methode, bestimmte Produktionen zu erzwingen, koste es was es wolle.« Damit waren vor allem Prestige-Projekte gemeint, die die SED-Politik auf dem Bildschirm untermauern sollten. »Auch wir müssen wirtschaften und Geld verdienen. 1990 muß deshalb die Umstellung von der Stunden-Abrechnung auf die Mark-Abrechnung erfolgen. Denn zählen wir die Familien unserer Beschäftigten mit, haben wir 25 tausend Menschen zu ernähren.« (Notizen vom 2. Dezember '90)

Für die zwei Programme des Fernsehens arbeiteten damals etwa 7 500 Menschen, bei den Radiosendern 3 500. Die hatten schon bald mehr zu melden. Als einer der ersten großen Betriebe der DDR wurde im DFF ein Personalrat gewählt.

Noch vor den Volkskammerwahlen am 18. März 1990 bereitetete der DFF neue Länderstrukturen vor. Damit sollte rechtzeitig der sich anbahnenden politisch-administrativen Neugliederung der DDR entsprechen werden. Manchen Fernsehleuten ging das zu langsam. Die Belegschaft des »Ostseestudios« in Rostock zum Beispiel begann bereits im März ein eigenes Regionalmagazin auszustrahlen. »Nordreport«, kurz darauf umbenannt in »Nordmagazin«, entstand auf eigene Faust, ohne irgendwelche Entscheidungen aus Berlin-Adlershof abzuwarten. Kollegen der Studioteknik hatten vorgeschlagen, eine nachmittags brachliegende Testfrequenz zu nutzen. Es wurde getüfelt, technisch improvisiert, redaktionell zusammengebastelt –

2 »Süddeutsche Zeitung,
Nr. 13/1990.

und einfach gesendet. AK-Chefredakteur Klaus Schickhelm bekannte damals: »Im Augenblick fühlen wir uns wie die freiesten Journalisten der Welt.«²

Erfahrung 3: Demokratie

Fernsehen – das ist dabei sein. Endlich funktionierte das auch bestens mit den zwei eigenen Kanälen. Dank des Deutschen Fernsehfunks konnten die Zuschauerinnen und Zuschauer so direkt und so oft wie nie zuvor das Geschehen in ihrem Land verfolgen und sich ihre Meinung bilden – wenn sie es denn wollten. Seit dem Herbst 1989 nahmen Live-Sendungen zu politischen Themen breiten Raum im DFF-Programm ein. Erste Feuerprobe war gewiß die Direktübertragung der Großkundgebung für Pressefreiheit auf dem Berliner Alexanderplatz am 4. November '89. In den Wochen und Monaten danach waren politischer Streit und Meinungsbildung in einem für deutsche Medien einzigartigen Umfang auf dem Bildschirm zu erleben. Die Live-Berichte von den Sitzungen des Runden Tisches, aus dem Plenarsaal der Volkskammer, von Pressekonferenzen und anderen Anlässen sind noch heute anschauliche Zeitdokumente.

Dann die Volkskammerwahl vom 18. März 1990. Art und Qualität der Wahlberichterstattung waren selbstverständlich neu für die vielen beteiligten Kolleginnen und Kollegen. Aber alle, die mitarbeiteten, taten das voller Eifer. Natürlich waren wir uns der Einmaligkeit des Ereignisses für die DDR bewußt. Das Wahlergebnis jedoch überraschte wohl auch die meisten von uns. Ich erinnere mich an AK-Kollegen, die bereits am nächsten Tag düstere Zukunftsbilder entwarfen. Die neue CDU-geführte Regierung würde bestimmt sofort »gründlich aufräumen im Sender«. Die Aktuelle Kamera werde da kaum viele Chancen haben. – »Wer weiß, wie lange wir noch senden?« So plump, wie manch einer es erwartete, vielleicht auch wegen des Bewußtseins jahrelanger Mitverantwortung für Sprache und Inhalt politischer Sendungen im DDR-Fernsehen, kam es nicht. Zum einen hatten die Redaktionen des Deutschen Fernsehfunks in den Monaten seit dem Herbst '89 eine Arbeit geleistet, die quer durch alle politischen Parteien und Gruppen Akzeptanz fand. Andererseits sah sich die neue Regierung einem Berg von Aufgaben und Problemen gegenüber, der alle Kräfte forderte. Die Frage, wieviele personelle »Altlasten« in den Medien jetzt noch vertretbar seien, dürfte nicht gleich die höchste Priorität gehabt haben. Die beiden DDR-Fernsehprogramme sendeten weiter – und das ganz selbstbewußt. Seit geraumer Zeit bestand sogar ein Werbevertrag mit einer französischen Firma, der dem DDF einiges an Geld ins Haus brachte. Die bundesdeutschen öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten waren davon alles andere als angetan. Ende April 1990 veranstaltete die ARD im Plenarsaal des Berliner Reichstages eine Gesprächsrunde zur künftigen Medienordnung. Auch der Werbevertrag kam zur Sprache: »Ob dieser Tatsache zeigte sich auch ARD-Chef Kelm verschnupft. Warum, so fragte er, haben Sie uns die Konkurrenz ins Haus geholt, wenn Sie demnächst vielleicht zu uns kommen wollen. Von Bentzien wollte er wissen, wohin die Reise geht. Antwort des Generalintendanten: Die Reise geht dahin, daß wir eine echte Konkurrenz zu Ihnen sein wollen.«³

3 Neues Deutschland,
30. April 1990.

Das forschende Auftreten von Hans Bentzien war kein Alleingang. Umfragen des Meinungsforschungsinstituts INFAS ergaben, daß 88 Prozent der DDR-Bürger einen Erhalt des DFF befürworteten.⁴

4 Ebenda, 8. Juni 1990.

Bereits vorher »hatte sich die Belegschaft des Deutschen Fernsehfunks auf ihrer Personalratswahl Anfang April dafür ausgesprochen, ihren Sender als 3. öffentlich-rechtliche Anstalt in Deutschland zu profilieren.«⁵

5 Ebenda, 30. April 1990.

Diese Töne dürfte die neue Regierung, die zügig in Richtung deutsche Einheit steuerte, mit Mißfallen aufgenommen haben. Der Minister für Medienpolitik Gottfried Müller, CDU und zuvor Chefredakteur der kirchlichen Wochenzeitung »Glaube und Heimat«, meinte bald darauf: »Feststeht jetzt schon, daß die zukünftigen Länder der DDR auf ihre Medienkompetenzen und ihre Fernsehhoheit nicht verzichten werden – und wir vom Ministerium betrachten uns als Anwälte der Länder. Es wird also früher oder später zu einer Regionalisierung kommen müssen, zu einer Entflechtung der Fernsehzentrale Berlin.«

Anfang Juni 1990 wurde Hans Bentzien abgelöst. »In Adlershof war bisher niemand aufgetaucht, der den Henker spielen wollte. Als Ende Mai Minister Müller in den Sender kam und mich abberief, richtete in der Sitzung der Leiter niemand an ihn das Wort. Die Abberufungsurkunde hatte den gleichen Wortlaut wie früher beim Ministerrat. Ich ging erleichtert, war doch die wichtigste Aufgabe erfüllt. Der Sender hatte seine demokratische Feuerprobe bestanden, und bei uns hatte sich kein Quisling gefunden.«⁶

6 Hans Bentzien: Meine Sekretäre und ich, Berlin 1995, S. 346.

Kommissarischer Generalintendant wurde Michael Albrecht. Der parteilose Diplom-Kameramann war in der Wendezeit Mitwirkender am neuen Mediengesetz und bereits seit Anfang April Intendant des 1. Programms des DFF.

Trotz der erkennbaren politischen Manöver gegen ein eigenständiges Fernsehen im Osten Deutschlands wurde in Adlershof, in der Nalepastraße und in den Außenstudios unverdrossen weitergearbeitet. Beispiele für die Sehbeteiligung im April 1990:

Montag, 2.4., 19.00 Uhr – *Visite* – 18,6 Prozent

Freitag, 6.4., 16.45 Uhr – *Elf99* – 7,1 Prozent (bei den 14- bis 17-jährigen = 31 Prozent)

Montag, 9.4., 19.00 Uhr – *Du und Dein Garten* – 22,8 Prozent

Donnerstag, 5.4., 20.00 Uhr – *Donnerstag-Gespräch* – 24,7 Prozent

Donnerstag, 12.4., 20.00 Uhr – *Prisma* – 24,5 Prozent

Samstag, 21.4., 20.00 Uhr – *Ein Kessel Buntes* – 24,9 Prozent

Sonntag, 22.4., 20.00 Uhr – *Polizeiruf 110: Falscher Jasmin* – 43,8 Prozent

Montag, 23.4., 19.30 Uhr – *AK am Abend* – 45,6 Prozent.⁷

7 FF dabei, Nr. 23/90.

Dank des Entwurfs eines Rundfunküberleitungsgesetzes nahm die Diskussion über die Zukunft von Fernsehen und Radio an Schärfe zu. Auch die Gespräche mit westdeutschen Kolleginnen und Kollegen verliefen neuerdings meist in einem anderen Grundton. Die ostdeutschen Journalistinnen und Journalisten hatten sich zu erklären, zu rechtfertigen, Abbitte zu leisten. »Was hat die Säuberungsaktion wirklich gebracht?«, fragte die »Funkuhr«. »Antje Garden, SED-Mitglied ... Lieb und rothaarig lächelt sie vom Bildschirm, vor

8 Funkuhr, Nr. 35/1990.

der Wende, nach der Wende – die Zuschauer sind's zufrieden, keine bösen Worte. Bei der Aktuellen Kamera sollen weitere Köpfe rollen – aber wohin mit Wolfgang Lippe, Hans-Dieter Lange, Wolfgang Meyer, Michael Schmidt, Delegierter beim PDS-Parteitag?«⁸

Kritische Gegenfragen unsererseits zum bundesdeutschen Fernsehen hingegen, zu Parteienproporz oder zu Klischees in Sendungen zur DDR, wurden als Anmaßung abgewiesen. Derartige Meinungen würden uns schlicht und einfach nicht zustehen. Ost-Journalistinnen und -Journalisten, denen Art und Weise und die ganze Richtung dieser Umgestaltung nicht paßte, wurden als die ewig gestrigen, strammen SED-Propagandisten abgestempelt.

9 Junge Welt, 6./7. April 1991.

Diese Einstellung sollte nach den ersten gesamtdeutschen Bundestagswahlen vom Oktober 1990 die vorherrschende sein. Der 72-jährige CSU-Mann Rudolf Mühlfnzls, ehemals maßgeblicher Journalist beim Bayerischen Rundfunk, läutete die letzte Runde des DFF ein. Die neue Bundesregierung setzte ihn getreu dem Einigungsvertrag als Rundfunkbeauftragten der neuen Bundesländer ein. Ein Abwickler, der den reibungslosen ostdeutschen Übergang zum westdeutschen Rundfunksystem zu garantieren hatte: »Wir haben im Grunde unendlich zuviel Mitarbeiter, müssen also schon deshalb 6 000 Leute abschmelzen. Ab 30. September werden wir einen Stand von etwa 3 500 Mitarbeitern haben. Und ich meine, das ist eine Zahl, mit der wir in vernünftigen Gesprächen mit den Landesrundfunkanstalten die Übernahme personeller Einheiten verhandeln können.«⁹ Der countdown lief, die Stimmung in Adlershof, der Nalepastraße und in den Außenstudios war entsprechend. Personalfragebögen, in denen nach politischem Vorleben und Stasikontakten gefragt wurde, trugen das ihre zur Klimaverschlechterung bei. Im Schlepptau Mühlfnzls tauchten eifrige, von keinerlei Ostkenntnis getriebene westdeutsche Medienbeamte auf, die sich Redaktionen und Personen ansahen. »Sieger der Geschichte« – so hieß etliche Jahre zuvor eine offiziell hochgelobte, aber in der Bevölkerung weitaus weniger beliebte politische Dokumentarreihe. Jetzt waren Leute im Anmarsch, die nicht nur wie Sieger der Geschichte redeten, sondern sich auch so benahmen. In Adlershof wucherte Mißtrauen und Unsicherheit unter den Beschäftigten. Wer darf bleiben, wer wird entlassen? Und warum?

Bald gab es nur noch ein ostdeutsches Fernsehprogramm, dessen verordneter Name allein schon jegliche Sensibilität für das Medium vermissen ließ – »Länderkette«. An ostdeutschen Strukturen und Erfahrungen bestand kein Interesse. In der Berliner »BZ« fragte ein aufgebracht Günstler von Lojewski, Intendant des Senders Freies Berlin: »Oder fand die Revolution im Osten statt, um demokratisch legitimierte Einrichtungen im Westen abzuschaffen?«

Unter der Bezeichnung »Abwicklung der Einrichtung« und versehen mit dem Attribut »demokratisch legitimiert« hatte eine großangelegte Bereinigung des ostdeutschen Medienmarktes begonnen. Wieder mal wurde die Keule einer dominierenden Ideologie geschwungen und damit jetzt die Schar journalistischer Konkurrenten im Osten konsequent ausgedünnt. Journalistinnen und Journalisten mit Parteibuch oder gar Verbindungen zum Geheimdienst sollten eben ausschließlich eine berufliche Spezies in der DDR gewesen sein.

Ein ostdeutsches Fernsehen mit Zukunft war politisch nicht gewollt. Wer hätte schon gern einen potenten Ost-Konkurrenten auf dem hart umkämpften gesamtdeutschen Fernsehmarkt? Ein Konkurrent, der obendrein in etlichen Sendungen stur auf einer anderen Sicht auf die Dinge beharrte, mußte als Störfaktor angesehen werden. So war im Januar 1991 der DFF der einzige deutschsprachige Sender, der von Beginn an eine alternative Berichterstattung über den Golfkrieg anbot. Da wurde nicht nur der Irak kritisiert, sondern auch eine kritische Analyse der USA- und der NATO-Militärpolitik geliefert. Bekannte und weniger bekannte Kritiker des Krieges kamen zu Wort. Und so einem Sender sollten womöglich Millionen Zuschauer und ergo beträchtliche Werbeeinnahmen und Gebühren überlassen bleiben? »Den westdeutschen Gebührensatz von 16,60 DM pro Monat vorausgesetzt, sind das 1,2 Milliarden DM aus der DDR, die dann den Rundfunk- und Fernsehrichtungen der bisherigen BRD zugute kämen.«¹⁰ Die Umsetzung des Rundfunküberleitungsgesetzes durch Spätrentner Mühlfnzl bedeutete die Entsorgung der östlichen Rundfunklandschaft. Trotz Maulkorberlaß an alle Mitarbeiter wurde damals eine interne Dienstanweisung bekannt: »... beliebte, publikumswirksame Sendungen (sind) personell so auszudünnen, daß die Qualität der Sendungen sinkt und sie so für den Hörer (Seher) verzichtbar werden.«¹¹

10 Neues Deutschland, 9./10. Juni 1990.

11 Ebenda, 18. Oktober 1991.

Für die Autoren des Jahresrückblicks 1991 war es deshalb ein besonderes Vergnügen, im Archiv Aufnahmen vom BRD-Besuch Honeckers 1987 zu finden, auf denen genau dieser Mühlfnzl zu sehen ist. Devot reichte er dem SED-Generalsekretär bei einem Empfang die Hand. Die Bilder wurden eingeschnitten und gesendet, es war der letzte Jahresrückblick eines DFF.

Die Tage des Deutschen Fernsehfunks waren gezählt. Auf dem Adlershofer Fernsehgelände, in den Korridoren und Verwaltungsbüros bildeten sich Warteschlangen. Die noch verbliebenen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen hatten sich, den Laufzettel und die Entlassung in der Hand, überall ordnungsgemäß abzumelden. Endzeitstimmung als beliebtes Motiv für diverse westliche Kamerateams. Trotzdem wurde professionell bis zur letzten Minute des Jahres 1991 weitergesendet. Ab 1. Januar 1992 übernahmen dann auf dem Gebiet der ostdeutschen Bundesländer der Norddeutsche Rundfunk, der Ostdeutsche Rundfunk Brandenburg und der Mitteldeutsche Rundfunk das Regime. Längst waren die meisten der großen und kleinen Chefsessel an Leute aus dem Westen vergeben.

Am 21. Dezember 1952 begann der DFF aus Berlin-Adlershof zu senden – vier Tage vor der ARD! Und auch die Aktuelle Kamera war bereits vor der Tagesschau existent. Fernsehen in der DDR, Fernsehen im Osten Deutschlands – eine gründliche Aufarbeitung der widerspruchsvollen Geschichte dieses anderen deutschen Fernsehens steht bis heute aus.

VIOLA SCHUBERT-LEHNHARDT

Sozialökologische Gesundheitspolitik und Lebens- kultur. Grundlagen für eine Gesundheitsförderungspolitik in Deutschland

Das Gesundheitswesen der Bundesrepublik Deutschland unterliegt gegenwärtig vielfältigen Wandlungs- und notwendigen Neuorientierungsprozessen. Angefangen bei der generellen Aufgabenstellung von Gesundheitspolitik, Fragen ihrer finanziellen Absicherung bis hin zu Folgen für Strukturbereiche, die eng mit dem Gesundheitswesen verbunden sind, geht es um Weichenstellungen für das gesamte System der sozialen Sicherung, die zukunftsträchtig sein müssen. Zu überdenken und zu präzisieren sind in diesem Zusammenhang sowohl die Ziele von *Gesundheitspolitik*, deren notwendigerweise gruppen- beziehungsweise interessenspezifische Ausrichtung, als auch die sich daraus gleichermaßen (neu) ergebenden Leitbilder für in Heilberufen Tätige *und* für Bürger* beziehungsweise Patienten. Anliegen des vorliegenden Artikels sind Diskussionsanregungen zum notwendigen generellen Paradigmenwechsel in der Gesundheitspolitik der BRD und zur Verwirklichung der dabei unverzichtbaren demokratischen Teilhabe der Bevölkerung an der Bestimmung gesundheitspolitischer Zielstellungen und den Formen ihrer Umsetzung.

Schließlich geht es auch um eine verbesserte adressatenbezogene Ausrichtung künftiger gesundheitspolitischer Ansätze am Beispiel der Geschlechterspezifik. Als besondere Chance für die Initiierung von Transformationsprozessen werden dabei Erfahrungen einer gesamtgesellschaftlich orientierten Gesundheitspolitik der DDR beziehungsweise die aufgrund ihrer vielfältigeren Sozialisierungserfahrungen vorhandene »doppelte« Kompetenz von Bürgern der neuen Bundesländer angesehen.

Ein besonders Merkmal heutiger Gesundheitspolitik besteht darin, daß nahezu jede Rede, jeder Artikel und jede Entschließung spätestens beim dritten Absatz bei der Kostenproblematik angelangt ist. Dort werden dann wesentlich die Ursachen für bestehende Krisenerscheinungen verortet und man wendet sich im folgenden nun hauptsächlich monetären Überlegungen zu. Je nach Gusto und Herkunft (Arbeitsstelle) des Autors stehen dann eher Möglichkeiten der Ausgaben senkung oder der Erhöhung von Einnahmen im Mittelpunkt der Überlegungen – die Literatur und Vorschläge dazu sind vielfältig und lassen beim Lesen der zahlreichen finanzökonomischen Fachtermini (fast) vergessen, daß es um Gesundheit und Wohlbefinden von Menschen geht. Gesprochen wird vom »Markt der Dienstleistungsanbieter«, vom »Patienten als Kunden«, von der »Effizienz des Systems« ...

Viola Schubert-Lehnhardt – Jg. 1955; studierte in Leningrad Philosophie, war von 1987 bis 1992 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Ethik und Geschichte der Medizin der Martin-Luther-Universität Halle, 1992 »abgewickelt«, seit 1997 Projektleiterin im Bildungsverein Elbe-Saale e.V.

Ich bedanke mich bei Prof. Ernst Luther, Dr. Christel Gibas und Dipl. med. Birgit Möbest für zahlreiche Hinweise bei der Erarbeitung des Manuskriptes.

* Die Redaktion von UTOPIE kreativ hält auch gegen den ausdrücklichen Wunsch der Autorin am Schreibkonservatismus fest. Auch wenn bei Begriffen, die große Personengruppen unterschiedlichen Geschlechts umfassen, die zweifelhaftes Schreibneuerung des »auf-

Gerade weil der Kostenaspekt alles überlagert, soll er hier weitestgehend ausgespart werden. Denn zum einen ist die sogenannte Kostenexplosion im Gesundheitswesen geschickt herbeigeredet worden (Braun/Kühn/Reiners 1999), zum anderen ist Gesundheit keine Ware. Sie kann, wie Ulrich Deppe in seiner Argumentation zeigt, prinzipiell keinen Warencharakter annehmen (und entsprechend ist die Natur des Arzt-Patient-Verhältnisses im Kern ebenfalls kein marktwirtschaftliches). Denn bei Gesundheit handelt es sich um ein lebensnotwendiges, nicht käufliches Gut. Es ist ein kollektives Gut, ähnlich wie Bildung. Zudem kann auf Krankheit nicht wie auf andere Konsumgüter »verzichtet« werden, weil der Patient in der Regel nicht weiß, wann und warum er krank wird, an welcher Krankheit er wann leiden wird. Und er hat in der Regel ebenfalls nicht die Möglichkeit, Art, Zeitpunkt und Umfang der in Anspruch zu nehmenden Leistungen selbst zu bestimmen. Krankheit ist ein vom Individuum kaum steuerbares Ereignis, sondern ein allgemeines Lebensrisiko. Die »Konsumentensouveränität« ist daher im Gesundheitswesen deutlich eingeschränkt. Folglich ist das Arzt-Patienten-Verhältnis keine »gewöhnliche« Produzenten-Konsumenten-Beziehung. Es gibt kein Gleichgewicht von Anbietern und Nachfragern, sondern der nachfragende Patient wird mit dem »Monopol« ärztlichen Wissens konfrontiert. Es besteht also »Anbieterdominanz«. Dies drückt sich auch darin aus, daß die Nachfrage des Patienten als Konsument zunächst unspezifisch ist und erst durch die Kompetenz eines medizinischen Experten spezifiziert und definiert wird. Dieser wiederum hat aufgrund der begrenzten Wissenschaftlichkeit der praktischen Medizin einen großen Ermessensspielraum in seinem diagnostischen und therapeutischen Vorgehen. Die Nachfrage nach medizinischen Leistungen ist darüber hinaus nicht preiselastisch, das heißt, daß sie mit sinkenden Preisen nicht steigt beziehungsweise mit steigenden Preisen nicht notwendig sinkt.

Der Patient ist in der Regel nicht in der Lage, die ärztliche Tätigkeit fachkundig beurteilen oder kontrollieren zu können. Er ist in seiner Urteilsfähigkeit stark eingeschränkt, da ein erhebliches Informations- und Kompetenzgefälle zwischen ihm und dem Arzt besteht. Entscheidungen von Patienten sind deshalb von Defiziten und Unsicherheiten geprägt. Darüber hinaus befindet sich der Patient insbesondere bei ernsthafteren Erkrankungen in einem emotionalen Zustand, der rationale Entscheidungen reduziert. Auch ist umgekehrt der rationale Zugang zum Patienten nicht immer gewährleistet. Patienten befinden sich daher durch ihr Kranksein in einer Position der Schwäche und Abhängigkeit (Deppe 1996: 148/149).

Wenn der Begriff Krise hier überhaupt gebraucht werden soll, dann in einem anderem Zusammenhang. Der gegenwärtige Zustand ist aus meiner Sicht nicht vorrangig als *Krise* bei der Finanzierung von kurativen Leistungen zu sehen, sondern besteht vor allem *im* vorherrschendeN *Verständnis der Aufgaben* des *Gesundheitswesens*. Das heißt darin, daß dieses in Deutschland überwiegend auf kurative Leistungen orientiert ist und soziale Zusammenhänge von Gesundheit und Krankheit weitgehend ausgeblendet sind. Weiterhin scheint oftmals eher die Verwaltung von Krankheiten oder die Organisation des Wettbewerbes im Mittelpunkt (gesundheits?)politischer Akti-

stürzenden »I« nicht angewandt wird, sind natürlich immer dort, wo Personen unterschiedlichen Geschlechts betroffen sind, auch beide Personengruppen gemeint. Die Höflichkeit gebietet es zudem, daß – in Gedanken – die weiblichen Gruppenmitglieder immer zuerst gemeint sind. Das besagte »aufstürzende »I« jedoch erscheint nur dort, wo es sich offensichtlich um eigennamensgleiche Konzepte oder Programme handelt, wie zum Beispiel bei »BürgerInnenbeteiligung«.

»Der Patient steht im Mittelpunkt – und dort steht er meistens im Weg« lautet eines der beliebtesten Bonmots zum deutschen Gesundheitswesen.

Vom ursprünglichen Wortsinn her bedeutet »Kunde« eigentlich »der Kundige«, »der Eingeweihte« – genau davon kann aber seitens des Versicherten bzw. Patienten in der Regel nicht gesprochen werden.

Im internationalen Vergleich, vor allem über den europäischen Horizont hinaus, ist das deutsche Gesundheitssystem kaum als krisenhaft zu bezeichnen. Es weist im Gegenteil (noch) eine Reihe von Vorzügen gegenüber den Organisations- und Angebotsstrukturen anderer Länder auf, auf deren Erhalt dringlich im Sinne des Erhalts von »sozialstaatlicher« Politik geachtet werden sollte.

Das hier verwandte Konzept von »Gesundheitsförderung« lehnt sich an eine bestimmte Traditionslinie an, die insbesondere in zahlreichen Arbeiten von Alfons Labisch dargestellt wurde, auf die hier aber nicht näher eingegangen werden kann.

vitäten zu stehen und das eigentliche Ziel einer Gesundheitsförderungs politik – die Schaffung gesundheitsförderlicher Lebensbedingungen für alle – eher in den Hintergrund gedrängt worden zu sein. Der im Zuge der deutschen Vereinigung noch erstarkte Konservatismus und Neoliberalismus haben dazu wesentlich mit beigetragen.

Damit einher geht die systematische Unterschätzung von sozialer Prävention und Rehabilitation. Hier ist ein *Paradigmenwechsel* hin zu Gesundheitsförderung, Prävention und Rehabilitation angesagt. Aus einem »ungeliebten Stiefkind« darf dabei *nicht lediglich* ein »Wunschkind« eines speziellen staatlichen Ressorts gemacht werden, sondern hierin besteht einer der zentralen Punkte emanzipatorischer Innovationsprozesse *auf allen gesellschaftlichen Ebenen*. Nur ein solcher breiter Ansatz entspricht dem in der Ottawa-Charta der WHO enthaltenen Verständnis von *Gesundheitsförderung*: Dieses Dokument ordnet Gesundheitsförderung nicht lediglich eingeschränkt dem Gesundheitswesen zu, sondern versteht darunter die Beseitigung sozialer Ungleichheit und den Kampf gegen Armut, Arbeitslosigkeit und Obdachlosigkeit. Die damit einhergehende Notwendigkeit, ressortübergreifende soziale, ökonomische und politische Konzepte zu entwickeln und durchzusetzen, ist eng mit der aktiven Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger verbunden.

›BürgerInnenbeteiligung‹ fördern

Insbesondere dann, wenn die Bürger und Patienten nicht lediglich als Kunden auf einem Gesundheits- beziehungsweise Dienstleistungsmarkt betrachtet werden, verbindet sich mit der Forderung nach breiter Beteiligung ein großer Anspruch. Demokratische Teilhabe der Bevölkerung an politischen Gestaltungsprozessen reduziert sich dann nicht auf Forderungen nach Umgestaltung der Einnahmeprinzipien für das Gesundheitswesen beziehungsweise die Krankenkassen (zum Beispiel durch Aufnahme der Beamten in die gesetzliche Krankenversicherung, den Wegfall der beitragsfreien Mitversicherung von Ehepartnern etc.), nach veränderten Finanzierungsbedingungen für prophylaktische Leistungen durch die Kassen oder nach der Umverteilung von Titeln im Staatshaushalt zugunsten des Gesundheitswesens. Vielmehr bedeutet demokratische Teilhabe der Bürger vor allen Dingen auch Initiierung von lokalen Gesundheitsinitiativen, Schaffung von sozialen Netzwerken, Entwicklung kommunaler Strukturen usw. zur Planung und Herstellung von gesundheitsförderlichen Verhältnissen in allen Lebensbereichen.

›BürgerInnenbeteiligung‹ erweist sich so als ein Konzept, das in diesem Umfeld relativ neu ist und zu dem eine große Bandbreite von Interpretationen existiert. Mitarbeiter des Gesundheitsamtes Herne faßten ihre Erfahrungen wie folgt zusammen: »Der eine Pol ist stark von medizinischem gesundheitlichen Expertenwissen geprägt und verbindet mit Bürgerbeteiligung eher eine Teilnahme von Ziel- und Risikogruppen an gesundheitsfördernden Programmen, die zumeist nur Ausgestaltungsmöglichkeiten in Teilbereichen zulassen, um die Akzeptanz dieser Programme und Verhaltensinterventionen zu erhöhen. Hier liegt die Gefahr nahe, daß die Bürgerbeteiligung ›nur der Form nach‹ stattfindet ... Der andere Pol setzt ... auf Selbstbestimmung und Eigenaktivität der Bürger, favorisiert Gesundheits-

initiativen und Selbsthilfeaktivitäten ... Hier liegt die Gefahr darin, daß auf Fremdhilfe, Expertenwissen und fachliche Interventionen gänzlich verzichtet wird« (Brandenburg/Nowak/Winkler 1992: 272). Über einzuschlagende »Mittelwege« und die dabei vorhandene Wechselbeziehung zwischen individueller, kollektiver und gesellschaftlicher Verantwortung wurde auch auf dem Berliner Gesundheitstag diskutiert (www.gesundheitstag.de).

Die Beschreibung des zuerst genannten Pols scheint zunächst auch auf die Verhältnisse in der DDR und den rückblickend oft angeführten hohen Stellenwert prophylaktischen Handelns in der damaligen Gesundheitspolitik (an das wieder anzuknüpfen sei) zuzutreffen. Bei genauerer Analyse stellen sich die einstigen Verhältnisse, die heute nach wie vor Bewußtsein, Lebenshaltungen und Erwartungen der Menschen in den neuen Bundesländern mitbestimmen, jedoch komplizierter dar. Einerseits gab es den politischen Anspruch und darauf basierende politische Konzepte, die bewußt an das, Ende des 19. Jahrhunderts entwickelte, Verständnis von Medizin als sozialer Wissenschaft anknüpften. Bereits S. Neumann, R. Leubuscher und R. Virchow formulierten damals Kernprinzipien für Gesundheitspolitik. »Die Gesundheit eines Volkes ist von unmittelbarer gesellschaftlicher Bedeutung; daher hat die Gesellschaft die Pflicht, die Gesundheit ihrer Mitglieder zu schützen und zu sichern. (...) Soziale und wirtschaftliche Bedingungen haben in vielen Fällen einen entscheidenden Einfluß auf Gesundheit und Krankheit; diese Beziehungen müssen wissenschaftlich untersucht werden. (...) Die zur Gesundheitsförderung und Krankheitsbekämpfung unternommenen Schritte müssen sowohl sozialer wie medizinischer Natur sein« (Labisch 1986: 326f.).

Diese demokratischen Traditionen beeinflussten die politischen Grundsatzorientierungen in der DDR dahingehend, daß Gesundheitsförderung als allgemeine sozialpolitische Aufgabe festgeschrieben wurde. So hieß es zum Beispiel bereits 1947(!) in den gesundheitspolitischen Richtlinien der SED, daß »die Gesundheitspolitik nicht die Domäne der medizinischen und sozialpolitischen Fachleute oder der ärztlichen Wissenschaft sein darf, sondern auf alle staatlichen Funktionen ausstrahlen und zu einer Angelegenheit des ganzen Volkes werden muß« (Lehmann 1947: 1). Drei Orientierungen standen dabei (bis Mitte der siebziger Jahre auch mit sichtbarem Erfolg) im Vordergrund: die Schaffung menschenwürdiger lebensumweltlicher Bedingungen, speziell auf den Feldern Arbeit, kommunale Umwelt, soziale Grundrechte (Arbeit, Bildung, Wohnung, Erholung, soziale Gerechtigkeit), der Schutz solcher sozialen Gruppen, die aus eigenem Vermögen ihr Recht auf Gesundheitsschutz nicht oder nur begrenzt wahrnehmen können (sozial Benachteiligte, Behinderte, Mütter, Kinder, Kinderreiche, alte Menschen ...) und die Gestaltung eines Gesundheits- und Sozialwesens, in der Einheit von prophylaktischen, diagnostischen, therapeutischen, rehabilitativen und sozialmedizinischen Aufgaben (Niehoff 1990: 273).

Hieran schloß sich in den folgenden Jahren quer durch alle gesellschaftlichen Ebenen eine ganze Reihe von Gesetzen, Einrichtungen und Initiativen an, die diesem ganzheitlichen Gesundheitsverständnis Rechnung trugen. Erinnert sei zum Beispiel an die Mutter-Kind-

In diesem Beitrag geht es ausschließlich um den Bereich der Gesundheitsförderung. Zur ausführlichen Analyse aller Aspekte der Gesundheitspolitik der DDR muß auf die einschlägige Literatur verwiesen werden (Das Gesundheitswesen der DDR 1990; Deppe 1993; Schriftenreihe der IG »Medizin und Gesellschaft«).

Die von Labisch zitierten Positionen beeinflussten die Gesundheitspolitik der DDR deutlicher, als es in der Alt-BRD und im vereinten Deutschland jemals geschehen ist. Anstrengungen in diese Richtung gab es in der Alt-BRD ebenfalls, insbesondere ist hier der Berliner Gesundheitstag zu nennen. Dieser war 1980 bewußt als Gegenveranstaltung zum 83. Deutschen Ärztetag, der in Berlin über die »Weiterentwicklung der gesundheits- und sozialpolitischen Vorstellungen der Deutschen Ärzteschaft« beriet, konzipiert und durchgeführt worden. Er richtete sich sowohl gegen die Selbstverständlichkeit, mit der im Vorstand der Bundesärztekammer ehemalige SA- und SS-Funktionäre saßen, bzw. gegen die mangelnde Vergangenheitsbewältigung unter deutschen

Heilberuflern. Ein weiterer zentraler Punkt der Auseinandersetzung war die Grundorientierung im sogenannten blauen Papier des Ärztetages, nach der sich Gesundheit verstand als »die aus der personalen Einheit von subjektivem Wohlbefinden und objektiver Belastbarkeit erwachsende, körperliche und seelische, individuelle soziale Leistungsfähigkeit des Menschen«. Gefordert wurde die Einbeziehung der gesellschaftlichen Dimension von sozialem Wohlbefinden. Die damaligen Positionen und Debatten von über 10 000 Teilnehmern sind in sieben Protokollbänden ausführlich dokumentiert (Medizin und Nationalsozialismus, Tabuisierte Vergangenheit – Ungebrochene Tradition?; Befreiung zur Gesundheit. Der Kampf gegen Krankheit und Unterdrückung in der Dritten Welt; Unsere tägliche Gesundheit. Krankheit und Industriegesellschaft; Bankrott der Gesundheitsindustrie. Eine Kritik des bestehenden medizinischen Versorgungssystems; Frauenbewegung, Selbsthilfe, Patientenrechte: Selbstbestimmung in der Offensive; Versuche gegen die Hilflosigkeit. Ansätze einer neuen Praxis für die helfenden Berufe; Rebellion gegen das Valiumzeitalter. Überlegungen zur Gesundheitsbewegung). Die dadurch initiierte Gesundheitsbewegung festigte sich in den folgenden Jahren und bis 1987 fanden jährlich, jeweils in einer anderen Stadt, Gesundheitstage statt. Eine Vielzahl von Projekten und Initiativen entstand im Gesundheits- und Sozialwesen, wie die Gesundheits Akademie Bielefeld, die Bundesarbeitsgemeinschaft Patient-Innenstellen, Sekirs Berlin, die Fraktion Gesund-

Betreuung – hier insbesondere die durchgängige Impfprophylaxe und die Handhabung des jugendzahnärztlichen Dienstes –, an die Dispensairebetreuung bei bestimmten Krankheiten, an Reihenröntgenuntersuchungen zur Prophylaxe von TBC u.a.m. Auch wenn diese Angebote (wie die gesamte Gesundheitspolitik) stark paternalistisch geprägt waren und teilweise wenig Raum für bürgerschaftliches Engagement boten, haben sie eines erreicht: *der Gedanke der gesellschaftlichen Prävention ist bei der Bevölkerung in den neuen Bundesländern tief verwurzelt*. Im Zusammenhang mit den jetzt möglichen demokratischen Entwicklungen hin zu wirklicher Mitgestaltung ergeben sich daraus große Chancen zur Herausbildung neuer Ansätze für eine Gesundheitsförderungspolitik in Deutschland. Aus dieser Sicht ist es sicher keineswegs zufällig, daß im April dieses Jahres in Sachsen-Anhalt ein Modellprojekt zur integrierten Versorgung für Diabetiker gestartet wurde. Damit knüpft ein weiteres der neuen Bundesländer (ähnliche Modelle gibt es bereits seit 1998 in Thüringen) bewußt an bewährte Traditionen an. Im Gegensatz zur sonst meist üblichen Verfahrensweise der alleinigen Betreuung durch den Hausarzt überweisen hier die Hausärzte im Bedarfsfall Diabetes-Patienten an spezielle Schwerpunktpraxen niedergelassener Ärzte. Diese kooperieren wiederum mit Krankenhäusern, die über speziell geschultes Personal verfügen.

In bezug auf die erwähnten Möglichkeiten in der DDR muß jedoch auch darauf verwiesen werden, daß sehr oft ideologische Borniertheit und unzureichende ökonomische Weichenstellungen die Umsetzung behindert oder gar verhindert haben. Deutliche Brüche bei der Realisierung dieser (der Ottawa-Charta bereits sehr nahestehenden) Orientierung auf *Verhältnisprävention* setzten Mitte der siebziger Jahre ein. Sie verschärfen sich in den achtziger Jahren im Zusammenhang mit der Zunahme politischer Konflikte und allgemeiner Stagnationsprozesse in der DDR. Zunehmend dominierten nun Ratschläge zur Verhaltensprävention; Argumente der sozialen Steuerung und Kontrolle gewannen das Übergewicht. Darauf kann hier jedoch nicht näher eingegangen werden – ausführlich hat sich damit unter anderen Niehoff (1990) beschäftigt.

Auf der letzten Nationalen Gesundheitskonferenz der DDR, die im September 1989 stattgefunden hat, wurde nochmals versucht, gesellschaftspolitische Veränderungen als Ausgangspunkt für Gesundheitsförderung zu formulieren. Aber zum einen blieben die damaligen Forderungen (zum Beispiel nach Schließung besonders gesundheitsgefährdender Produktionsabteilungen) bereits weit hinter den Erwartungen der Bürger nach sozialer Erneuerung zurück, zum anderen gingen sie schlicht und einfach im Rahmen rasanter genereller politischer Veränderungen unter. Leider erlitt durch die, unter konservativen Vorzeichen stattfindende, deutsche Vereinigung auch die alternative Gesundheitsbewegung in den alten Bundesländern einen Rückschlag. Jetzt ist sie jedoch dabei, erneut an Kraft zu gewinnen, wie unter anderem die Organisation des Berliner Gesundheitstages 2000 zeigt. Insbesondere die Entsendung jeweils einer/eines Delegierten von über 1000 Vereinen und Selbsthilfegruppen zu einem Parlament der Nicht-Regierungsorganisationen zwecks Beratung und Verabschiedung der »Berliner Charta für ein soziales Gesund-

heitssystem« unterstrich dies deutlich. Das gesamte Programm dieses Gesundheitstages legte einen seiner Schwerpunkte auf die Beteiligung von Bürgern und verknüpfte dabei mehrere Zielstellungen:

Erstens das Ziel, daß Gesundheitsförderung zu einem vorrangigen Anliegen in allen gesundheitsrelevanten Bereichen des Alltagslebens der Menschen werden soll. Damit wird die Entwicklung einer gesundheitsfördernden Lebenskultur, die in sozialer und ökologischer Hinsicht die nachhaltigen Lebensinteressen der Menschen stützt und das Bemühen um eine gesündere Lebensweise auch im öffentlichen Handeln zur leichteren Entscheidung macht, angestrebt.

Zweitens die in der Ottawa-Charta bereits verankerte Position »Gesundheitsförderung zielt auf einen Prozeß, allen Menschen ein höheres Maß an Selbstbestimmung über ihre Gesundheit zu ermöglichen und sie damit zur Stärkung ihrer Gesundheit zu befähigen« (Ottawa-Charta zur Gesundheitsförderung der WHO). Ausgangspunkt ist dabei das Konzept der *Salutogenese*, das heißt die Suche nach fördernden Rahmenbedingungen für ein gelingendes Leben in Selbstbestimmung. Die Stärkung gesundheitsfördernder Lebensbedingungen richtet sich entsprechend auf familiäre, wohnliche, nachbarschaftliche, betriebliche und lokale Lebenszusammenhänge und ist vor allem dort um einen Ausgleich ungleicher Lebenschancen bemüht, wo eklatante Defizite die selbstbestimmte Sorge für ein gelingendes Leben beeinträchtigen.

Drittens das Ziel, in entwickelten Industriegesellschaften, in denen nicht mehr Hunger und quantitative materielle Existenznöte großer Bevölkerungsgruppen im Mittelpunkt öffentlicher Sorge stehen, das Interesse an einer nachhaltigen, salutogenetischen und sinnstiftenden Lebensweise zu fördern. Die aktive Bemühung um gesundheitsfördernde Lebensbedingungen kann alle Menschen einbeziehen und ist kein Privileg von Experten oder einzelnen Berufen (GesundheitsAkademie 2000).

»Die skizzierten Bausteine der Salutivie sind nicht neu. Sie greifen Initiativen und Projekte auf, die sich in den letzten 20 Jahren in der Entwicklung der Gesundheitsförderung in Europa im Rahmen der Leitprogramme der WHO bewährt haben. Neu wäre für Deutschland, daß sie zu einem öffentlichen Gemeinschaftsprogramm in der skizzierten Form verbunden und von den politisch Verantwortlichen in Bund, Ländern und Gemeinden aktiv unterstützt werden« (GesundheitsAkademie 2000). Ihre Umsetzung erfordert unter anderem auch den ständigen Kampf um die Realisierung der gesetzlich bereits garantieren Rechte und Möglichkeiten zur politischen Mitgestaltung, deren gezielte Erweiterung und systematische Einbeziehung weiterer Bevölkerungsgruppen.

Ebenfalls dazu gehören Zieldefinitionen, die die realen Lebenslagen der betroffenen Gruppen berücksichtigen. Bemühungen um Gesundheit folgen stets einem sozialen Leitbild, das nicht nur wandelbar in der Zeit ist, sondern zu einzelnen Zeitpunkten in der Geschichte von spezifischen Gruppen in unterschiedlicher Weise interpretiert wird (GesundheitsAkademie 2000). Politik insgesamt (nicht nur die Gesundheitspolitik) muß daran gemessen werden, wie sie *spezifische Gruppeninteressen im sozialen Konsens repräsentiert und in ihrer Realisierung unterstützt*.

heit Berlin oder die Universität Witten/Herdecke. Das Gesundheits-Parlament der BürgerInnen-Gesellschaft lud Vertreter der deutschen Nicht-Regierungs-Organisationen zu einer programmatischen Versammlung ein. Diese diskutierte in erster Lesung die »Berliner Charta für ein soziales Gesundheitswesen«, die auf der Ottawa-Charta der WHO zur Gesundheitsförderung basiert und als ein deutsches Entwicklungsprogramm konzipiert ist, damit der begonnene Prozeß einer Reformbewegung von unten verstärkt wirksam werden kann.

Salutogenese bezeichnet die Suche nach fördernden Rahmenbedingungen für ein gelingendes Leben in Selbstbestimmung. Der Begriff »Salutive« (Salutogenese – Initiative) wurde von der GesundheitsAkademie Bielefeld geprägt und steht seit 1998 für ein Programm für eine systematische Politik der Gesundheitsförderung in Deutschland, mit dessen Umsetzung im Jahr 2000 begonnen werden soll. Es orientiert sich an den WHO-Programmen zur Gesundheitsförderung, wie sie zuletzt in der »Jakarta-Deklaration zur Gesundheitsförderung im 21. Jahrhundert« veröffentlicht wurden.

Geschlechterspezifik mit denken

Ein Aspekt dieser differenzierten Interessen erscheint hier besonders wichtig, da in Deutschland hinsichtlich der geschlechterspezifischen Ausrichtung von Politik und Gesellschaft ein relativ großer Nachholbedarf existiert. Frauen sind anders krank so lautet ein Buchtitel von Ulrike Maschewsky-Schneider (1997; vgl. auch Arbeitskreis Frauen 1998) – der Nestorin der Frauengesundheitsforschung in Deutschland –, den die Autorin dahingehend ergänzt wissen möchte: Frauen sind auch anders gesund beziehungsweise haben andere Vorstellungen darüber, welche Bedingungen, Möglichkeiten und Ansätze sie für die Förderung ihrer Gesundheit (und die ihrer Familie) haben möchten (Schubert-Lehnhardt 1999).

Frauen in Sachsen-Anhalt haben dies im vorigen Jahr auf einer speziellen Konferenz zum Thema »Frauen Gesundheit Politik« nicht nur thematisiert, sondern auch sehr energisch die Aufnahme *ihrer* spezifischen Leitbilder und Lebensentwürfe in künftige Politikansätze eingefordert (Ministerium für Arbeit 1999). Demokratie und Teilhabe schließen meines Erachtens, dies sei ausdrücklich betont, das Recht der Frau auf eine selbstbestimmte Lebensplanung, insbesondere in bezug auf den Zeitpunkt und die Anzahl der gewünschten Kinder (und die vorrangige Entscheidungsmöglichkeit der Frau über den Ort und die von ihr bevorzugte Methode der Entbindung), ein. Nicht nur in Hinblick auf die Geschlechterspezifik, auch bei den Mitwirkungsrechten in Betrieben, Wohngebieten, in den Schulen, in der Rechtsprechung u.a.m. gab es in der DDR größere Möglichkeiten, als es sie in der Bundesrepublik gab und derzeit gibt.

Ausgehend von den alten Bundesländern, hat hier bereits seit langem ein *weiterer Paradigmenwechsel* begonnen – auch hierzu sind vom Berliner Gesundheitstag 1980 wichtige Impulse ausgegangen. Die Philosophin Stopzyk beschreibt den Paradigmenwechsel mit den Worten: »Nein danke, ich denke selbst« – das heißt, Frauen beginnen immer mehr selbst ihre eigenen, von Männern unterschiedlichen Erwartungen, Neigungen und Lebensentwürfe zu thematisieren, zu konzipieren und umzusetzen – was unter anderem in den zahlreichen Gründungen von Frauengesundheitszentren (BmffSFJ, Materialien zur Frauenpolitik 1997), Netzwerken und Initiativen (Schubert-Lehnhardt 2000) in den neuen Bundesländern sofort nach der Wende seinen Ausdruck findet.

Da von Frauen (wie von Männern auch) Gesundheit als Metapher für Lebenskonzept und Sinnggebung verstanden wird, sind sie immer weniger bereit, sich mit der klassischen Rolle von Patientinnen zu begnügen und fordern zunehmend ihre wirkliche demokratische Teilhabe an den Gestaltungsprozessen künftiger gesellschaftlicher Entwicklungen, darunter der gesundheitspolitischen, ein. Die seit diesem Jahr durch die Ministerin für Arbeit, Frauen, Gesundheit und Soziales in Sachsen-Anhalt forcierte Umsetzung der EU-Richtlinie zum »gender-mainstream-Konzept« bietet eine reale Chance, sozialen Wandel voranzutreiben. Es ist dabei aus meiner Sicht kein Zufall, daß dieser innovative Schritt von einer Ministerin aus den neuen Bundesländern ausging – zehn Jahre Leben zwischen Lust und Frust im geeinten Deutschland haben vor allem die Frauen ihre Lebensbedürfnisse und -ansprüche deutlicher erkennen lassen.

Literatur

- Arbeitskreis Frauen und Gesundheit im Norddeutschen Forschungsverbund Public Health (Hrsg.): Frauen und Gesundheit(en) in Wissenschaft, Praxis und Politik, Bern, Göttingen, Toronto, Seattle, 1998.
- Brandenburg, A.; Nowak, M.; Winkler, K.: Gesundheit und Bürgerbeteiligung – Leitideen und Praxis in Herne, in: Gesundheitswesen, 54(1992), S. 271-276.
- Braun, B.; Kühn, H.; Reiners, H.: Das Märchen von der Kostenexplosion – Populäre Irrtümer zur Gesundheitspolitik, Frankfurt/M. 1999.
- Bundesvereinigung für Gesundheit e.V. (Hrsg.): Gesundheit: Strukturen und Handlungsfelder, Neuwied 2000, II/4.
- Das Gesundheitswesen der DDR: Aufbruch oder Einbruch?, St. Augustin 1990.
- Deppe, H.-U.: Gesundheitssystem im Umbruch. Von der DDR zur BRD, Frankfurt/M., New York 1993.
- Deppe, H.-U.: Soziale Verantwortung und Transformation von Gesundheitssystemen, Frankfurt/M. 1996.
- Die Entwicklung der Frauengesundheitszentren in der Bundesrepublik Deutschland und ihre Bedeutung für die Gesundheitsversorgung von Frauen, in: BmffSFJ, Materialien zur Frauenpolitik, Nr. 64/August 1997.
- GesundheitsAkademie e.V. (Hrsg.): Salutiv. Beiträge zur Gesundheitsförderung und zum Gesundheitstag 2000, Frankfurt/M. 2000.

Wenn es darum geht, die Forderungen der Ottawa-Charta der WHO in bezug auf die Gesundheitsförderung von Frauen umzusetzen, dann stehen vor allem die Unterstützung bei der Entwicklung von Wahl und Handlungsalternativen, die Verstärkung der Bestrebungen nach Autonomie und Eigenständigkeit, die Entwicklung von individuellen und kollektiven Bewältigungsstrategien, die Sensibilisierung der Wahrnehmung von Botschaften des Körpers und die Schaffung von Lebensräumen, die der eigenen Entfaltung förderlich sind, im Vordergrund (Bundesvereinigung für Gesundheit 2000: 13).

Damit in enger Verbindung steht die Notwendigkeit einer qualifizierten Gesundheitsberichterstattung, die weit über eine Ansammlung von epidemiologischen Daten hinausgehen muß. Diese Berichte müssen auch etwas aussagen zu den Vorstellungen, Erwartungen und Strategien der Betroffenen. Gerade diesbezüglich gibt es bisher nur wenig gesicherte Erkenntnisse. Hier geht es vor allem um die sich wandelnden Einstellungen, Wertpräferenzen und Erwartungen hinsichtlich des persönlichen Gesundheitshandelns, um vorhandene oder angestrebte »Selbstkompetenzen« in zentralen Gesundheitsfragen des Alltags (Beteiligung in Selbsthilfegruppen, bewußte Lebensführung, Dialog und Konfliktfähigkeit gegenüber Gesundheitsexperten, Nutzung von »Home-Care-Technologien«, Mitwirkung in der kommunalen Gesundheitspolitik etc.) sowie um Unterschiede bei verschiedenen Bevölkerungsgruppen (nationale und regionale Besonderheiten, Geschlechter- und Altersunterschiede, Stadt-Land-Differenzen), insbesondere auch bei Personen mit eingeschränkten sozialen Beteiligungschancen.

Nur bei Realisierung dieser Forderungen kann es gelingen, die im Gesetz über den öffentlichen Gesundheitsdienst enthaltene Aufgabenstellung, »Planung und Durchführung von Maßnahmen der Gesundheitsförderung« zu verwirklichen – diese Aufgabe wird im Gesetzestext von Sachsen-Anhalt (Ministerium für Arbeit 1997) noch vor der Planung und Durchführung von Maßnahmen zur Krankenversorgung genannt! Außerdem ist eine weitere Demokratisierung der Gesellschaft notwendig. Ziel muß eine Gesellschaft sein, in der die Bürgerinnen und Bürger zu den grundlegenden Gesellschaftsproblemen *tatsächlich informiert werden*, wo sie in die *Gestaltung und Kontrolle* politischer Angelegenheiten einbezogen werden und wo sie in wichtigen gesellschaftlichen Fragen auch *mitentscheiden* können.

- Labisch, A.: Die gesundheitspolitischen Vorstellungen der deutschen Sozialdemokratie von ihrer Gründung bis zur Parteisplaltung (1883-1917), in: Archiv für Sozialgeschichte, Bd. XVI, hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung in Verbindung mit dem Institut für Sozialgeschichte Braunschweig, Bonn 1986.
- Lehmann, H.: Vorwort zu den gesundheitspolitischen Richtlinien der SED vom 31.3.1947, Berlin 1947.
- Maschewsky-Schneider, U.: Frauen sind anders krank. Zur gesundheitlichen Lage der Frauen in Deutschland, Weinheim & München 1997.
- Ministerium für Arbeit, Soziales und Gesundheit des Landes Sachsen-Anhalt: Gesetz über den Öffentlichen Gesundheitsdienst und die Berufsausübung im Gesundheitswesen im Land Sachsen-Anhalt, November 1997.
- Ministerium für Arbeit, Frauen, Gesundheit und Soziales Sachsen-Anhalt (Hrsg.): Frauen Gesundheit Politik. Dokumentation zur Fachtagung am 14. Juli 1999 in Naumburg, Magdeburg 1999.
- Niehoff, J.U.: Prävention und Aus- und Weiterbildung in den medizinischen Berufen – Skizze zu Entwicklungstendenzen in der DDR, in: Das Gesundheitswesen der DDR: Aufbruch oder Einbruch?, St. Augustin 1990.
- Schubert-Lehnhardt, V.: Frauen sind anders krank. Geschlechtsspezifische Sicht- und Verhaltensweisen bei gesundheitsbezogenen Aspekten der Lebensgestaltung, in: humanismus aktuell, Heft 5/1999.
- Schubert-Lehnhardt, V.: Runde Tische als Instrumente von Basisdemokratie – am Beispiel des Frauenpolitischen Runden Tisches in der Stadt Halle, in: Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Heft 1/2000.
- Schriftenreihe der IG »Medizin und Gesellschaft« im trafo Verlag Berlin.

JOACHIM TESCH

Wurde das DDR-Wohnungsbauprogramm 1971/1976 bis 1990 erfüllt?

Im zweiten Band der im Auftrage des Bundesinnenministeriums herausgegebenen Reihe »Am Ende des realen Sozialismus« legt *Hannsjörg F. Buck*¹ ausführlich seine Sicht auf den Wohnungs- und Städtebau in der DDR dar.² Gegen die darin enthaltene Entstellung der Ergebnisse des Wohnungsbauprogramms der DDR verwahrt sich *Gerhard Schürer* – bekanntlich langjähriger Vorsitzender der Staatlichen Plankommission der DDR – im kürzlich erschienenen vierten Band dieser Reihe in seinem Zeitzeugenbeitrag³ mit Recht.

Die scheinbar seriöse Darstellung des vielseitigen, aber zumindest in Angelegenheiten des Wohnungsbaus der DDR nicht sehr sachkundigen Autors *Buck* ist inzwischen von anderen kolportiert worden: In »Geschichte des Wohnens«, Band 5 – einem ansonsten sehr verdienstvollen Werk – wird sie vom Kunsthistoriker *Thomas Topfstedt* im Kapitel »Wohnen und Städtebau in der DDR«⁴ ohne Nachprüfung übernommen. In der Dauerausstellung des Zeitgeschichtlichen Forums Leipzig⁵ – einer Dependence der Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland – klingt die sachlich falsche Lesart ebenfalls im Abschnitt an, der dem Wohnen in der DDR mit etwa zwölf Exponaten nebst Begleittext gewidmet ist.

Die Antwort auf die Frage, ob und wie das Wohnungsbauprogramm erfüllt wurde, ist angesichts des Umstandes, daß die Partei- und Staatsführung in der Ära Honecker den Wohnungsbau als »Kernstück« der Sozialpolitik betrieb und es das einzige volkswirtschaftliche Programm verkörpert, das die DDR einigermaßen bis zum Ende durchhielt, wichtig. Ihr ist gründlicher nachzugehen, zumal die Argumentation *Schürers* nicht in allen Punkten überzeugend ist.

Massenhaft unerfüllte Wohnungswünsche, der Verfall von Bausubstanz in den Städten und die Monotonie der Neubaugebiete scheinen am Ende der DDR zunächst ein klares Urteil zu fällen. Dennoch muß eine ernsthafte Bewertung bei näherer Betrachtung der Fakten und Zusammenhänge wesentlich differenzierter ausfallen. Dazu gilt es, die Erfüllung des Bauprogramms und den Stand der Wohnungsversorgung sowie die Auswirkung der hochgradig subventionierten Mieten und die Ursachen für den Niedergang vieler innerstädtischer Gebiete eingehender zu untersuchen.

Zur Zielstellung des Wohnungsbauprogramms

Ein erster Anlauf, jährlich 100 000 Wohnungen zu bauen, wurde in der DDR bereits in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre unternommen; die höchste Zahl wurde mit 92 000 Wohnungen im Jahre

Joachim Tesch – Jg. 1933, Prof. Dr. sc. oec., bis 1994 Inhaber des Lehrstuhls für Volkswirtschaftslehre an der ehemaligen TH Leipzig. Schwerpunktarbeitsgebiete: Bau- und Wohnungswirtschaft.

1 Dr. rer. pol., Jg. 1934, war von 1963 bis 1973 Wissenschaftlicher Referent im Wissenschaftlichen Beirat des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen/ innerdeutsche Beziehungen (Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands), von 1976 bis 1993 Mitglied der Forschungsstelle für gesamtdeutsche wirtschaftliche und soziale Fragen in Berlin, ab 1992 Wissenschaftlicher Referent im Bundesarchiv – nach: Eberhard Kuhr et al. (Hrsg.): Die Endzeit der DDR-Wirtschaft – Analysen zur Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik, Opladen 1999, S. 517.

1961 erreicht, ging dann aber aus verschiedenen Gründen wieder zurück und lag im Verlaufe der sechziger Jahre jährlich lediglich bei 60 000 bis 80 000 Wohnungen. Nach dem VIII. Parteitag der SED wurde der Wohnungsbau zu einem politischen und sozialen Schwerpunkt erklärt und ein entsprechendes Programm bis 1990 konzipiert, das schließlich zum »Kernstück der Sozialpolitik« mutierte.

Im ersten in diesem Zusammenhang relevanten Beschluß des Politbüros des ZK der SED vom 5. Oktober 1971 wurden der Bau von 500 000 Wohnungen im Zeitraum 1971 bis 1975 sowie die »Ausarbeitung der Grundfragen der Wohnungspolitik der DDR« festgelegt.⁶ Und in der ersten öffentlichen Äußerung *Erich Honeckers* – auf der 9. Tagung des ZK der SED im Mai 1973 – wurde für den Zeitraum bis 1990 ein Ziel von 2,8 bis 3 Millionen Wohnungen genannt⁷. Der eigentliche Beschluß über das »Wohnungsbauprogramm« wurde auf der 10. Tagung des ZK der SED im Oktober 1973 gefaßt; danach sollten im Zeitraum 1976 bis 1990 insgesamt 2,8 bis 3 Millionen Wohnungen gebaut beziehungsweise modernisiert werden.⁸ Einen entsprechenden staatlichen Beschluß des Ministerrates oder der Volkskammer zum Gesamtprogramm bis 1990 gab es nie; die Teilziele für die einzelnen Etappen wurden lediglich in den jeweiligen Fünfjahresplänen gesetzlich fixiert.

Erfüllung der Mengenziele des Bauprogramms

Buck und seine Epigonen behaupten oder suggerieren, daß das Bauprogramm nur etwa zu zwei Dritteln erfüllt worden sei. Der Zielstellung von 2,8 bis 3 Millionen Wohnungen werden als Ergebnis des Wohnungsbauprogramms in den fraglichen Darstellungen nur die Zahlen der in den Jahren 1976 bis 1989 neu-, um- und ausgebauten sowie rekonstruierten Wohnungen gegenübergestellt.⁹

Der Versuch, eindeutige Aussagen zur Erfüllung der Wohnungsbauziele zu machen, stößt allerdings auf mehrere Schwierigkeiten. Die erste besteht in der Bestimmung des Plan- und Abrechnungszeitraums – von 1971 oder von 1976 bis 1990?

In der erwähnten ersten offiziellen Äußerung *Erich Honeckers* – auf der 9. Tagung des ZK der SED im Mai 1973 – wurde für die Zahl von 2,8 bis 3 Millionen Wohnungen ein Zeitraum bis 1990 ohne Angabe eines Anfangsjahres genannt: »Ein bedeutendes Vorhaben der Verbesserung der Lebensbedingungen ist die weitere Forcierung des Wohnungsbaus. Welcher Rang dieser Aufgabe für die Entwicklung der sozialistischen Lebensweise beizumessen ist, geht wohl daraus hervor, daß wir ins Auge fassen, im nächsten Fünfjahrplan 700 000 bis 800 000, im Zeitraum bis 1990 2,8 bis 3 Millionen Wohnungen neu zu bauen beziehungsweise zu modernisieren. Damit werden wir in diesem Zeitabschnitt die Wohnungsfrage lösen.«¹⁰

Diese Formulierung ließ noch die Annahme eines Bezugszeitraumes 1971 bis 1990 zu. Erst mit der 10. Tagung des ZK der SED im Oktober 1973 wird unmißverständlich mit der Zielstellung von 2,8 bis 3 Millionen Wohnungen der Zeitraum 1976 bis 1980 verbunden.¹¹ Diese Version wurde aber nur kurze Zeit aufrecht erhalten, denn als sich zu Beginn der achtziger Jahre in der Partei- und Staatsführung größere Befürchtungen über die Realisierbarkeit dieser angespannten Zielstellung ausbreiteten, zählte sie für die Erfolgsmeldungen

2 Vgl. Hannsjörg F. Buck: Wohnungsversorgung, Stadtgestaltung und Stadtverfall, in: Eberhard Kuhrt et al. (Hrsg.): Die wirtschaftliche und ökologische Situation der DDR in den achtziger Jahren, Opladen 1996, S. 67-109.

3 Vgl. Gerhard Schürer: Planung und Lenkung der Volkswirtschaft in der DDR – Ein Zeitzeugenbericht aus dem Zentrum der DDR-Wirtschaftslenkung, in: Eberhard Kuhrt et al. (Hrsg.): Die Endzeit der DDR-Wirtschaft ..., a.a.O., S. 61-98 (hier S. 86ff.).

4 Vgl. Thomas Topfstedt: Wohnen und Städtebau in der DDR, in: Ingeborg Flagge (Hrsg.): Geschichte des Wohnens, Band 5: Von 1945 bis heute. Aufbau – Neubau – Umbau, Stuttgart 1999, S. 419-562 (hier S. 554-558).

5 Die Ausstellung wurde von Bundeskanzler Gerhard Schröder am 9. Oktober 1999 eröffnet. Nach den Worten des Ausstellungsleiters, Rainer Eckert, ist sie der Darstellung von Repression und Widerstand in der DDR gewidmet, wird aber von den Besuchern als Versuch einer Gesamtdarstellung der DDR reflektiert.

6 Vgl. Erste Maßnahmen zur Sicherung des Wohnungsbauprogramms im Fünfjahrplan 1971-1975 und Schlußfolgerungen für die Wohnungspolitik. Beschluß des Politbüros des ZK der SED, 3/213 16/71 vom 5. Oktober 1971.

7 Vgl. Erich Honecker: Bericht an die 9. Tagung des ZK der SED, dokumentiert in: Neues Deutschland, vom 29. Mai 1973.

8 Vgl. Wolfgang Junker: Das Wohnungsbauprogramm der Deutschen Demokratischen Republik für die Jahre 1976 bis 1990, Referat auf der 10. Tagung des Zentralkomitees der SED am 2. Oktober 1973, Berlin 1973, S. 16.

9 Vgl. Hannsjörg F. Buck: Wohnungsversorgung ..., a. a. O., S. 72.

10 Erich Honecker: Bericht an die 9. Tagung des ZK der SED, a. a. O.

11 Vgl. Wolfgang Junker: Das Wohnungsbauprogramm ..., a. a. O., S. 16.

12 Die detaillierten, korrekten Zahlen waren auch bereits in einer im Jahre 1988 verteidigten vertraulichen Dissertationsschrift angegeben worden. Vgl. Karl-Heinz Manzel, Bernd Petruschke: Analytische und methodische Aspekte der Statistik des Wohnungsbestandes und seines Haupteinflußfaktors Wohnungsbau sowie Vorschläge zu ihrer Vervollkommnung. Dissertation A. (Wissenschaftlicher Rat der TH Leipzig) Leipzig 1988, Anhang S. 9.

13 Vgl. z. B. Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau (Hrsg.): Haus und Wohnung im Spiegel der Statistik 1997/98, Bonn 1997, S. 52.

14 So Hannsjörg F. Buck: Wohnungsversorgung ..., a. a. O., S. 72; Thomas Topfstedt: Wohnen und Städtebau ..., a. a. O., S. 555; Tafel »Schein und Sein« im Zeitgeschichtlichen Forum Leipzig.

seitdem erneut ab 1971 und die Öffentlichkeit sollte den im Beschluß von 1973 genannten Zeitraum vergessen. Diese Manipulation der öffentlichen Meinung ist das eine, was tatsächlich gebaut wurde das andere – für das Leben der Menschen entscheidendere.

Bei der Zählung des tatsächlich Gebauten ergeben sich die nächsten Probleme. Weitgehende Einigkeit besteht unter den Autoren allerdings hinsichtlich der »gebauten«, d. h. der neu-, um- und ausgebauten sowie rekonstruierten Wohnungen (siehe Tabelle 1).

Tabelle 1: Gebaute Wohnungen (ohne Modernisierungen)

Jahr	Insgesamt	Neubau	Um- und Rekonstruktion	Ausbau
1971	76020	64911	11109	
1972	85901	69552	16349	
1973	96218	80725	15493	
1974	102468	87530	14938	
1975	107347	95133	12214	
1976	111158	99558	11600	
1977	113846	103278	10568	
1978	114173	104641	9532	
1979	110446	101188	9258	
1980	111933	102209	9724	
1981	120545	110916	9629	
1982	117375	110823	6552	
1983	118592	107258	4396	6938
1984	117470	103655	3555	10260
1985	115722	99129	3432	13161
1986	116545	100067	3367	13111
1987	109754	91896	3302	14556
1988	104666	93472	2747	8447
1989	92347	83361	2374	6612
Summe	2042526	1809302	160139	73085

Quelle: Statistisches Jahrbuch der DDR '90, Berlin 1990, S. 198 (Summen vom Verf.).

Diese Zahlen sind an sich korrekt. Sie entstammen dem letzten Statistischen Jahrbuch der DDR und sind gegenüber den vorangegangenen Veröffentlichungen bereits bereinigt, in denen auch Plätze beziehungsweise Räume in Feierabendheimen (ab 1974) und Arbeiterwohnheimen (ab 1978) als »Wohneinheiten« hinzugerechnet worden waren.¹² Die 1990 noch vom Statistischen Amt der DDR veröffentlichten Zahlen liegen auch der späteren offiziellen Fortschreibung der Wohnungsfertigstellungsstatistik in der Bundesrepublik zugrunde.¹³ Je nachdem, ob ab 1971 oder ab 1976 bis 1989 gezählt wird, ergibt sich eine Zahl von insgesamt rund 2,0 beziehungsweise 1,6 Millionen gebauten Wohnungen. So weit diese Zahlen – soweit in Ordnung. Aber nicht zu akzeptieren ist, daß *Buck* und nach ihm andere diese Zahlen als das Gesamtergebnis des Wohnungsbauprogramms der DDR deklarieren.¹⁴

Denn die im Jahr 1973 von der 9. und 10. Tagung des ZK der SED beschlossene Zielstellung nannte immer »2,8 bis 3,0 Millionen Wohnungen ... zu bauen *beziehungsweise zu modernisieren*« (Hervorhebungen d. Verf.). Dann darf als Ergebnis des Wohnungsbauprogramms nach den Regeln der elementaren Logik aber nicht nur die Zahl der neu-, um- und ausgebauten sowie rekonstruierten Wohnungen gezählt werden, sondern es sind im Ist auch die Zahlen der im fraglichen Zeitraum modernisierten Wohnungen zu berücksichtigen.¹⁵

Die statistische Ermittlung der Zahl der modernisierten Wohnungen stößt auf weitere Unsicherheiten. Die Erhebungspraxis in der DDR führte zu erheblichen Doppelzählungen, da bei in zeitlichen Abständen durchgeführten Modernisierungsmaßnahmen die betreffende Wohnung mehrmals erfaßt werden konnte. Dieser Umstand hat die DDR-Statistiker offensichtlich bewogen, 1990 – im Unterschied zu den vorangegangenen Jahren – auf die Veröffentlichung entsprechender Angaben zu verzichten. Die Zahl der tatsächlich modernisierten Wohnungen läßt sich jedoch zuverlässig bestimmen, wenn der Ausstattungsgrad der vorhandenen Wohnungen am Ende der achtziger Jahre mit dem am Anfang der siebziger Jahre verglichen wird. Nach der Definition für die Modernisierung von Wohnungen galt die Ausstattung »mit Innen-WC, mit Bad beziehungsweise Dusche oder moderner Heizung«¹⁶ als wesentlich für die Erhöhung der Wohnqualität. Da die laufende statistische Erhebung der Modernisierungsmaßnahmen unbrauchbar erschien, bleibt nur der Vergleich ausgewählter Ausstattungsmerkmale des Wohnungsbestandes (vgl. Tabelle 2).

Tabelle 2: Ausgewählte Ausstattungsmerkmale des Wohnungsbestandes

Jahr	Wohnungsbestand	Anteil mit Bad/Dusche	Anteil mit Innen-WC
1971	6 057 032	39% = 2 362 242	39% = 2 362 242
1989	7 002 539	82% = 5 742 082	76% = 5 321 930
Zunahme	945 507	3 379 840	2 959 688

Quelle: Statistisches Jahrbuch der DDR '90, Berlin 1990, S. 201f. (Berechnungen vom Verf.)

Verfügbar sind statistische Angaben über Anteile mit Bad/Dusche und Innen-WC, und zwar für den Anfang des Zeitraumes als Stichtagszahlen für 1971, für das Ende 1989 als fortgeschriebene Zahlen. Diese wurden auch noch 1994 vom Bundesbauministerium publiziert, so daß sie annähernd der Realität entsprochen haben dürften.¹⁷ Subtrahiert man von den Zuwächsen an Wohnungen mit Bad und Dusche beziehungsweise Innen-WC die neu-, um- und ausgebauten sowie rekonstruierten Wohnungen des Zeitraumes 1971 bis 1989 im Umfange von 2,0 Millionen Wohnungen, weil diese grundsätzlich mit den genannten Merkmalen gebaut wurden, so wurden in diesem Zeitraum 1,3 beziehungsweise 0,9 Millionen vorhandene Altbauwohnungen in ihrer Ausstattungsqualität wesentlich verbessert.

15 Der in diesem Zusammenhang gelegentlich vorgebrachte Einwand, die ECE-Statistik kenne nur gebaute Wohnungen, gilt nicht; es ist durchaus üblich, daß außer den ECE-einheitlich definierten Kategorien (hier für gebaute Wohnungen) in den nationalen Statistiken auch ergänzende Definitionen für weitere Erfassungseinheiten festgelegt werden (hier zusätzlich für modernisierte Wohnungen).

16 Vgl. Arno Donda (Hrsg.): Lexikon der Wirtschaft. Band: Rechnungsführung und Statistik, Berlin 1987, S. 307 (2. Auflage).

17 Vgl. Haus und Wohnung im Spiegel der Statistik 1994, Bonn 1994, S. 19. Spätere Erhebungen sind nicht voll vergleichbar, da sie die Ausstattungsmerkmale nicht mehr einzeln darstellten; aber auch die Wohnungs- und Gebäudestichprobe 1993 ergab zusammengefaßt betrachtet, daß ca. 85-90 Prozent der Wohnungen mindestens über eines der wesentlichen Ausstattungsmerkmale verfügten (vgl. Haus und Wohnung im Spiegel der Statistik 1995/96, Bonn 1995, S. 20). Dabei ist zu beachten, daß der eigentliche Wohnungsbauboom im Osten erst ab 1993 voll einsetzte.

18 Vgl. Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1989, Berlin 1989, S. 168. Auch Karl-Heinz Manzel nennt für den Zeitraum 1971 bis 1988 eine Zahl von über einer Million modernisierter Wohnungen (vgl. Bundesbaublatt 1991, Heft 5, S. 279).

Überraschenderweise streuen diese Zahlen um die Summe, die sich aus der laufenden Erhebung für die Modernisierungen von 1971 bis 1988 ergibt.¹⁸ Offensichtlich wurden die Doppelzählungen in den jeweiligen Erhebungen der Betriebe durch die von diesen nicht erfaßten Modernisierungen in privater Eigeninitiative weitgehend kompensiert. Daß die Modernisierungen nicht nur von Baubetrieben, sondern auch in Eigeninitiative erfolgte, war gewollt. Das schlug sich dann in den Stichtagszählungen des Wohnungsbestandes als Ergebnis nieder.

Analog dazu ergibt sich für den Zeitraum von 1976 bis 1989 eine Zahl von etwa 1,0 beziehungsweise 0,7 Millionen modernisierten Wohnungen. Für die Bewohner war das nicht nur eine statistische Kennziffer, sondern für sie hatte sich der Wohnkomfort gegenüber der Wohnung mit Außen-WC und ohne Bad/Dusche damit tatsächlich deutlich erhöht.

Es kann also zusammengefaßt werden: Im Zeitraum 1971 bis 1989 wurden insgesamt 2,9 bis 3,3 Millionen Wohnungen, im Zeitraum 1976 bis 1989 insgesamt 2,3 bis 2,6 Millionen Wohnungen gebaut *und modernisiert*. Fairerweise müßte beim Vergleich mit der Zielstellung auch noch ein fiktives Ergebnis für das Jahr 1990 in Höhe von ca. 0,15 Millionen Wohnungen hinzugerechnet werden. Das heißt: Gerechnet ab 1971 wurde die Zielstellung von 2,8 bis 3,0 Millionen Wohnungen übererfüllt, für den Bezugszeitraum ab 1976 knapp untererfüllt. So oder so: Die beschlossenen Mengenziele des Bauprogramms wurden zumindest annähernd erfüllt. Das war unter den Bedingungen der DDR-Wirtschaft ein erstaunliches Resultat, das nicht zuletzt dem persönlichen Einsatz Hunderttausender von Bauschaffenden zu verdanken ist, und das für Millionen von Menschen reale Fortschritte in ihren Wohnverhältnissen brachte. Und in den damals gebauten beziehungsweise modernisierten Wohnungen fühlen sich noch heute viele Menschen wohl, obwohl der Blick von außen oft abwertend ist. Aber dennoch wurde entgegen den geweckten Erwartungen das eigentliche Ziel des Wohnungsbauprogramms in erheblichem Maße nicht erreicht, da die Wohnungsfrage als soziales Problem nicht gelöst werden konnte.

Zur Entwicklung der Wohnungsversorgung

Die Relation zwischen der Zahl vorhandener Wohnungen und der Anzahl privater Haushalte gilt allgemein als ein wichtiges Kriterium für die Wohnungsversorgung der Bevölkerung. Der Zuwachs an Wohnungen betrug von 1970 bis 1990 insgesamt knapp eine Million (vgl. Tabelle 3); das ist der Saldo aus dem Zugang durch gebaute Wohnungen sowie aus dem Abgang durch Abriß, Verwandlung von Bauernhöfen in Wochenendgrundstücke und ähnliche Vorgänge.

Tabelle 3: Wohnungsbestand und Haushalte

Jahr	Wohnungen Anzahl in Tausend	Haushalte	Wohnungen je 1000 Haushalte
1970/71	6057	6404	946
1981	6562	6510	1008
1990/91	7017	6672	1052

Quellen: Wohnungsbestand – Statistisches Bundesamt, Sonderreihe mit Beiträgen für das Gebiet der ehemaligen DDR, Heft 2 Wohnungsbau und Wohnungsbestand 1970 bis 1990, Wiesbaden 1993, S. 20; Haushalte – 1971 und 1981 nach Statistischen Jahrbüchern der DDR 1975, S. 398 beziehungsweise 1986, S. 275; 1991 nach Haus und Wohnung im Haus der Statistik, Bonn 1993, S. 97 (Mikrozensus).

Rechnerisch erschien der Gleichstand zwischen Wohnungsbestand und Haushalten schon Anfang der achtziger Jahre erreicht; hinter dem Durchschnitt verbargen sich aber sehr große regionale Unterschiede. Am Ende der DDR ergab sich rechnerisch sogar gegenüber der Zahl der privaten Haushalte ein Überschuß an Wohnungen.

In Wirklichkeit existierten Ende 1989 in der DDR dagegen über 770 000 registrierte, also anerkannte Wohnungsanträge, darunter rund die Hälfte von Einzelpersonen ohne eigene Wohnung.¹⁹ Die Wartelisten wurden länger statt kürzer und die »Wohnraumvergabepläne« immer umstrittener. Kaum verwunderlich war es deshalb, daß die Zweifel an den öffentlichen Erfolgsmeldungen über das Wohnungsbauprogramm wuchsen.

Hauptursachen für den Widerspruch zwischen rechnerischem Überschuß und tatsächlichem Defizit an Wohnungen waren neben der regionalen Differenziertheit vor allem die zunehmende Unterbelegung und der Umstand, daß viele ältere Wohnungen infolge baulicher Mängel oder ungenügender Ausstattung nur noch schwer oder gar nicht vermietbar waren.

Negative Folgen hochgradig subventionierter Mieten

Die Mieten wurden als Bestandteil der offiziellen Verbraucherpreispolitik gegenüber der Bevölkerung durch wachsende Subventionen *bewußt* niedrig gehalten. Während im genannten Beschluß des Politbüros im Oktober 1971 die Mietgestaltung ausdrücklich bei den auszuarbeitenden Schlußfolgerungen für die Wohnungspolitik berücksichtigt werden sollte, war das Thema in der Folge völlig tabuisiert.

Noch auf der Tagung des ZK der SED im Dezember 1988 hob *Erich Honecker* hervor, daß die Mieten »im Durchschnitt weniger als 3 Prozent des Haushalteinkommens eines Arbeiter- und Angestelltenhaushaltes«²⁰ betragen. Das war nur durch wachsende Zuschüsse aus dem Staatshaushalt der DDR möglich. So nahmen allein die entsprechenden Zuwendungen für Wärme-, Warmwasser- und Energieversorgung, für Müllabfuhr, Begrünung und ähnliche Wirtschaftsausgaben im Wohnungswesen – nach heutigen Begriffen also »Mietneben- beziehungsweise Betriebskosten« – von 222 Millionen Mark im Jahre 1971 auf 4 247 Millionen Mark im Jahre 1988 zu!²¹ Das entspricht einer Steigerung auf rund das Zwanzigfache und war durch die wirtschaftliche Leistung der DDR bei weitem nicht gedeckt.

Als Folge der hochgradig subventionierten Mieten wird meistens der Mangel an finanziellen Mitteln für die Erhaltung der Bauwerke genannt; dabei wird oft speziell als Ursache für den Verfall der alten Wohnbausubstanz vermerkt: Die »Mieteinnahmen der privaten Hausbesitzer waren zu gering«. Das ist jedoch nur ein Viertel der

19 Vgl. die ausführliche Darstellung in: Werner Ostwald (Hrsg.): Raumordnungsreport '90, Berlin 1990, S. 105-109.

20 Erich Honecker: Aus dem Bericht des Politbüros an das Zentralkomitee der SED. 7. Tagung des ZK der SED am 1./2. 12. 1988, Berlin 1988, S. 39.

21 Vgl. Statistisches Jahrbuch der DDR 1989, Berlin 1989, S. 276.

Wahrheit. Zum einen, weil nicht nur die private Miethaussubstanz, sondern auch der ältere genossenschaftliche und kommunale Wohnungsbestand verfiel. Zum anderen, weil die eigentlichen Ursachen des Verfalls der Wohngebäude bei allen Eigentumsformen primär nicht das Fehlen von Geld, sondern fehlende Baureparaturkapazitäten und Materialmangel waren. Die verfügbaren finanziellen Fonds – staatliche Mittel und Kredite – konnten deshalb oft nicht ausgeschöpft werden.

22 Bemerkenswerterweise gibt es dazu viele zutreffende Studien (z. B. Hajo Riese: Geld im Sozialismus, Regensburg 1990), in denen gezeigt wird, welche schwache Rolle das Geld in einer Zentralverwaltungswirtschaft spielt, aber in konkreten Sachzusammenhängen wird das von Kritikern der DDR-Wirtschaft häufig vergessen und aus der Sicht einer funktionierenden Marktwirtschaft argumentiert.

Auch hier zeigte sich – wie überhaupt im Bereich der Wirtschaft – , daß das Geld in der zentralgeplanten Verwaltungswirtschaft keine regulierende Funktion besaß.²² Die Steuerung des Einsatzes der Produktionskapazitäten erfolgte administrativ über das System der materiellen Bilanzierung, hier der Baubilanzierung. Baubedarf mußte bei den baubilanzierenden staatlichen Organen beziehungsweise Baukombinaten angemeldet werden, die nach Rang- und Reihenfolgekriterien über die Dringlichkeit entschieden. Da vor allem Neubauten für die Industrie infolge des damit verbundenen Produktionsnutzens meistens eine höhere Priorität hatten und der Mangel an Baukapazitäten – besonders an traditionellen, für Baureparaturen erforderlichen Gewerken – chronisch war, kamen die Reparaturen meistens zu kurz.

Anders im Bereich der privaten Haushalte; hier wirkte das verfügbare Geld durchaus, aber in anderer Weise als gedacht: Das niedrige Mietenniveau hatte vor allem den großen Nachteil, die optimale Nutzung des Wohnungsbestandes zu hemmen. Was als sozialer Vorteil gedacht war, wirkte paradoxerweise der Lösung des Wohnungsproblems als sozialer Frage entgegen. Im Laufe der achtziger Jahre wuchs in vielen Städten zugleich mit dem Wohnungsbestand auch die Zahl der Wohnungsanträge! Denn der extrem geringe Anteil der Mieten an den Haushaltsausgaben bildete keinerlei Anreiz für die privaten Haushalte, mit Wohnraum rationell umzugehen. Deshalb blieben Einzelpersonen nach dem Auszug der Kinder beziehungsweise nach Scheidung oder nach dem Tod des Ehegatten oft in viel zu großen Wohnungen. Und Paare, die bereits zusammenlebten, behielten formell auf lange Zeit die zweite Wohnung – für den Fall der Trennung oder als Tauschobjekt. So gab es zum Beispiel in Leipzig im Jahre 1988 die höchste Zahl von Wohnungsanträgen, aber zugleich mehr als 20 000 unterbelegte Wohnungen.²³

23 Vgl. Leipziger Volkszeitung vom 27. Oktober 1988. Dabei galten Wohnungen als unterbelegt, deren Zahl der Wohnräume (ohne Küche) die Zahl der Personen um zwei oder mehr überschritt.

Partei- und Staatsführung versuchten der zunehmenden Unterbelegung von Wohnungen durch Maßnahmen der Wohnraumlenkung entgegenzuwirken; dem sollte auch die neue »Verordnung über die Wohnraumlenkung« vom Oktober 1985²⁴ dienen. Selbst die als administrativ vielfach gescholtene staatliche Wohnungsverwaltung konnte aber nur die Zuweisung von Wohnraum restriktiv handhaben, hatte jedoch praktisch kaum Möglichkeiten, unterbelegten Wohnraum umzuverteilen.

24 Vgl. Verordnung über die Lenkung des Wohnraums (WLVO) vom 16. Oktober 1985, in: GBl. I Nr. 27, S. 301.

Die Verkennung der Komplexität des Wohnungsproblems und seine einseitige Behandlung als Bauaufgabe zeigte sich auch daran, daß es – trotz Vorhandenseins vieler Staatsorgane für vergleichsweise nicht so wichtige Aufgaben – für die Wohnungswirtschaft kein zentrales Staatsorgan gab. Das Bauministerium hat sich absichtlich nur auf die Bauaufgaben konzentriert.

Ursachen des Verfalls altstädtischer Wohngebiete

Neben der zunehmenden Unterbelegung von Wohnungen wirkte als Faktor der schnell wachsenden Wohnungsnachfrage die bauliche Vernachlässigung des älteren Wohnungsbestandes.

Als vermeintliche Ursache für den Verfall vieler innerstädtischer Wohngebiete wird neben dem Verweis auf zu niedrige Mieteinnahmen auch oft irrtümlich angegeben, daß der Neubau zu Lasten der Erhaltung der Bausubstanz gegangen sei. Tatsächlich war aber auch der Wohnungsneubau in der DDR im internationalen Vergleich eher zu gering; so war der Wohnungsneubau in der alten Bundesrepublik bezogen auf 1000 Einwohner bis Mitte der siebziger Jahre erheblich umfangreicher – je 1000 Einwohner wurde das Doppelte, zum Teil sogar das Dreifache an Wohnungen neu gebaut (vgl. Diagramm 1).

Darin liegt ein wesentlicher Grund dafür, daß das Durchschnittsalter der Wohngebäude bekanntlich im Osten viel höher als im Westen Deutschlands war und ist.

Hinzu kam als spezifischer Mangel, daß der Wohnungsbau zu lange am Rande der Städte auf der grünen Wiese erfolgte, daß er zu zögerlich als Ersatzneubau in die Städte verlegt wurde. Das konservierte auf die Dauer Schäden, an denen viele ostdeutsche Städte heute weiter kranken. Die Faktoren der Vernachlässigung sind vielfältiger Art. Hier sei nur erwähnt, daß die Baukombinate technologisch nicht genügend flexibel ausgerüstet waren, und daß das gesamte System ihrer Planung, Abrechnung und Leistungsbewertung den innerstädtischen Bau benachteiligte.

Die tiefere Ursache für den über die Zeit der 40 Jahre DDR und alle Baumaßnahmen umfassenden geringen Umfang des Wohnungsbaus lag in der zu niedrigen Leistungsfähigkeit der Bauwirtschaft, die weder in der Pro-Kopf-Leistung noch im Anteil der Beschäftigten an den Gesamtbeschäftigten der Volkswirtschaft das westdeutsche Niveau erreichte (vgl. Diagramm 2).

Der Anteil der Baubeschäftigten an den Beschäftigten insgesamt lag in der alten Bundesrepublik mehrere Jahrzehnte beträchtlich über deren Anteil in der DDR, zeitweilig beim anderthalbfachen. In absoluten Zahlen ausgedrückt fehlten über Jahrzehnte in der DDR mehrere Hunderttausend Bauarbeiter. Erst in den achtziger Jahren ging in Westdeutschland – mit dem Erreichen eines bestimmten Sättigungsgrades – der Anteil zurück und näherte sich dem ostdeutschen an. Der große Nachholbedarf in Ostdeutschland äußerte sich dann auch im sprunghaften Anstieg der Zahl der Baubeschäftigten nach 1990. Hier zeigte sich auch – wie überhaupt –, daß die DDR von der Substanz zehrte und zu wenig akkumulierte.

Fazit

Die Mengenziele des Bauprogramms wurden im wesentlichen erfüllt, aber weder die Wohnungsfrage als soziales Problem gelöst noch die bauliche Entwicklung der Städte gewährleistet. Neben der zu geringen Leistungsfähigkeit des Bauwesens und fehlenden volkswirtschaftlichen Ressourcen erwies es sich als falsch, das Wohnungsbauprogramm einseitig als ein Bauprogramm zu konzipieren und durchzuführen, statt als Bestandteil eines komplexen Programms der Wohnungswirtschaft und sozialen Wohnungsversorgung sowie der Stadtentwicklung. Ob die DDR unter den damaligen Bedingungen dazu die notwendigen Ressourcen gehabt hätte, steht auf einem anderen Blatt.

Geblichen sind Plattenbauten, Großsiedlungen und Probleme der Stadtentwicklung, die in unterschiedlichem Maße das Leben in den ostdeutschen Städten auf Jahrzehnte weiterbestimmen werden. Geblichen sind aber auch ein im Vergleich zu Westdeutschland höherer Anteil kommunaler und genossenschaftlicher Wohnungsunternehmen mit ihren umstrittenen Altschulden sowie bedenkenswerte Erkenntnisse für eine zukünftige alternative Wohnungspolitik.

DIETMAR WITTICH

»Das (wenig) kommunikative Handeln des Geistes der Zeit«

Ende der sechziger, Anfang der siebziger Jahre wandten sich – unter dem Eindruck der wissenschaftlich-technischen Revolution – sowohl das marxistische gesellschaftstheoretische Denken in den realsozialistischen Ländern, die DDR eingeschlossen, als auch das neomarxistische Denken im Westen der Entwicklungsproblematik zu. Dabei wurden – was zu beweisen sein wird – Ansätze entwickelt, deren Objekt das gleiche war wie das des Strukturfunktionalismus¹ beziehungsweise der späteren Theorie sozialer Systeme² und die in ihrem Anspruch zumindest komplementär zu diesen waren. Der Charakter der wissenschaftlichen Revolution selbst, mit der »Informationsgesellschaft« eine Verdoppelung der Welt zu produzieren, bei der die reale Welt noch einmal in und als Welt der Informationen existiert, war noch einmal überlagert durch die alles prägende Ost-West-Bipolarität des gesellschaftlichen Seins überhaupt. Die Funktionalität und Funktionalisierung der wissenschaftlich-technischen Revolution in dieser Bipolarität, bei der auf der Basis ungleich verteilter Ressourcen zu ihrer Bewältigung die Ungleichgewichtigkeit permanent zunahm (Todrüsten, Cocom-Liste, technologische Lücke), mußte neben anderen Charakteristika der Rückgebundenheit marxistischen beziehungsweise neomarxistischen Denkens in die jeweiligen Systeme sowohl das Denken in »Weltganzheiten« als auch – damit verbunden – Antrieb und Eigeninteresse am Diskurs nachhaltig beschädigen. Angesichts der Globalität der realen (Entwicklungs- und Komplexitäts-) Probleme, die parallel dazu und quasi außerhalb thematisiert und analysiert wurden³ und deshalb später »von außen« wieder hereingeholt werden mußten, erscheinen im Rückblick als spontaner Verzicht auf Hegemonie (im Sinne Gramscis)⁴.

Dieser frühe Hegemonie-Verzicht hat sicherlich einen Komplex von Ursachen, und er hat seine Vorgeschichte unter anderem in der Formelhaftigkeit von der »utopischen Illusion« von Georg Lukacs, in der dem Niedergang des Kapitalismus der unaufhaltsame Aufstieg des Sozialismus, dem zunehmenden Irrationalismus der bürgerlichen Ideologie und Philosophie die Wahrhaftigkeit und Vernünftigkeit des Marxismus gegenübergestellt wurden⁵. Aber das war Vorgeschichte, nicht Vorentscheidung. Im Aufdämmern der wissenschaftlich-technischen Revolution in dieser gespaltenen Welt flogen die »Eulen der Minerva« (Hegel) durchaus noch.

Ernst Blochs »Prinzip Hoffnung« war noch in Leipzig begonnen worden und dann – nach seiner Vertreibung aus der DDR 1959 – in Frankfurt am Main zuerst erschienen. Es mag zynisch erscheinen

Dietmar Wittich – Jg. 1943, Dr. phil., Soziologe, Geschäftsführer der Social Data GmbH Berlin.

1 Vgl. Talcot Parsons: *The System of Modern Societies*, Boston 1971.

2 Vgl. Niklas Luhmann: *Soziale Systeme. Grundriß einer allgemeinen Theorie*, Frankfurt a.M. 1984.

3 Vgl. Donella H. Meadows, Dennis L. Meadows, Jorgen Randers, William W. Behrens: *Die Grenzen des Wachstums*, Stuttgart 1972.

4 Bei Gramsci ist das Hegemonie-Problem kein Führungsanspruch der Partei oder des Proletariats in der sozialistischen Revolution, schon gar keine platte Formel wie die von der »führenden Rolle der Arbeiterklasse bei der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft«. Bei

Gramsci ist Hegemonie gebunden an den gesellschaftlichen Vorgang »zu komplexen Superstrukturen«, »in der die zuvor aufgekeimten Ideologien in Kontakt kommen und in Kontrast treten, bis eine einzige von ihnen, oder zumindest eine einzige Kombination derselben, dazu tendiert, das Übergewicht zu erlangen, sich durchzusetzen, sich über das ganze Gebiet zu verbreiten, über die ökonomische und politische Einheit hinaus auch die intellektuelle und moralische Einheit determinierend, auf einer nicht korporativen, sondern universellen Hegemonie...«, Antonio Gramsci: Gefängnishefte, Band 3, hrsg. von Klaus Bochmann und Wolfgang Fritz Haug, Berlin 1992, S. 496.

5 Vgl. Georg Lukacs: Die Zerstörung der Vernunft, Berlin 1988, S. 669-674.

6 Ernst Bloch: Prinzip Hoffnung; zitiert nach: Ernst Bloch: Freiheit und Ordnung. Abriß der Sozialutopien, Leipzig 1985, S. 13.

7 Karl R. Popper: Die offene Gesellschaft und ihre Feinde, Tübingen 1992, S. 189.

8 Ernst Bloch, a.a.O., S. 190.

vor dieser Biographie, aber Ernst Bloch figuriert gleichsam als personeller Übergang zwischen Ost-Marxismus und West-Marxismus. Bei dem Ernst Bloch des »Prinzips Hoffnung« ist die unüberbrückbare Scheidung in »Marxismus-Leninismus« als Staatsideologie und dem westlichen Neo-Marxismus noch nicht vollzogen.

Bei Bloch heißt das Problem: Entwicklung und Utopie oder Utopie und Entwicklung. 1959 war der von Bloch am historischen Material gewonnene Ausgangspunkt noch kein macht- (und folgen-)loser Kulturpessimismus: »In den ehrlichen, doch abstrakten Utopien hat der technisch unterstützte Fortschrittsglaube sehr oft den Schein des ungestörten Gelingens und Fortgangs erleichtert.«⁶ Kritisch spürt Bloch den »Verengungen« des Utopischen nach. Von Beginn an problematisiert werden ein bloß aufs Technische bezogenes Entwicklungsmodell und Annahmen von Linearität gesellschaftlicher Entwicklung. Die Aufarbeitung der Sozialutopien der Geschichte ist in dieser historischen Situation auch und vor allem eine Revue und ein Abklopfen der Traditionen sozialistischen Denkens, eine Bestandsaufnahme angesichts eingeleiteter, aber weitgehend noch bevorstehender Entwicklungsschübe. Das ist der Ansatz für eine fundierte Kritik an Poppers Konzept von der »Sozialtechnik der kleinen Schritte«⁷ und für eine qualifizierte und humanistische Lösung des Problems. Für den Marxisten Ernst Bloch ist die Geschichte nicht schon entschieden, sind Art und Wirkungen der wissenschaftlich-technischen Revolution nicht bereits vorbestimmt. Bei ihm erscheinen die Lösung der Welt- und Menschheitsprobleme und die Lösungen europäischer und zwischendeutscher Konflikte noch offen. »Wie in der menschlichen Seele Noch-Nicht-Bewußtes dämmert, das noch nie bewußt war, so in der Welt Noch-Nicht-Gewordenes: an der Spitze des Weltprozesses und der Weltganzen ist diese Front und die ungeheure, noch so wenig begriffene Kategorie Novum. Deren Inhalte sind nicht bloß die unerschiedenen, sondern die unentschiedenen, sie dämmern in bloßer realer Möglichkeit, haben die Gefahr des möglichen Unheils in sich, aber auch die Hoffnung des möglichen, noch immer nicht vereitelten, durch Menschen entscheidbaren Glücks.«⁸ Mögliches Unheil oder durch Menschen entscheidbares Glück – die Machbarkeit von Zukunft. Aus marxistischer Perspektive wird die Komplexität und die zu erwartende Komplexitätssteigerung als mögliche und widersprüchliche Realentwicklung aufgenommen, nicht in der Symbolik von Systemen. Dem damaligen Stand von Systemtheorien war diese historisch-materialistische Herangehensweise überlegen, weil sie sowohl theoretisch stringent war, als auch die Dinge beim Namen nannte.

Die Kategorie Novum (Neues) wird entwickelt, also nicht Wiederholung, nicht ewige Wiederkehr bloßen Andersseins, sondern zu entfaltende, noch nicht erschienene oder nicht entschiedene neue gesellschaftliche Zustände, die ein Subjekt kennen: Menschheit. In dieser Kategorie ist sie noch da, die Einstellung auf gesellschaftliche Entwicklung als Weltprozeß, da ist sie noch da, die Orientierung auf Menschheitsglück, nicht bloß auf die etwas schlechtere Konsumgesellschaft. Da ist sie noch da, die Orientierung auf Hegemonie und die Möglichkeit von Hegemonie. Aber zugleich wird auch deutlich, warum Ernst Bloch heraus mußte aus der DDR: Sein Konzept war,

daß die Entwicklung in die Zukunft sich nur im Kontext des Weltganzen vollziehen kann, das kollidierte erkennbar mit Bescheidung auf Regionalbeglückung und ganz und gar mit Positionen, daß der Einstieg in die Zukunft mit einer einzig richtigen Konzeption schon vollzogen sei. Die Scheidung von realem Sozialismus und Ernst Bloch ist sowohl Teil als auch Signal für die Aufspaltung marxistischen Diskurses, bevor er überhaupt richtig zustande kommen konnte: Man kann nicht miteinander reden, man kann nur auf die andere Seite übergehen (oder übergegangen werden).

Was ist geschehen mit der Kategorie Novum, wurde sie aufgenommen, die in ihr konzentrierte Problematik? Wann ist sie marxistisch-leninistischem wie neomarxistischem gesellschaftstheoretischem Denken abhanden gekommen?

Im Neomarxismus in Gestalt der Kritischen Theorie, so scheint es, ist diese Kategorie gar nicht angekommen, zumindest wurde sie nicht heimisch. Gerade zu dem Zeitpunkt, zu dem sich mit der wissenschaftlich-technischen Revolution die Entwicklung zur höherkomplexen gesellschaftlichen Ordnung zu entfalten begann, tritt die Gleichzeitigkeit von kritischer Kapitalismusanalyse und lähmendem Fatalismus allzu deutlich in Erscheinung. Theodor Adorno formulierte 1968 auf dem 16. Soziologentag in Frankfurt a.M. bezogen auf die damalige kapitalistische Gesellschaft: »Materielle Produktion, Verteilung, Konsum werden gemeinsam verwaltet. Ihre Grenzen, die einmal innerhalb des Gesamtprozesses dessen aufeinander bezogene Sphären doch voneinander schieden, und dadurch das qualitativ Verschiedene achteten, verfließen. Alles ist Eins. ... Der Schein wäre auf die Formel zu bringen, daß alles gesellschaftlich das einende heute so vollständig in sich vermittelt ist, daß eben das Moment der Vermittlung durch seine Totalität verstellt.«⁹ Ein Aufbrechen dieser Totalität erscheint unmöglich, zumal dafür auch kein Subjekt angebar ist, daß eine Überwindung von Kapitalismus, Entwicklung in einen neuen, anderen, höheren Entwicklungszustand von Gesellschaft unmöglich erscheint. Für die Kritische Theorie erschien eine Entwicklung über den Kapitalismus hinaus zwar wünschenswert, schon um die »freiflutende Angst«¹⁰ zu überwinden, die die Totalität seiner Vermittlungen erzeugt, aber sie erscheint unmöglich. Die Entwicklung ist zu Ende, bevor sie in der Realität überhaupt richtig begonnen hat.

Das war zu dieser Zeit im marxistischen gesellschaftstheoretischen Denken in der DDR durchaus noch anders. Novum, auch wenn so nicht benannt, war noch eine Aufgabe. Wolfgang Heise betonte 1964 den organischen »Zusammenhang von Theorie, Organisation und gesellschaftlicher Bewegung als ein innerlich nicht aufzulösendes Verhältnis der Einheit von Weltanschauung, Gesellschaftstheorie, Methode und politisch-sozialer Praxis – und jeder Widerspruch zwischen diesen Seiten, jede Verselbständigung eines der Momente verfälscht das Ganze. Der Widerspruch von Theorie und Praxis ist aber bei einem spontanen Verhalten unvermeidlich, ja charakterisiert dann gerade die spezifische Vermittlung zwischen gesellschaftlichem Sein und Bewußtsein.«¹¹ Unübersehbar sind die zwei Seiten des Konzepts von Wolfgang Heise: Zum einen der Griff auf Gesamtheit und bewußte Regulation komplexer Zusammenhänge, zum anderen die Warnung vor der Gefahr, die nicht nur in der

9 Theodor Adorno: Einleitungsvortrag zum 16. Deutschen Soziologentag, in: Theodor Adorno (Hrsg.): Spätkapitalismus oder Industriegesellschaft. Verhandlungen des 16. Deutschen Soziologentages, Stuttgart 1969, S. 25.

10 Ebenda.

11 Wolfgang Heise: Aufbruch in die Illusion, Berlin 1964, S. 493/494.

- bürgerlichen Ideologie bestand, durch Verselbständigung einzelner Seiten das Ganze zu verfälschen, Deformation von Vergesellschaftungsprozessen zu produzieren. Für Heise hilft gegen den »Bann blinder Spontaneität, die Bindung an die Norm eines anpassenden, unkritisch-konservativen Verhaltens gegenüber den materiellen Verhältnissen«¹² – und das ist gleichzeitig Kapitalismuskritik, Kritik am Fatalismus, an der »resignativen Kraftlosigkeit« der Kritischen Theorie zu dieser Zeit, aber durchaus auch Skepsis gegenüber Anzeichen konservativen Festhaltens an gegebenen materiellen Verhältnissen im Sozialismus – nur Erkenntnis als Theorie-Praxis-Zusammenhang, als Erkenntnis und Aktion. »Und zur Erkenntnis drängen die Widersprüche – angefangen vom umfassendsten Existenzproblem der Zeit, der Frage nach der Sicherung des Friedens und den Bedingungen dieser Sicherung, somit den Ursachen der Kriegsgefahr, über die sozialen Konflikte zu den Widersprüchen, die zwischen den Möglichkeiten moderner Technik und den Schranken der Eigentümergesellschaft sichtbar werden, bis hin zur Problematik des Individuums unter den Lebensbedingungen des modernen Kapitalismus ...: überall kann Denken als »Naturprozeß« sich bewähren.«¹³ Es ist ganz klar, nicht nur im Vergleich zum Haupttrend des bürgerlichen Denkens im engeren Sinne, auch im Vergleich mit der Kritischen Theorie ist Heises Konzept offener und es ist ganzheitlich. Die Beherrschung der komplexen Dialektik von Vergesellschaftungs- und Entwicklungsprozessen erscheint als möglich und machbar, sie wird angestrebt als humanistische Lösung. Aber etwas anderes wird auch sichtbar. Gerade in einer Situation, die zum Diskurs drängt, die nach einer Überwindung des Nebeneinander ruft, beginnt das Nebeneinander in ein Gegeneinander umzuschlagen. Marxisten im Osten und Neomarxisten im Westen sprechen nicht miteinander, sondern allenfalls übereinander. Sie bringen ihre Einsichten und Erfahrungen, wie angesichts akuter Herausforderungen Entwicklung gestaltbar sein könnte, nicht zusammen. Dieses Neben- beziehungsweise Gegeneinander und die immer penetranteren, weitgehende Identifizierung von Marxismus mit der Staatsideologie der sozialistischen Länder blockierten zugleich die Entfaltung pluraler Marxismen. Dafür gibt es eine ganze Reihe von Ursachen. Aber in der Retrospektive erscheint nachvollziehbar, wie im historischen Prozeß die Entfaltung von Diskurs nicht gelang, die dann ziemlich rasch in einer zugleich aufgezwungenen und selbstorganisierten Blockade von Lernprozessen mündete. Aber diese Blockade ist nicht einer Seite allein anzulasten. Auch die weitergehende Untersuchung gesellschaftstheoretischer Leistungen im Marxismus und ihr Vergleich mit Entwicklungen im Neomarxismus werden dies zeigen.
- Jürgen Habermas hielt es offenbar 1976 noch für möglich und wünschenswert, den Historischen Materialismus zu rekonstruieren. Dieser damals seitens des Marxismus ignorierte oder unter Revisionsverdacht gestellte Versuch kann heute durchaus als Ansatz gewertet werden, angesichts der großen Herausforderungen die Lernfähigkeit marxistischer Gesellschaftstheorie zu entfalten, um im Theorie-Praxis-Kontext seine Funktionalität in Entwicklungszusammenhängen zu erhalten und wirksamer zu machen. »Wenn wir aber nicht frei sind, die mit dem kognitiven Potential der Menschengattung

verbundenen Geltungsansprüche abzulehnen oder zu akzeptieren, ist es sinnlos, sich für oder gegen Vernunft, für oder gegen die Erweiterung der Potentiale begründeten Handelns ›entscheiden‹ zu wollen. Aus diesem Grunde halte ich die Entscheidung für das historisch-materialistische Fortschrittskriterium nicht für willkürlich: die Entfaltung der Produktivkräfte in Verbindung mit der Reife der Formen der Sozialintegration bedeutet Fortschritt der Lernfähigkeit in beiden Dimensionen, Fortschritt in der objektivierenden Erkenntnis und in der moralisch-praktischen Einsicht.«¹⁴ Es ist jetzt nicht der rechte Zeitpunkt, post festum in eine nicht stattgehabte kritische Diskussion einsteigen zu wollen; nehmen wir das Resultat. Aber auch aus historisch vergleichender Perspektive ist nicht uninteressant, wie dieses Resultat damals erreicht wurde. Der Ausgangspunkt liegt in dem angesichts der Entwicklungs Herausforderungen sinnvollen Versuch, die Beziehungen zwischen Verhältnissen und Verhalten im Historischen Materialismus differenzierter auszuarbeiten. »Die sozial-evolutionären Lernprozesse können weder der Gesellschaft noch den Individuen allein zugerechnet werden. Wohl trägt das Persönlichkeitssystem den Lernvorgang der Ontogenese; und in gewisser Weise sind es allein die vergesellschafteten Subjekte, die lernen. Aber Gesellschaftssysteme können unter Ausschöpfung der Lernkapazitäten vergesellschafteter Subjekte neue Strukturen bilden, um bestandsgefährdende Steuerungsprobleme zu lösen.«¹⁵ Gesellschaftliche Lernprozesse sind von der Kompetenz von Individuen abhängig, die sie erwerben, indem sie in die »symbolischen Strukturen« ihrer Lebenswelt hineinwachsen. Die Lösung strebt Habermas im Anschluß an Erkenntnisse der Entwicklungspsychologie an, indem er die gesellschaftlichen Beziehungen als kommunikative Beziehungen identifiziert. »Zur ›Gesellschaft‹ rechne ich alle Systeme, die sich über sprachlich koordinierte Handlungen (instrumentelle und soziale) die äußere Natur durch Produktions- und die innere Natur durch Sozialisationsprozesse aneignen.«¹⁶ Gewonnen wird ein möglicher Zugriff auf die Ausdifferenzierung einer Vielzahl von Handlungsaspekten und Dimensionen, aber zum Kriterium für Gesellschaftlichkeit gerät eben die sprachliche Vermittlung. Diese spezifische »Rekonstruktion« des Historischen Materialismus hat ein bemerkenswertes Resultat: Der Historische Materialismus wird gewogen, für gut befunden und – verworfen. Die Rekonstruktion des Historischen Materialismus ist gleichzeitig bei Habermas dessen Verabschiedung.

Etwa zeitgleich hat Erich Hahn wesentliche Aspekte seines gesellschaftstheoretischen Konzepts ausgearbeitet. Sein Anliegen ist vergleichbar, auch ihm ging es darum, aus den Erfordernissen damaliger Gegenwart und gerade angesichts zunehmender Komplexität gesellschaftlicher Entwicklungsvorgänge Analyse- und Erklärungskraft des Historischen Materialismus auszubauen, insbesondere Anschlüsse für empirisch-soziologische und gesellschaftstheoretische Entwicklungsbeiträge herzustellen. Im Unterschied zu Habermas geht Erich Hahn nicht reduktionistisch vor, er sucht nicht oder nicht zuerst nach der »Monade« von Gesellschaftlichkeit, er setzt an den Ausgangspunkt die Komplexität des Zusammenhangs. »In der Realität existieren die materiellen ökonomischen gesellschaftlichen

14 Jürgen Habermas:
Zur Rekonstruktion des
Historischen Materialismus,
Frankfurt a.M. 1976, S. 194.

15 Ebenda, S.169.

16 Ebenda, S. 133.

17 Erich Hahn: Historischer Materialismus und marxistische Soziologie, Berlin 1968, S. 70/71.

18 Ebenda, S. 118/119.

19 Diese Absage gehörte und gehört in der subjektiven Sicht des Verfassers ebenso zu den Merkmalen und zur Anziehungskraft der »Berliner Schule« des Historischen Materialismus, der in den sechziger Jahren am Philosophischen Institut der Humboldt-Universität zu Berlin seine Heimstatt hatte, wie das methodologische Herangehen, den Historischen Materialismus von den genetischen und strukturellen Zusammenhängen von Individuum und Gesellschaft her zu entwickeln. Der Verfasser ist sich der Tatsache bewußt, daß die Einengung auf Wolfgang Heise und Erich Hahn einerseits ob der herausragenden Leistung beider gerechtfertigt ist, andererseits natürlich ungerecht wirken muß, weil viele weitere Leistungen in diesem Zusammenhang unberücksichtigt bleiben müssen.

Verhältnisse nicht anders als im Verhalten der wirklichen Menschen. Sie existieren nicht in einer selbständigen, abgesonderten sinnlichen Gestalt neben dem wirklichen, tagtäglichen Verhalten der Individuen.«¹⁷ Hier ist ein Erkenntnisprogramm angelegt, das auf die Wege durch die »immer dünneren Abstracta« (Marx) nicht verzichtet, aber immer auf die konkreten Beziehungen zwischen konkreten Individuen und konkreten Gesellschaften in deren konkreten Beziehungen abhebt (was hier im einzelnen nicht nachvollzogen werden kann). Das kann auch aus heutiger Sicht als ein erfolgsversprechendes Erkenntnisprogramm angesehen werden. Nicht eine – konsequenterweise dann auch immer wiederzufindende – Grundform von Vermittlungen zwischen Individuum und Gesellschaft wird angepeilt, sondern die konkrete Ganzheit alltäglicher Zusammenhänge, Relationen und Institutionen. »Im Grunde genommen beinhaltet die These von der Einheit von Individuum und Gesellschaft zwei Gesichtspunkte. Auf der einen Seite wird in ihr zum Ausdruck gebracht, daß die Gesellschaft nicht selbständig, als selbständiges Subjekt neben und außerhalb von menschlichen Individuen existiert und daß alle Erscheinungsformen der Gesellschaft, insbesondere die sozialen Institutionen und Gebilde, Existenzformen des kollektiven Lebens der Menschen darstellen, nicht aber eine von den Individuen unabhängige Realität. Auf der anderen Seite hat diese These nur Sinn, wenn sie die ständige Veränderung und Entwicklung, die ständige Reproduktion dieser Einheit von Individuum und Gesellschaft berücksichtigt und verarbeitet.«¹⁸ Hier ist einerseits unschwer erkennbar eine marxistische formulierte Absage an Ideologeme einer vulgärmarxistischen Opfertheorie, die die Unterordnung konkreter Individuen als »Rädchen« unter anonyme gesellschaftliche Erfordernisse abforderte und erzwang¹⁹. Andererseits wird ein von allen Seiten begehbares offenes Feld zwischen Gesellschaftstheorie und konkreter Sozialforschung eröffnet, das gleichzeitig auf die Konkretheit der jeweiligen Vergesellschaftungsformen orientiert und gesellschaftstheoretisch die permanente Rückbindung an gesellschaftliche Ganzheit, an die Komplexität ganzheitlicher Evolution gebietet. Es ist vielleicht nicht nur persönliche Bindung, die in Hahns Konzept damals ein überlegenes Erkenntnisprogramm sehen.

Aus heutiger Sicht kann nicht an den vertanen Chancen vorübergegangen werden, die in dem nicht stattgefundenen Diskurs und der blockierten Lernfähigkeit auch zwischen diesen beiden Varianten der Ausdifferenzierung »lebensweltlicher« Zusammenhänge immerhin vermutbar sind. Die historische Gerechtigkeit verlangt zu konstatieren, daß auch hier Verantwortlichkeiten ungleich verteilt sind, und anderes als Klischees vermuten lassen. Erich Hahn hat sich durchaus auf die kritische Diskussion Habermasscher Standpunkte eingelassen, Habermas hat jedoch umgekehrt Erich Hahn nicht erwähnenswert gefunden.

Erscheint aus heutiger Sicht das Aufeinanderbezogenwerden dieser beiden (und anderer) Ansätze marxistischer und neomarxistischer Herkunft zu dieser Zeit durchaus machbar und erfolgsversprechend, so driftet die nachfolgende Entwicklung erheblich auseinander. Als Resultat erscheint, daß Sprachlosigkeit durch Sprachunfähigkeit komplettiert wurde. Dabei soll nicht relativiert werden, daß auch in

der Folge auf allen Seiten rezeptionswürdige Erkenntnisleistungen vorgelegt wurden.

Habermas baut den in den kommunikativen Beziehungen gewonnenen Ansatz konsequent zur Theorie des kommunikativen Handelns aus, indem er auf der Grundlage eines gewaltigen theoriegeschichtlichen und theoretischen Materials Handlungstheorie als Gesellschaftstheorie entwickelt. Im Resultat entsteht ein Kosmos von Beziehungsgeflechten, die anders als bei Luhmann, aber mit ähnlicher Kompetenz Zugriffe auf die Komplexität gesellschaftlicher Zusammenhänge und Konfliktlagen ermöglichen.

Das kann hier nicht nachvollzogen werden. Im Resultat setzt sich Habermas, bei gleichzeitiger kritischer Diskussion Marxscher Fehler²⁰, von der traditionellen Kritischen Theorie ab. »Die kritische Theorie konnte sich ihrer normativen Grundlagen nur noch geschichtsphilosophisch vergewissern. Dieser Boden war für ein empirisches Forschungsprogramm nicht tragfähig. Das zeigte sich auch daran, daß ein klar abgegrenzter Objektbereich wie die kommunikative Alltagspraxis der Lebenswelt, in der Rationalitätsstrukturen verkörpert sind und wo Prozesse der Verdinglichung identifiziert werden können, fehlte.«²¹ Diese Kritik hat sicherlich einige Berechtigung, obwohl unklar bleibt, ob unhistorisch ansetzende Analyse anthropologisch tiefsitzender Strukturen des kommunikativen Handelns tatsächlich die gleiche gesellschaftstheoretische Ebene betrifft. Wesentlicher erscheint an dieser Stelle das Resultat, zu dem Habermas kommt: »In den entwickelten Gesellschaften des Westens haben sich in den letzten ein bis zwei Jahrzehnten Konflikte entwickelt, die in mehreren Hinsichten vom sozialstaatlichen Muster des institutionalisierten Verteilungskonflikts abweichen. ... Es geht nicht primär um Entschädigungen, die der Sozialstaat gewähren kann, sondern um Verteidigung und Restituierung gefährdeter, oder um die Durchsetzung reformierter Lebensweisen. Kurz, die neuen Konflikte entzündeten sich nicht an Verteilungsproblemen, sondern an der Frage der Grammatik von Lebensformen.«²² Man mag es nicht glauben, wenn man heutige Probleme in Ostdeutschland vor Augen hat, wenn es jemals gestimmt hat, so spiegeln diese Aussagen den status quo ante. Die Wirkungen von kapitalistischer Alleinherrschaft verweisen darauf, daß der behauptete Wesensverlust nicht so tiefgreifend gewesen sein kann. Unter dem Strich bleibt – bei aller theoretischen Leistung im Detail – der Eindruck eines Fortschrittsverzichts, ein Sicheinrichten in den gegebenen Verhältnissen, Veränderung wird nur der Interpretation zugestanden, die Wirklichkeit kann bleiben, wie sie ist. Auf dieser Seite hat das Fehlen von Diskurs einen erheblichen Schub zum Konservativen bewirkt beziehungsweise ist damit verbunden.

In alternativen Ansätzen werden andere, gleichfalls durchaus reale Probleme zentriert, die Resultate sind nicht wesentlich anders. Für Ulrich Beck ist moderne Gesellschaft dadurch bestimmt, daß insbesondere technologische Entwicklung existentielle Risiken für die Menschheit produziert haben, die sozial gleichverteilt sind, die moderne Gesellschaft ist »Risikogesellschaft«. »Wir leben trotz fortbestehender und neuentstehender Ungleichheiten heute in der Bundesrepublik bereits in Verhältnissen jenseits der Klassengesellschaft,

20 Vgl. Jürgen Habermas: Theorie des kommunikativen Handelns, Frankfurt a.M. 1981, Band 2, S. 497ff.

21 Ebenda, S. 561.

22 Ebenda, S. 576.

23 Ulrich Beck: Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt a.M. 1986, S. 121.

in denen das Bild der Klassengesellschaft nur noch mangels einer besseren Alternative am Leben erhalten wird.«²³

Demgegenüber erscheinen Ansätze, in denen das historisch-materialistische Konzept der klassenstrukturierenden Ressourcen des Eigentums beziehungsweise der Verfügung nicht einfach verworfen wird, sondern die Suche nach Ergänzungen stattfindet, um Ausdifferenzierungen erfassen zu können, bemerkenswert aktuell. Pierre Bourdieu hat das Problem der Lebensstile (der soziokulturellen Milieus) unter dem Gesichtspunkt des »kulturellen Kapitals« thematisiert und kommt damit zu ganz anderen, bemerkenswert aktuell und realistisch anmutenden Konsequenzen. »Die praktische ›Zuschreibung‹, kraft derer man eine Person dadurch einer Klasse zuweist, daß man sich ihr in bestimmter Weise zuwendet (und darin zugleich sich selbst einer Klasse zuweist), hat nichts mit einem intellektuellen Verfahren zu tun. Derselbe Klassifikationsgegensatz (reich/arm, alt/jung etc.) kann an jedem beliebigen Punkt der Verteilung angewendet werden und innerhalb jedes Segments den Gesamttraum reproduzieren (wie der gemeine Verstand so richtig sagt: man ist immer der Arme oder Reiche, der Vorgesetzte oder der Untergebene eines anderen, steht immer rechts oder links von einem andern – was nun keineswegs zu einem grundsätzlichen verdammt).«²⁴

24 Pierre Bourdieu: Die feinen Unterschiede, Frankfurt a.M. 1983, S. 737/738.

Ein kurzer Blick auf die andere Seite ist geboten: auch hier geht die Entwicklung durchaus nicht in Richtung auf mehr Diskursfreudigkeit und entwickeltere Lernfähigkeit. Ebenso und vielleicht noch stärker als im westlichen Neomarxismus verhartet Gesellschaftstheorie angesichts der Globalität der Entwicklungsproblematik bemerkenswert introvertiert. Arbeit an Gesellschaftstheorie löst sich auf in eine Parallelität von

erstens letztlich fruchtlosem Bemühen um die Epochen- und Formationsproblematik (zum Beispiel Theorie der entwickelten sozialistischen Gesellschaft),

zweitens insgesamt zugleich innovativer, aber folgenloser gesellschaftstheoretischer Kleinarbeit (Triebkraftproblematik) und

drittens durchaus konstruktiv-kritisch angelegter empirischer Gesellschaftsanalyse.²⁵

25 Vgl. Lebensweise und Sozialstruktur. 3. Kongreß der marxistisch-leninistischen Soziologie, Berlin 1981.

Daneben gab es Versuche, die zugleich aufgezwungene und selbstorganisierte Blockade von Lernprozessen, an der marxistische und neomarxistische Gesellschaftstheorie mindestens gleichermaßen beteiligt waren, aufzubrechen. Verwiesen sei hier auf das Buch »Gesellschaftstheorien heute«²⁶ von Dieter Bergner und Reinhard Mocek. In ihm wurde versucht, die Lernfähigkeit des Marxismus nicht nur einzuklagen, sondern exemplarisch zu vollziehen und vorzuexerzieren. Es erwies sich als zu spät sowohl für den Diskurs als auch für die Lernfähigkeit realsozialistischer Gesellschaft.

26 Vgl. Dieter Bergner, Reinhard Mocek: Gesellschaftstheorien heute, Berlin 1988.

Der reale Sozialismus ist untergegangen, weil er sich behaupten mußte und wollte. Marxistische Gesellschaftstheorie hat daran mitgewirkt, weil sie dabei in Dienst genommen wurde und sich in Dienst nehmen ließ. Ihr Beitrag zur Lernfähigkeit und damit zur Überlebensfähigkeit in der Systemauseinandersetzung blieb für diese Alternative zu marktwirtschaftlich verfaßtem Kapitalismus zu gering und zu wirkungslos. Neomarxistische Gesellschaftstheorie schneidet in dieser Perspektive nicht besser ab.

GERHART NEUNER

Objektivität in Geschichtslehrbüchern? DDR-Geschichte in Lehrwerken der neuen Generation

Das Heft 108 von UTOPIE kreativ, Oktober 1999, veröffentlichte meinen Beitrag zum DDR-Bild in heutigen Schulbüchern.¹ Mittlerweile sind Bücher einer neuen Generation, gedruckt bereits in der neuen Rechtschreibung, im Angebot, die um 1998/99 die Schulen erreichten. Sie werden, wie die Adenauer-Stiftung in einer Analyse dieser Lehrpläne und Unterrichtswerke für Geschichte und Sozialkunde zutreffend feststellte, »für die nächsten Jahre das Geschichtsbild und die politische Bildungsarbeit mit prägen«².

In Lehrwerken der Nachwende-Generation, auf die sich im wesentlichen der oben genannte Beitrag bezog, konnten drei Tendenzen identifiziert werden. Die erste war die eindimensional parteiiche Darstellung der DDR im Geiste des Kalten Krieges. Nachweisen ließ sie sich beispielsweise am Exempel von »Reise in die Vergangenheit«, Band 6, einer für die polytechnische Oberschule umgewidmeten Hauptschul Ausgabe aus Niedersachsen. In einer zweiten Gruppe von Schulbüchern deutete sich die Tendenz an, den zweiten deutschen Staat zu marginalisieren, ihn, wie Stefan Heym in der DDR-Wendezeit vermutete, als »Fußnote der Geschichte« abzutun. So erkennbar in Band 3 von »Unsere Geschichte« des Moritz-Diesterweg-Verlages, ergänzte Auflage 1991,³ sowie in dem Lehr- und Arbeitsbuch des Gehlen-Verlages für die gymnasiale Oberstufe.⁴

Die Autoren, so der Eindruck, griffen auf das klassische »damnatio memoriae«, das verordnete Vergessen, zurück. In einer dritten schließlich deuteten sich, freilich noch ziemlich zurückhaltend, vom Bemühen um Objektivität oder zumindest Ausgewogenheit geleitete Darstellungen an. Ansätze hierfür konnten im Geschichtsbuch »Die Menschen und ihre Geschichte in Darstellungen und Dokumenten« für das Gymnasium⁵ ausgemacht werden, das die 1988er Ausgabe mit dem gleichen Titel ablöste. Die Autoren, so die Mitteilung des Herausgebers, hätten sich von der Überzeugung leiten lassen, sechs Jahre nach der Vereinigung müßten die Geschichte der BRD und der DDR anders dargestellt und gelehrt werden. Lassen sich Autoren wie Analytiker der neueren Werke nach wie vor von diesen Tendenzen leiten?

Asymmetrien von Vergangenheitsaufarbeitung

In der Euphorie der Vereinigung waren viele zunächst geneigt, anzunehmen, die in den Jahren des Kalten Krieges aufgebrochene Kluft zwischen Ost und West würde alsbald der Vergangenheit angehören. Tatsächlich jedoch verlangsamte sich das Zusammenwachsen

/Gerhart Neuner – Jg. 1929, Prof. Dr. habil., 1970 bis 1989 Präsident der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften der DDR, zahlreiche Publikationen zur Bildungstheorie und Allgemeinbildung.

1 Gerhart Neuner: Eine ›Fußnote der Geschichte‹? Das DDR-Bild in heutigen Schulbüchern, in: UTOPIE kreativ, Heft 108 (Oktober 1999), S. 31-40.

2 Günter Buchstab (Hrsg.): Geschichte der DDR und deutsche Einheit. Analyse von Lehrplänen und Unterrichtswerken für Geschichte und Sozialkunde, Schwalbach/Ts. 1999.

3 Unsere Geschichte Band 3. Von der Zeit des Imperialismus bis zur Gegenwart, Hg.: Wolfgang Hug, Moritz Diesterweg Frankfurt am Main 1991.

4 Geschichte in der Gegenwart. Lehr- und Arbeitsbuch für Geschichte und Gemeinschaftskunde/ Sozialkunde in der gymnasialen Oberstufe, 4. überarb. Auflage, Verfasser: Peter Schade u. a., Dr. Max Gehlen Bad Homburg vor der Höhe 1992.

5 Geschichtsbuch 4. Die Menschen und ihre Geschichte in Darstellungen und Dokumenten. Von 1918 bis 1995, Hg.: Bernd Mütter u. a., Neue Ausgabe, Cornelsen Berlin 1996.

6 Sozialreport. Sonderheft 1 und 2. Zur sozialen Situation und deren subjektiven Reflexionen in den neuen Bundesländern. Sozialwissenschaftliches Forschungszentrum Berlin-Brandenburg e.V./Hans Böckler Stiftung 1996.

7 Götz Aly: Die Erben des totalitären Dauerfrohsinns. Die Akten der DDR liegen offen. Als Siegerin der Geschichte pflegt die Alt-BRD ihre Geheimnisse, in: Berliner Zeitung, Nr. 86, vom 11. April 2000, S. 11.

8 »Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit«. Deutscher Bundestag – 13. Wahlperiode, Drucksache 13/11000.

9 Reinhart Koselleck: Historische Kriterien des neuzeitlichen Revolutionsbegriffs, in: Reinhart Koselleck: Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten, Frankfurt am Main 1979, S. 78.

der Deutschen etwa seit Mitte der neunziger Jahre zusehends, und es begann »eine neue Phase der kritischen Analyse«⁶. Seither macht das Wort von der »Vereinigungskrise« die Runde. Zweifellos waren handfeste materielle und soziale Realitäten hierfür die Ursache. Die vom damaligen Bundeskanzler versprochenen »blühenden Landschaften« lassen im Jahre Elf der Vereinigung in entscheidenden Bereichen immer noch auf sich warten. Hinzu kommen andere Asymmetrien, die die sogenannte innere Vereinigung verlangsamten und verkomplizieren. Mit der untergegangenen DDR, deren Archive, eine ziemlich einmalige Situation in der Welt, fast ohne Einschränkung zugänglich sind, beschäftigen sich beispielsweise mehr als 1000 von der Bundesregierung geförderte Forschungsprojekte. Die abgewickelten ostdeutschen Eliten sind hiervon im geisteswissenschaftlich-sozialen Bereich nahezu vollständig ausgeschlossen, und selbst jüngeren Wissenschaftlern aus dem Osten bleibt zumeist die wenig attraktive Funktion von »Zuarbeiter n«. Mit der alten Bundesrepublik hingegen, die mit der Vereinigung ebenfalls, jedenfalls per definitionem, »untergegangen« sei, befassen sich weniger als 100 derartige Vorhaben. Nicht zu reden von Asymmetrien der Archivnutzung, die nunmehr, nachdem in der »Schwarze-Koffer-Affäre« Licht auf gesetzwidrige Manipulationen von Westgrößen gefallen ist, auf die Aktenberge der Gauck-Behörde ausgedehnt werden sollen.⁷

Gewiß, es gibt in der Bundesrepublik weder »Grundrisse« noch andere Modalitäten offizieller Geschichtsschreibung, gebilligt von höchsten Regierungs- und Parteinstanzen, wie in der verflornten DDR. Gleichwohl, Landesschulverwaltungen entscheiden auch hierzulande über die Zulassung von Lehrwerken, Enquête-Kommissionen des deutschen Bundestages⁸ und Stiftungen, wie die genannte Adenauer-Stiftung, erarbeiten Artikulationshilfen, Historikerschulen streiten um die Deutungshoheit von Geschichte. Auch wenn hierzulande ein offizielles Geschichtsbild nicht »festgeschrieben« ist, Verlage, die Schulbücher verkaufen wollen, und Schulen, die sie bestellen, agieren in einem politisch besetzten Umfeld und müssen das in Rechnung stellen.

Bei Reinhart Koselleck war gegen Ende der siebziger Jahre zu lesen: »Mit einer dauernd sich verschiebenden Zukunftssicht veränderte sich ... die Blickrichtung auf die Vergangenheit«⁹. Deuten sich im Jahre Elf der deutschen Vereinigung in Schulbüchern Wandlungen von Zukunfts- und damit korrespondierender Vergangenheits-sicht an?

Die neuen Schüler- und zunehmend Lehrergenerationen waren in die sprichwörtlich gewordenen »querelles allemands« in den Jahrzehnten des Kalten Krieges nicht verwickelt und sind daher unbelastet von Ressentiments der Alten. Man könnte annehmen, sie werden sich nicht damit begnügen, die Asymmetrien deutscher Vergangenheitsaufarbeitung in das angebrochene neue Jahrhundert zu prolongieren. Die abgewählte Bundesregierung scheint dies befürchtet zu haben. Warum sonst wählte auch sie die Methode, die gewünschte Interpretation der Geschichte der beiden deutschen Staaten quasi festschreiben zu wollen? In die gleiche Kerbe schlägt die Adenauer-Stiftung in der zitierten Schrift.

Im Didaktisch-Methodischen und in der Ausstattung haben die neuen Lehrwerke zweifellos gewonnen. Problemhafte Überschriften sollen Interesse und aktives Engagement der Schüler wecken, beispielsweise »Wächst nun zusammen, was zusammengehört?«.¹⁰ In anderen Lehrwerken werden provozierende Gegenüberstellungen gewählt, unterstützt durch gezielte Fragen an die Schüler, Fotos in hoher Farbqualität und graphische Elemente, die Schüler zum aktiven Mitdenken und zur eigenen Stellungnahme anregen sollen. Das ebenfalls 1997 herausgegebene Hauptschulbuch »quer« hält diese pädagogische Linie besonders konsequent durch.¹¹ Zusammenfassungen nach Abschnitten, Kerninfos genannt, und Infospeicher sollen helfen, das vermittelte Wissen zu ordnen und zu festigen. Autoren anderer Bücher entschieden sich dafür, anhand sensibler Themen problemhaft artikuliert und zum Denken anregende Einstiege zu wählen, wiederum durch passende Fotos, graphische Darstellungen, Tabellen und Fragen an die Schüler untersetzt. Arbeitsbücher orientieren auf die Befragung von Zeitzeugen, wie »Menschen – Zeiten – Räume«¹², und geben hierfür einen mehrstufigen Algorithmus vor, den die Schüler im Gespräch abarbeiten sollen. Didaktisch interessant ist des weiteren das 1999er »Arbeitsbuch Geschichte und Politik« Nordrhein-Westfalens,¹³ das unter der Überschrift »Gemischte Gefühle« in fünf Schritten die Methode Perspektivenwechsel empfiehlt und illustriert.

Welches aber sind die dominierenden politischen Tendenzen in den Büchern?

Kalter Krieg in Schulbüchern – die Vergangenheit?

Mitnichten. Das eben erwähnte Buch »quer«, Geschichte und Gemeinschaftskunde für die Hauptschule, setzt durchgehend auf die herausfordernde Gegenüberstellung von Ost und West. Um so gespannter ist man darauf, wie die Autoren den Systemvergleich für eine Schülerklientel meistern, die sich im bundesdeutschen dreigliedrigen Schulsystem nicht gerade auf der Sonnenseite wiederfindet. Zweimal Deutschland – BRD und DDR, dazu eine Seite Briefmarken des einen wie des anderen Staates. Auf den folgenden Seiten: »Warum nicht mehr Deutschland, Deutschland über alles?« und die von Konrad Adenauer in Moskau freigehandelten Go-West-Friedland-Rückkehrer sowie die Entscheidung von »Deutschland Nr. 1« für den Westen. Gleich hiernach folgen 10 Seiten Bundeswehr, mit Kerninfo und Infospeicher. Ins Grübeln kommt man, warum die Autoren im Militär das Charakteristische der frühen Bundesrepublik sehen wollen. Oder soll unter Berücksichtigung der Psychologie von Hauptschülern das Schulbuch Werbung für die Bundeswehr betreiben? Dagegen spräche, der Ersatzdienst wird auf Seite 124 ebenfalls abgehandelt.

Deutschland Nr. 2: Die Deutsche Demokratische Republik wird mit einer Seite Mauer und Stacheldraht, aus dem Zugfenster beobachtet, eröffnet, und hiernach folgt eine ziemlich grobe, parteilich-zuspitzende Charakterisierung des SED-Staates, offenbar dem Auffassungsvermögen von Hauptschülern angemessen. Das Honecker-Konterfei auf einem der Fotos, wahrscheinlich als Kontrapunkt zu einem Adenauer-Bild weiter vorne gedacht, soll die Aufmerksamkeit

10 Geschichte und Geschehen A 4. Geschichtliches Unterrichtswerk für die Sekundarstufe I, Verfasser: Klaus Bergmann u. a., Ernst Klett Stuttgart 1997.

11 quer. Geschichte und Gemeinschaftskunde für die Hauptschule Band 4. Gegensätze und Einheit. Vom ersten Weltkrieg bis zur EU, Hg.: Xaver Fiederle, Ferdinand Schöningh Paderborn 1997.

12 Menschen – Zeiten – Räume, Arbeitsbuch für Geschichte/Sozialkunde/ Erdkunde. Hauptschule Bayern, Hg.: Wolfgang Schierl, Cornelsen Berlin 1999.

13 Ansichten. Arbeitsbuch für Geschichte und Politik für die Hauptschule Nordrhein-Westfalens 3, Red.: Uwe Andrea, Cornelsen Berlin 1999.

auf die Schülerfrage lenken, welches Schicksal der DDR-Staatschef genommen hat. Dann sogleich zwei Seiten 17. Juni 1953, weiter Ost-West-Gegensatz mit Warschauer Pakt und NATO, schließlich der 13. August 1961 mit Mauerbau und ein Foto des Abtransports eines erschossenen Flüchtlings. Relativ unvermittelt, obgleich bis dahin von Lebensrealitäten im Osten kaum die Rede war, folgt das Thema Familie und Frauen. Wegen der niedrigen Entlohnung der Männer seien Frauen zum Geldverdienen verdammt gewesen, hätten ihre Kinder in staatlichen Einrichtungen abliefern müssen u.s.w. »So sehr Selbstverwirklichung im Beruf eine Rolle spielte, im persönlichen Bereich blieb dafür wenig Zeit. Trotz staatlicher Kinderkrippen und Ganztagschulen reichte oft die Kraft nicht mehr für eigene Interessen« (S. 139).

Quintessenz: Berufstätigkeit sowie die langen Warteschlangen vor den Geschäften hätten DDR-Frauen an ihrer Selbstverwirklichung gehindert.

14 Bernhard Marquardt: Wirtschafts- und Sozialpolitik, in: Günter Buchstab (Hg.): Geschichte der DDR und deutsche Einheit. Analyse von Lehrplänen und Unterrichtswerken für Geschichte und Sozialkunde, a. a. O., S. 160-198.

15 Meine Frau und ich, beide voll im Arbeitsprozess stehend, haben drei Kinder groß gezogen. Ich weiß also, wovon ich rede.

16 Geschichte und Geschehen. Sachsen D5, Klaus Bergmann u. a., Klett Schulbuchverlag Leipzig 1997.

17 In diesem wie in anderen Büchern findet sich die nachdenkliche Erörterung nicht, die noch in einem der älteren Bücher zu lesen war: »daß das Deutschland zwischen Rhein und Oder, das nun in die Welt getreten ist, doch in essentieller Hinsicht sich von dem Deutschland unterscheidet, das zwischen 1871 und 1945 bestand. Ein ›Wieder‹, eine schlichte Rückkehr zu früheren Verhältnissen ist nicht möglich« (S. 103) (Unsere Geschichte. Band 4, Hg.: Wolfgang Hug, Diesterweg Frankfurt am Main 1995).

Die Gegenüberstellung von Bundeswehr und Mauer mit Bezugnahme auf den Kalten Krieg in das Zentrum zu stellen, ist nachzuvollziehen, auch wenn die deutsche Geschichte, in Ost wie West, in dem Lehrwerk auf einige wenige Stichpunkte komprimiert wird. Warum jedoch bei diesem engen Raum Familie und Frauen im Osten so ausführlich behandelt werden, wirft die Frage nach den Motiven auf, von denen die Autoren sich leiten ließen. Zudem die gleiche Tendenz auch in anderen Schulbüchern festzustellen ist. Mitarbeiter der Adenauer-Stiftung geben in der oben erwähnten Analyse die Antwort. Die Sozialpolitik im ostdeutschen Staat bedürfe besonders nachhaltiger Delegitimierung; denn sie stehe bei vielen ehemaligen DDR-Bürgern in einem guten Ruf. Diesen müsse entgegengehalten werden, Sicherheit und Geborgenheit sei um den Preis der Vorenthaltung politischer Freiheit gewährt worden.¹⁴

Niemand, der das Leben in der DDR kennt, wird bestreiten, die Mehrfachbelastung vieler Frauen, verschärft durch unleugbare Versorgungsprobleme, war ein Problem.¹⁵ Ein objektiver Vergleich dürfte jedoch tatsächliche Frauenemanzipation im anderen deutschen Staat nicht übergehen, die andere Bücher nicht verschweigen. Zu empfehlen wäre den Verfassern der genannten Texte, die unterdrückten und geschundenen Ostfrauen, die sich heute, großenteils arbeitslos, als die eigentlichen Wendeverlierer empfinden, über ihre Situation im anderen deutschen Staat zu befragen. »Geschichte und Geschehen«, D5, erste Auflage 1997, zitiert aus einer Emnid-Umfrage bei Ost-Frauen unter anderem: »1. Kinderfreundlich. 2. Jeder hatte Arbeit. 3. Jeder war sozial abgesichert. Jeder hatte sein Auskommen, ohne Angst vor dem nächsten Tag«.¹⁶

Bereits der nächste Block, »Deutschland, ein Teil von Europa« (S. 144ff.), widmet sich der Vereinigung, die sozusagen »... fast über Nacht« gekommen sei. Das Grundgesetz der Bundesrepublik wird zitiert, das aufgibt, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden. Und dann folgen »Schlag auf Schlag: BR-D-DR« – Mauerfall und die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands¹⁷, vorbereitet durch Entspannungspolitik, vor allem von Gorbatschow. Die DDR, so könnte man aus dem Text auf S. 149 herauslesen, habe Entspannungspolitik lediglich als passives

Objekt hinnehmen müssen und keine eigene Rolle gespielt. Sodann ausführlich und reich illustriert die friedliche Revolution, das Zerfallen der DDR-Herrschaft und die Auszahlung der D-Mark, die übergläubliche Ost-Bürger auf einem Foto präsentieren, sowie die Schritte der Vereinigung.

Wem nun gebührt das historische Verdienst daran? Vieles deutet derzeit auf ein Tausziehen hin, an dem Schulbücher sich beteiligen sollen. Die deutsche Einheit, so moniert die Analyse von Autoren der Adenauer-Stiftung, werde »... hauptsächlich als eine Angelegenheit der DDR-Bürger präsentiert und entsprechend auch im ereignisgeschichtlichen Ablauf gewürdigt ...«. Die Rolle Gorbatschows bilde den üblichen Ausgangspunkt, die USA würden nur gelegentlich in die Betrachtung einbezogen, ganz unterbelichtet jedoch bliebe die Politik der Bundesregierung, namentlich Helmut Kohls.¹⁸ Nun geht aus Dokumenten hervor, nach der Malta-Konferenz 1989 zwischen Bush und Gorbatschow, auf der entscheidende Weichen gestellt wurden, haben Kanzler Kohl und der USA-Präsident bei einem Essen vereinbart, die in der DDR entstandene Lage dürfe keinesfalls als Folge der Bonner Politik erscheinen, sondern müsse in der Öffentlichkeit als in der DDR »hausgemacht« präsentiert werden.¹⁹

Wem nun, sozusagen nach Tisch, das Prä gebührt, das haben die Autoren des Buches »quer« bereits entschieden. Auf einer Großaufnahme der Unterzeichnung des 1. Staatsvertrages (S. 163) dominiert die wuchtige Figur Helmut Kohls, während der ohnedies schmale DDR-Ministerpräsident Lothar de Maizière im Hintergrund gerade noch einen Platz gefunden hat. Auch die DDR-Bürgerbewegung figuriert ziemlich am Rande und kommt hauptsächlich in Briefen aus dem Jahr 1989 vor (S. 154).

Fazit: Didaktisch-methodisch kein schlecht gemachtes Schulbuch. Aber welches Bild von nahezu einem halben Jahrhundert deutscher Geschichte soll der Hauptschüler in das 21. Jahrhundert mitnehmen? Selbst wenn man berücksichtigt, die Autoren haben ihn mit allzu differenzierten Betrachtungen nicht überfordern wollen, hinter scheinbar ausgewogenen »BR-D-DR«-Vergleichen lugt unübersehbar die politische Tendenz hervor. Der andere deutsche Staat wird weithin noch unter Auspizien eines fortdauernden Kalten Krieges abgebildet, mit dem Ziel der politischen und emotionalen Delegitimierung, als historischer Verlauf, dessen Resultat von Anbeginn feststand. Gleichwohl sehen die Autoren davon ab, den ostdeutschen Staat voreilig in eine Fußnote abzudrängen, wie in anderen bisherigen Lehrwerken angedeutet. Man geht sicher nicht fehl, wenn man vermutet, die Probleme und Widersprüche der deutschen Vereinigung sind im Bewußtsein der Öffentlichkeit, in Ost wie West, wohl doch noch zu sehr präsent, als daß man die Jahre deutscher Zweistaatlichkeit stillschweigend übergehen könnte.

Als weiteres Exempel für eine tendenziöse Interpretation deutscher Nachkriegsgeschichte könnte das 1999er Unterrichtswerk für Geschichte an Gymnasien und Gesamtschulen für die 10. Jahrgangsstufe »Das waren Zeiten« gelten²⁰. Es gehört zu jenen, die die DDR-Geschichte, 19 Seiten, in den Abschnitt »Deutschland, Europa und die Zweiteilung der Welt« integrieren, der insgesamt 69 Seiten umfaßt. Was hierzu auf gegebenem knappen Raum ausgeführt wird,

18 Günter Buchstab:
Die Wahrnehmung der DDR
und der deutschen Einheit
in aktuellen Unterrichts-
werken, in: Geschichte der
DDR und deutsche Einheit,
a. a. O., S. 240-246.

19 Eberhard Czichon,
Heinz Marohn: Das
Geschenk. Die DDR im
Perestroika-Ausverkauf,
Köln ²1999.

20 Das waren Zeiten 4.
Unterrichtswerk für
Geschichte an Gymnasien
und Gesamtschulen
Sekundarstufe I,
Hg.: Dieter Brückner, C. C.
Buchner Bamberg 1999.

ist überaus komprimiert und geht partiell noch weniger ins Detail als das vorgestellte Hauptschulbuch. Nach der Gründung der Bundesrepublik folgt sogleich der »Parteiauftrag: ein neues Deutschland« (S. 169) nach dem Vorbild Sowjetunion, und schon wenige Seiten weiter »Volksaufstand und Mauerbau« (S. 181ff.). Dem Kapitel »Die DDR nach dem Mauerbau« (S. 196ff.) folgen »Leben in der DDR« (S. 199ff.) mit Akzenten wie »Die Erziehung im Sozialismus«, »Alles für das ›Wohl des Menschen‹«, »Der diktatorische Wohlfahrtsstaat«, die unvermeidliche »Rolle der Frau«, »Der Stasi-Staat«, der »Rückzug ins Private«, in anderen Büchern gleichfalls Standardthema, sowie »Regimekritik und Ausbürgerung«. Dann schon »Die friedliche Revolution in der DDR« (S. 224ff.) und »Deutschland wird wieder vereint« (S. 228ff.).

Bei derart verknappter Darstellung finden die Autoren wenig Raum, sich auf Details der ostdeutschen Realität oder gar auf Lebensbiographien einzulassen, wie es neuere anspruchsvolle Bücher tun, und sie legen darauf auch keinen Wert. Der bewußt parteiliche, ins Zentrum gerückte Systemvergleich verführte sie zudem dazu, großzügig mit historischen Tatsachen umzugehen. So sei beispielsweise von der sowjetischen Besatzungsmacht mit Hilfe der SED gleichzeitig mit der Bundesrepublik ein von ihr abhängiges Staatswesen gegründet worden. Stalin habe »mit der bis in alle Einzelheiten vorbereiteten ostdeutschen Staatsgründung« noch die ersten Wahlen und die bundesrepublikanische Regierungsbildung abgewartet, um dem Westen die »Schuld« an der Teilung Deutschlands zuschieben zu können (S. 169). Jeder, der die Geschichte einigermaßen kennt, weiß, die Spaltung Deutschlands ging von den Westmächten und von Adenauer aus, was im übrigen in anderen Schulbüchern rückschauend als historischer Weitblick und großes Verdienst des ersten Bundeskanzlers gewürdigt wird (Besser das halbe Deutschland ganz, als das ganze halb!). Mit welchen politischen Kalkulationen auch immer, die Sowjetregierung verfolgte noch bis in die fünfziger Jahre hinein die freilich widersprüchliche Politik, ganz Deutschland in ihrem Sinne zu neutralisieren. In ANNO 4 des Westermann-Verlages von 1997 etwa werden Kalter Krieg und Zweiteilung der Welt als zweiseitige Angelegenheit dargestellt, was der Realität näher kommt: »Die großen Siegermächte des Zweiten Weltkrieges, die USA und die Sowjetunion, standen sich in der Nachkriegssituation unversöhnlich gegenüber. Mißtrauisch unterstellten die ideologisch, politisch und wirtschaftlich ganz unterschiedlich ausgerichteten Länder einander Aggressionspläne und begannen einen Rüstungswettlauf. Zugleich entstanden die Militärbündnisse der NATO und des Warschauer Paktes«²¹. In dem in Rede stehenden Buch hingegen war der Kalte Krieg eine ziemlich einseitige Angelegenheit.

Oder: Der 17. Juni 1953 sei ausschließlich Volksaufstand der ostdeutschen Arbeiter gewesen. In der Tat war deren Streik wegen der von oben kommandierten Normenerhöhung Ausgangspunkt. Aber die Autoren scheinen übersehen zu haben, daß sie selbst auf S. 183 das Faksimile eines »Flugblatts aus Ostberlin von 1953« mit Forderungen der ostdeutschen Arbeiter und Hausfrauen plazieren. Unterzeichnet ist es von der Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit, Berlin-Niklassee, Ernst-Ring-Straße 2-4 (also ein damaliger Westsektor

21 ANNO 4. Band 4.
Hg.: Bernhard Askani
und Elmar Wagener,
Westermann Schulbuch-
verlag Braunschweig 1997.

Berlins). Die bundesrepublikanische Hallstein-Doktrin hat es in diesem Lehrwerk ebensowenig gegeben, wie die Lieferstops von im Osten dringend benötigten Gütern, darunter Walzbleche für Autokarosserien. Die Konsolidierungsphase mit dem sogenannten Neuen Ökonomischen System unter Ulbricht, die in anderen Lehrwerken nicht übergangen wird, kommt ebenfalls nicht vor u.s.w. Der Text springt sogleich zu Honecker und zu dessen nationaler Neubestimmung. Dann ein knapper Exkurs über das Leben in der DDR, dessen zentrale Aussagen fast wörtlich mit denen in anderen Büchern übereinstimmen, unter anderem zur Rolle der Frau in der DDR, die ihr »keine wirkliche Gleichberechtigung« brachte (S. 200), oder der Rückzug ins Private und die berühmte »Nischengesellschaft«. »Immer mehr Bürgerinnen und Bürger zogen sich in ihre Privatsphäre, in ihren Lebenskreis und ihre Schrebergärten (>Datschen<) zurück« (S. 201). Als ob man den unstrittigen Datschenkult in der DDR, im übrigen im jetzigen deutschen Osten vielleicht noch ausgeprägter, als Synonym für politischen Widerstand setzen könnte. Sodann folgen ziemlich schnell die friedliche Revolution und die deutsche Vereinigung, bei der ein Seitenhieb auf die SPD, die damit Probleme gehabt habe, nicht fehlt. Sie hätte den Zusammenbruch der DDR-Wirtschaft befürchtet. Und der ist dann ja wohl auch eingetreten (S. 228). Wenn schließlich Folgen des Vereinigungsprozesses abgehandelt werden, nehmen auch in diesem Buch nachdenklichere Töne zu.

Das in Rede stehende Lehrwerk ist noch am ehesten mit jenen vergleichbar, die unmittelbar nach der deutschen Vereinigung in den Schulen im Osten Verwendung fanden. Die meisten Stereotype, die in jenen Büchern dominierten, sind auch in diesem auffindbar, offensichtliche Fehler und Unkenntnis des deutschen Ostens gleichermaßen. Auch die Tendenz, die DDR als Fußnote der Geschichte abzutun, scheint den Autoren nicht fremd zu sein, obgleich auch sie ihr nur zurückhaltend folgen.

Davon unterscheidet sich »Geschichte und Geschehen«, Sachsen D 5, Ausgabe von 1997 vom Ernst Klett Schulbuchverlag Leipzig²². Die Darstellungsmethode in diesem Werk ist ebenfalls die vergleichende Gegenüberstellung. Also: »Die soziale Marktwirtschaft: Wohlstand für alle?« (S. 150ff.) und »Die zentralgeleitete Wirtschaft – zum Wohle des Volkes?« oder »Demokratie muß sich bewähren« (S. 153ff.) und »Der SED-Staat« (S. 174ff.), dazu speziell »Jugendliche und Frauen in der DDR« (S. 180ff.). Weiter »Gesellschaft im Wandel« (S. 158ff.) und »Anspruch und Wirklichkeit der entwickelten sozialistischen Gesellschaft« (S. 186ff.). Die Autoren bemühen sich um eine sachliche, den Realitäten eher gerecht werdende Darstellung, etwa der Erörterung des Zwanges zum Aufbau einer Schwerindustrie, denn die DDR ist infolge der »Teilung Deutschlands und der Verluste der Ostgebiete« von vormaligen Zentren der Schwerindustrie abgeschnitten gewesen (S. 170). Zwar war die Sowjetunion trotz schwerster Belastungen und Verluste gestärkt aus dem Krieg hervorgegangen, weltpolitisch gehörte sie jedoch nach wie vor der Peripherie an, und mit ihr schließlich, neben anderen Staaten Osteuropas, die sowjetische Zone und spätere DDR. Der deutsche Westen hingegen erhielt über den Marshall-Plan eine kräftige Starthilfe für die ebenfalls daniederliegende Wirtschaft, und er

22 Geschichte und Geschehen D 5, Geschichtliches Unterrichtswerk für die Sekundarstufe I, Hg.: Klaus Bergmann u. a., Ernst Klett Leipzig 1997.

fand nach der Katastrophe infolge der aufbrechenden Systemkonkurrenz und des beginnenden Kalten Krieges, darunter mit den großzügigen Londoner Schuldenregelungen, Anschluß an die entwickeltsten Regionen der Welt. Hingegen mußte die kleinere, durch Kriegsfolgen schwer betroffene sowjetische Zone und DDR Reparationen faktisch für ganz Deutschland zahlen.

Dieser Aderlaß sowie der oft ungünstige Handelsaustausch mit der Sowjetunion und anderen wenig entwickelten Ostblockländern wird zwar erwähnt, aber dann folgt ganz unvermittelt die Wendung: »Dennoch scheiterte das Konzept der sozialistischen Wirtschaftsplaner und Ideologen nicht an den ungünstigen Voraussetzungen, auch nicht an diesen oder jenen Einzelfehlern und persönlichen Versäumnissen – wie die SED-Führung glauben machen wollte –, sondern an systembedingten strukturellen Mängeln und Fehleinschätzungen« (S. 170). Oder zur erörterten Frauenfrage: »Mädchen und junge Frauen erhielten in Schule, Hochschule und Berufsausbildung die gleichen Chancen wie ihre männlichen Altersgenossen und nutzten sie. Dennoch, auch in der DDR war die Gleichstellung der Frau trotz juristischer Gleichheit nur in Ansätzen verwirklicht« (S. 182). Oder: »Gegenüber anderen Bevölkerungsteilen genossen die Arbeiter teilweise Vorteile ... Dennoch. Im ›Arbeiter-und-Bauernstaat‹ regierten nicht die Arbeiter und Bauern, sondern eine kleine Elite« (S. 186). Unter weiteren inhaltsgleichen Variationen dieser »Dennoch-Variante« finden sich auch Texte mit »trotzdem«, »aber« oder »doch«. Ein Beispiel: »Die Mobilisierung der Jugendlichen löste durchaus Begeisterung aus ... Trotzdem, das Mißtrauen der Partei und der Freunde der Jugend, der dreißig- und vierzigjährigen FDJ-Sekretäre, würgte Begeisterung und Engagement immer wieder ab« (S. 183). Oder: In der Schule sei zwar »solides fachliches Wissen und eine angemessene Allgemeinbildung angestrebt« worden, aber es habe »Zulassungsbeschränkungen zum Hochschulstudium« gegeben, und obendrein seien die Jugendlichen politisch und militärisch gedrillt worden (S. 180) u.s.w.

Manche dieser Feststellungen enthalten durchaus einen Kern von Wahrheit, und sie könnten überzeugend wirken, wenn sie aus wirklichen Analysen und Vergleichen resultierten. Im gegebenen Falle jedoch gewinnt der Leser den Eindruck, das »Dennoch-Resultat«, zu dem die Erörterungen hinführen, stand vor jeder Analyse bereits fest. Im Bemühen um sachliche Informationen zuckten die Autoren offensichtlich vor ihrer eigenen Courage zurück. So kommt denn auch die sich weithin als unparteiisch gebende Analyse in fast allen Kapiteln zu dem Resultat: Die Bundesrepublik war und ist die prosperierende, überlegene Gesellschaft, und zwar von Anbeginn, behaftet lediglich mit einigen geringfügigen Problemen, wie der Verteilung von Arm und Reich oder dem Anwachsen der Arbeitslosigkeit. Die DDR hingegen war bereits, als sie ins Leben trat, zum Scheitern verurteilt, obwohl sie zeitweilig »auch international beachtete Erfolge« aufzuweisen hatte, »doch diese Leistungen bildeten die Ausnahme« (S. 171). Auch hinsichtlich Jugendlichen und Frauen setzen die Autoren auf diese Argumentationsvariante. Die »Dennoch-Variante« lautet in diesem Kontext: Emanzipation der Frauen sei zwar »ein zentrales Anliegen der SED« gewesen, aber infolge von Mehrbela-

stungen habe es zur Emanzipation der Frau in der Bundesrepublik »kaum gravierende Unterschiede« gegeben (S. 181f.). Auch hier im Hintergrund die Befürchtung, es könne dieser oder jener auf die Idee kommen, es habe in der DDR etwas gegeben, was man in die Einheit hätte herüber nehmen sollen. »Eine Frauenbewegung gab es nicht« (S. 182), so abschließend die darob echt verblüfften Autoren.

Was Ansätze zur sachlichen Information über Konkrete der DDR-Gesellschaft betrifft, so ist dieses Schulbuch im Vergleich zu früheren insgesamt ein Fortschritt. Der Schüler erfährt mehr über das Land, in dem seine Eltern gelebt haben und in dem er geboren und aufgewachsen ist. Die »Dennoch-Variante« indessen läßt Passagen zwiespältig erscheinen, gleichwohl könnte auch sie zu differenzierenden Auseinandersetzungen hinführen.

Bemühen um größere Objektivität

Bemühen um eine objektivere Darstellung läßt etwa »Wir machen Geschichte« erkennen, eine der 1998er Neuausgaben²³. Der Abschnitt über den ostdeutschen Staat »Die DDR: Anspruch – Wirklichkeit – Niedergang« wird mit der Frage eingeleitet: »Was war die DDR? Seit ihrem Zusammenbruch werden viele Fragen gestellt. Und es gibt noch nicht auf alle Fragen fertige Antworten« (S. 210). Als Ausgangspunkt für die Suche nach Antworten »Das KZ Buchenwald im Selbstverständnis der DDR« zu wählen, ist zweifellos eine interessante Idee; denn »Die doppelte Geschichte Buchenwalds« hat es in der Tat gegeben (S. 212-214). Allerdings läuft die insgesamt sachliche Darstellung doch auf die Quintessenz hinaus, die man den Spanier Jorge Semprun, ehemals Häftling dieses Konzentrationslagers, artikulieren läßt, Buchenwald symbolisiere die beiden totalitären Erfahrungen des 20. Jahrhunderts, den Nazismus und den Stalinismus. Der Streit um diese Gleichsetzung dauert an, und wenn man Objektivität demonstrieren wollte, müßten alle Parteien zu Worte kommen, auch Vertreter der Lagergemeinschaft Buchenwald/Dora, die gegen neue Legendenbildungen opponieren,²⁴ oder der jetzt in Wien lebende Stefan Jerzy Zweig, der jüdische Junge, dem seinerzeit kommunistische Kapos das Leben retteten. Unter Historikern jedenfalls ist strittig, die Geschichte realsozialistischer Staaten unter Vorzeichen der Totalitarismus-Theorie zu präsentieren, die gleichermaßen als politisches Charakteristikum des Nationalsozialismus wie des Stalinismus gelten solle (Margedant/Marquard 1999: 69). Bereits Hannah Arendt hatte seinerzeit Zweifel geäußert, inwieweit nach Stalins Tod die widersprüchliche Realität realsozialistischer Gesellschaften mittels dieser Theorie erfaßt werden könne. Und Manfred Hildermeier kommt in seiner sorgfältig anhand der Dokumente gearbeiteten großen Geschichte der Sowjetunion zu dem Resultat, die Totalitarismus-Theorie sei der Tendenz erlegen, zu einem oberflächlichen Merkmalskatalog zu erstarrten, der spätere historische Tatbestände kaum adäquat abbilde²⁵. Was Rußland betreffe, so hätten als Kernelemente des stalinistischen Systems das bolschewistische sowie das russische Erbe und die Person Stalins identifiziert werden können (S. 749).

Im Unterschied zu anderen scheuten sich Autoren dieses Buches nicht, wirtschaftliche Leistungen der DDR, vollbracht unter extrem

23 Wir machen Geschichte. Band 4. Vom Ende des Ersten Weltkriegs bis zur Gegenwart, Hg.: Ernst Hinrichs, Diesterweg Frankfurt am Main 1998.

24 Das rote Buchenwald im schwarzen Licht, in: Neues Deutschland vom 18. April 2000, S. 16.

25 Manfred Hildermeier: Geschichte der Sowjetunion 1917-1991. Entstehung und Niedergang des ersten sozialistischen Staates, München 1998.

26 Entdecken und Verstehen 9/10, Geschichtsbuch für Sachsen. Vom Ersten Weltkrieg bis zum vereinten Deutschland, Hg.: Thomas Berger-von der Heide u. a., Cornelsen Berlin 1999.

ungünstigen Ausgangsbedingungen und vielfältigen Schwierigkeiten, anzuerkennen (S. 215). Frauen, oft alleinerziehende, deren Zahl größer war als im Westen, so an anderer Stelle, hätten ein »spezifisches weibliches Selbstbewußtsein« entwickelt, das sie nunmehr in den Vereinigungsprozeß einbrächten (S. 224). Daß es neben Kirchenvertretern und Kurt Masur SED-Funktionäre waren, die 1989 das in Leipzig drohende Blutbad verhindert haben, wird in diesem Buch wahrheitsgemäß berichtet, während das speziell für Sachsen entwickelte und 1999 erschienene »Entdecken und Verstehen«²⁶ um diesen Sachverhalt einen Bogen schlägt.

Von manch anderen Klischees ist ansonsten »Wir machen Geschichte« ebenfalls nicht frei. So sei die typische DDR-Wohnung eine Dreiraum-Altbauwohnung für 29 Mark Miete gewesen (S. 218). Hat es das überdimensionierte staatliche Programm des Baus von Wohnsiedlungen auf der grünen Wiese unter Honecker nicht gegeben, das freilich zum Verfall der Stadtkerne beitrug? Oder: Die Menschen in der DDR seien wegen der Allgegenwart der Stasi aufs Land gezogen (S. 221). Warum etwa streben sie heute im Berliner Raum und anderenorts ins Grüne?

Das erwähnte »Entdecken und Verstehen« zeichnet sich insgesamt ebenfalls durch das Bemühen um eine relativ sachliche Darstellung der historischen Prozesse aus. Es unterschlägt, was die achtziger Jahre angeht, die Leistungen der DDR-Regierung unter Hans Modrow und später Lothar de Maizière nicht, die in einer überaus komplizierten Situation Schlimmes verhindert haben (S. 286). Auch Christa Luft, damals DDR-Wirtschaftsministerin und heute PDS-Abgeordnete des Deutschen Bundestages, kommt zu Wort (S. 297). Selbst das unvermeidliche Stasi-Thema wird ohne die üblichen Übertreibungen abgehandelt (S. 301). Nicht verschwiegen werden die komplizierten Probleme und Widersprüche im Vereinigungsprozeß, einschließlich der entstandenen sozialen (S. 296ff.). Die »Krise der Demokratie« wird problemhaft, unter Zitierung von Hildegard Hamm-Brücher, behandelt (S. 302/303). Der Traum vom »Goldenen Westen«, in dem man alles erreichen könne, sei längst zerplatzt (S. 304).

Als generelle Tendenz kann konstatiert werden, in den neuen Lehrwerken ist der Anteil sachlicher Darstellungen der DDR-Geschichte größer geworden. Der Versuchung, den anderen deutschen Staat als Irrtum der Geschichte oder als deren »Fußnote« abzutun, widerstehen die meisten Autoren. Angesichts der unleugbaren Probleme und Widersprüche der deutschen Vereinigung wäre dies nicht nur unglaubwürdig, sondern auch kontraproduktiv. Pauschale Schwarz-Weiß-Malerei tritt zurück, heiße Eisen werden angepackt, und Strittiges wird nicht mehr umgangen. Kaum problematisiert wird in diesem Kontext die Geschichte der alten Bundesrepublik, die hier nicht das Thema ist, aber in den Gegenüberstellungen West-Ost figuriert. Man kann hoffen, daß sich die Tendenz zu größerer Differenziertheit und Sachlichkeit fortsetzen wird. Das würde auch dort, wo Darstellungen und Bewertungen zum Widerspruch herausfordern, Chancen für einen sachlichen Disput eröffnen.

Daß derartige Entwicklungen nicht allenthalben Zustimmung finden, war zu erwarten.

Massives Gegensteuern

Auf die Schrift der Adenauer-Stiftung »Geschichte der DDR und deutsche Einheit«, erschienen 1999, ist vorstehend partiell bereits Bezug genommen worden. Die Schlußzusammenfassung des Herausgebers enthält 12 Punkte, auf deren Berücksichtigung in den Lehrwerken die Autoren dringen. An dieser Stelle kann lediglich auf einige wenige eingegangen werden. Beträchtliche Sorgen bereiteten den Autoren die labile Ostjugend, und dies um so mehr, als damit gerechnet werden müsse, »daß in vielen Fällen nur äußerlich ›gewendete‹ Lehrer im Geschichts- und Sozialkundeunterricht eingesetzt werden, die entweder die Behandlung der einschlägigen Kapitel vermeiden (z.B. wegen Lehrplanüberfüllung oder mit dem Hinweis, daß die Behandlung der NS-Zeit ungleich wichtiger sei) oder durch persönliche Kommentierung im Unterrichtsgespräch die angestrebten Lernziele neutralisieren oder gar sabotieren«²⁷. Deshalb sei »eine gewisse Unsicherheit bei der Setzung inhaltlicher Schwerpunkte, in der Perspektive der Darstellung sowie in der Formulierung von Urteilen und Wertungen« in den Lehrwerken um so bedenklicher, und sie mache es notwendig, massiv gegenzusteuern.²⁸ Derartige Urteile und Verdachtsmomente lassen die Autoren zumeist schwerere Geschütze auffahren.

Die Hauptkritik, die sie an den Lehrwerken der neuen Generation üben, lautet, deren Autoren hätten »den ›Systemvergleich‹ entsorgt«²⁹. Anstatt die DDR-Gesellschaft als »SED-Diktatur« beziehungsweise als »SED-Regime« zu benennen und als solche abzubilden, wie das durch die beiden Enquête-Kommissionen des deutschen Bundestages »wieder« möglich gemacht worden sei (Maser 1999: 153), ließen sie sich zu sehr auf Realitäten und Widersprüche des Lebens in der seinerzeitigen DDR und im heutigen deutschen Osten ein. Zwar seien Leben und Alltag in der DDR vielfältig und widersprüchlich gewesen, und es habe in der Tat, namentlich in den späteren Jahren, nicht nur Terror gegeben. Aber gerade weil die Herrschaftspraxis subtiler geworden sei, werde es um so dringlicher, die totalitären Merkmale herauszuarbeiten, die bis zuletzt signifikant für die DDR-Herrschaft geblieben seien. Damit der »unsichtbare, lautlose Terror« nicht unterbelichtet bleibe, »der für die letzten Jahrzehnte der DDR und anderswo ja gerade typisch war«, müsse man kräftige Farben wählen (S. 155). Das Streben nach Objektivität in den Lehrwerken führe zu »törichten Texten«, die im gegebenen Falle westdeutschen Journalisten angelastet werden, beispielsweise wenn sie das Selbstbewußtsein der Arbeiter in der DDR herausstreichen (S. 133). Fehlurteile müßten einem derartigen Verständnis von Objektivität zugerechnet werden, dessen Folgen dann »bedenklich schiefe Aussagen« seien, wenn etwa Wandlungsprozesse, Reformansätze oder unterschiedliche Erfahrungen einbezogen würden, die die Menschen mit dem System machten (S. 145).

Überaus bedenklich seien des weiteren Materialien, »die Problem-sicht aus der Optik der Bürger in den neuen Bundesländern wiedergeben«. Überhaupt sei eine Negativliste über Defizite im Prozeß der inneren Vereinigung wenig hilfreich (Buchstab 1999: 246). Verständlich, daß diese Analytiker sich vehement gegen Aufgaben in Lehrbüchern wenden wie »Informiert euch über die Lebensbedingungen

27 Peter Maser: Die Gesellschaft der DDR im Spiegelbild aktueller Schulbücher, in: Buchstab (Hrsg.), S. 122-159.

28 Günter Buchstab: Die Wahrnehmung der DDR und der deutschen Einheit in aktuellen Unterrichtswerken, in: Buchstab (Hrsg.), S. 240-246.

29 Karl-Heinz Hohlstein: Die Schulbuchuntersuchung aus der Binnenperspektive der Schulbuchverlage, in: Buchstab (Hrsg.), S. 13-21.

in der DDR und der Bundesrepublik in den 70-er Jahren«. Vergleiche, Schilderungen von Lebensbiographien und DDR-Realitäten seien für einen prinzipiellen Systemvergleich kontraproduktiv (Maser 1999: 128/129). »Der Systemvergleich«, so dieser Autor weiter, »kann also nicht – wie heute oft zu hören ist – darauf hinauslaufen, daß etwa das SED-Unrecht durch den Hinweis entschärft wird, auch im freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat sei staatliches Unrecht nicht prinzipiell ausgeschlossen« (S. 123). Folgerichtig belohnt er Autoren mit guten Zensuren, die Auffassungen auf »politisch klare Weise zur Geltung gebracht« haben (S. 149) oder ein »klares Bekenntnis« ablegen (S. 148). Fundamentalismus war und ist offensichtlich nicht nur Privileg totalitärer Systeme.

Zentral für die von den Autoren geforderte Darstellung ist die These: »Das Verständnis der DDR-Diktatur ist in den Lehrplänen und in den Schulbüchern analog zur nationalsozialistischen Diktatur anzustreben. Nur so kann dem Schüler die Bandbreite der Erscheinungsformen des Totalitären bewußt werden« (Buchstab 1999: 241). Nationalsozialismus, italienischer Faschismus und Stalinismus seien gleichermaßen, trotz gewisser Unterschiede, totalitäre Systeme gewesen; denn sie suchten die Bürger im Sinne einer teleologischen Lehre zu formen, sie umfassender Kontrolle zu unterwerfen und repressiven Zwang auszuüben.³⁰ Auch wenn beim Vergleich von Nationalsozialismus und DDR-Sozialismus verbindende wie trennende Momente unterschieden werden könnten, müsse im Unterricht die DDR-Diktatur deutlich als totalitäres System gekennzeichnet werden (S. 114). Für besonders indiskutabel halten die Autoren Differenzierungen hinsichtlich der »antifaschistisch-demokratischen Umwälzung« im deutschen Osten. »Weil man die Entstehung des Faschismus in erster Linie auf das kapitalistische Wirtschaftssystem und seine Trägerschaft zurückführte«, habe der DDR-Staat nationalsozialistisches Gedankengut in der Bevölkerung nicht bekämpft (S. 91). Selbst der Gebrauch der Begriffe »Antifaschismus« oder »antifaschistische Parteien« sei unzulässig; denn hierbei handele es sich um politische Kampfbegriffe, deren »systemstabilisierende Funktion« entlarvt werden müsse (S. 106). Der ziemlich verbissen wirkende Argumentationsaufwand zum Antifaschismus läuft im Grunde darauf hinaus, im Osten habe nationalsozialistisches Gedankengut überleben können, während der Westen damit kaum Probleme hatte und habe. Daß die großen Nazis und andere in das System verwickelte Größen sich im Frühjahr 1945 oder danach in westliche Richtung absetzten und dort in Wirtschaft, Politik, Justiz und öffentlichem Dienst wiederauftauchten und zu Ehren gekommen sind, wissen natürlich die Bürger Ostdeutschlands, namentlich die älteren, aber nicht nur sie. Noch so intensive Agitation in den Schulbüchern wird nicht glauben machen, Nationalsozialismus sei wesentlich eine Hypothek des deutschen Ostens gewesen.

Des weiteren fordert offenbar die Sozialpolitik in der DDR die Autoren – darauf sei hier zurückverwiesen – zu extraordinären Delegitimierungsanstrengungen heraus. Partei- und Staatsführung hätten sich das »Angebotsmonopol sozialer Leistungen« gesichert, »um die Legitimitätsdefizite ihrer Herrschaft gewissermaßen kompensatorisch aufzufangen« (Marquard 1999: 195).³¹ Mag sein, bei diesem

30 Udo Margedant, Bernard Marquardt: Partei und Herrschaft, in: Buchstab (Hrsg.), S. 67-121.

31 Bernhard Marquardt: Wirtschafts- und Sozialpolitik, in: Buchstab (Hrsg.), 1999, S. 195.

oder jenen in der Führung ist dies ein Motiv gewesen. Aber sind derartige Leistungen, die alle ehemals sozialistischen Länder, auch die ärmeren, aufzuweisen hatten, nicht auch systembedingt gewesen? Höchstwahrscheinlich ist dies der Grund, weshalb die genannten Analytiker fordern, der zusammengebrochene Sozialstaat müsse in den Büchern so behandelt werden, daß er sich nicht für eine nostalgische Verklärung der DDR eigne (S. 197). Wenn etwa neue Lehrwerke für die ostdeutsche Gegenwart unkommentiert die Formulierung zulassen: »Vielfältiger Sozialabbau provozierte Proteste!«, so wirke dies auf sie »befremdend« (S. 177).

Daß die Würdigung der Leistungen von Helmut Kohl bei der Vereinigung Autoren der Adenauer-Stiftung besonders am Herzen liegt, ist nachvollziehbar und bereits vermerkt worden. Die Einheit werde »hauptsächlich als eine Angelegenheit der DDR-Bürger präsentiert. Die Rolle der Bundesregierung und des Bundeskanzlers erscheint demgegenüber weithin als sekundär« (Gauger 1999: 235)³². Unter Punkt 4 gibt im übrigen der gleiche Autor zu Protokoll, es sei bezeichnend »für den Zustand des historischen Bewußtseins«, daß man sich mit dem Verlust der Ostgebiete, immerhin eines Drittels des ehemaligen Reichsgebiets von 1937, so sang- und klanglos abfinde (S. 237).

Schließen möchte ich mit der Preisfrage für Leser, namentlich für jene aus der seinerzeitigen DDR: Welche Assoziationen drängten sich dem Autor beim Studium derartiger Texte permanent auf?

32 Jörg-Dieter Gauger: Der Einigungsprozeß in Geschichts- und Politikbüchern, in: Buchstab (Hrsg.), 1999, S. 199-239.

UTOPIE

Diskussion sozialistischer Alternativen

kreativ

Liebe Autorinnen und Autoren, wir bitten Sie/Euch, beim Einreichen von Manuskripten zu beachten, daß Beiträge in »UTOPIE kreativ« nur veröffentlicht werden können, wenn sie in der eingereichten oder einer ähnlichen Form nicht anderwärts erschienen sind oder erscheinen werden. Manuskripte sollten auf maschinenlesbaren Datenträgern sowie in einem Exemplar ausgedruckt eingesandt werden. Der Text auf Diskette sollte zudem keine Trennungen oder sonstigen speziellen Formatierungen enthalten. Zur Erstellung von Tabellen bitten wir, Tabulatoren zu verwenden. Da wir in den jeweiligen Monatsheften möglichst viele Autoren und Themen berücksichtigen wollen, sollten Manuskripte für

Impressum

Herausgegeben im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung e.V. durch den Förderverein Konkrete Utopien e.V. Gründungsvorsitzende: GUNTHER KOHLMAY † und HELMUT STEINER
Redaktion: WOLFRAM ADOLPHI, ARNDT HOPFMANN (V.i.S.d.P.), ULLA PLENER, ARNOLD SCHÖLZEL, JÖRN SCHÜTRUMPF, MARION SCHÜTRUMPF-KUNZE
Redaktionsadresse: Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin (Tel.: 030 – 29 78 11 - 57, Fax - 81)
Internet: utopie-kreativ.de
E-Mail: utopiekreativ@rosaluxemburgstiftung.de
Verlag: NDZ/Neue Zeitungsverwaltung GmbH, Weydingerstraße 14-16, 10178 Berlin
Verlagsarbeiten: RUTH ANDEXEL
Satz: JÖRN SCHÜTRUMPF
Druck: BärenDruck GmbH, Plauener Straße 163-165, 13053 Berlin
Vertrieb: ND-Vertrieb, Alt Stralau 1-2, 10245 Berlin (Tel.: 030 – 29390800)
Einzelverkaufspreis: DM 10
Jahresabonnement (incl. Versand): DM 108 (Inland), DM 144 (Ausland)
Förderabonnement (incl. Versand): DM 144

Sachbeiträge einen Umfang von ca. 4.000 Wörtern oder ca. 25.000 Zeichen (entspricht ca. 15 Normmanuskriptseiten) nicht überschreiten. Angaben zur/zu den AutorInnen und Marginalien (ca. im Verhältnis 1 : 5 zum Umfang des Beitrages; also auf 15 Manuskriptseiten kommen zusätzlich ca. 4 Seiten Marginalien) sind gesondert – aber auf ein und derselben, eindeutig beschrifteten Diskette – beizufügen. AutorInnen, die erstmals bei uns veröffentlichen, werden gebeten, ein Porträtfoto (möglichst kein Paßbild) einzusenden. Wir bitten die Autoren um eine Zusammenfassung ihrer Artikel in Deutsch und wenn möglich in Englisch (ca. 10 Zeilen). Der Kopf von Rezensionen bzw. Annotationen muß folgende Angaben (in der angegebenen Reihenfolge und Interpunktion) enthalten: Vorname Name der Autor(inn)en/ Herausgeber(innen): Titel, Verlag Ort Jahr, Seitenanzahl und (Preis). Der Text selbst sollte 1.000 Wörter bzw. 7.000 Zeichen (ca. 4 Manuskriptseiten) nicht überschreiten. Für unverlangt eingehende Manuskripte kann keine Haftung übernommen werden. Eine Rücksendung ist nur dann möglich, wenn ein frankierter Rückumschlag oder Porto in Form von Briefmarken beigefügt wurde.

Die Redaktion

Preisliste für frühere Hefte

Heft 1 bis 62:	je	2 DM
Heft 63 bis 98	je	5 DM